



Südtiroler HochschülerInnenschaft | Edition Raetia (Hrsg.)
medienlandschaft südtirol



SKOLAST



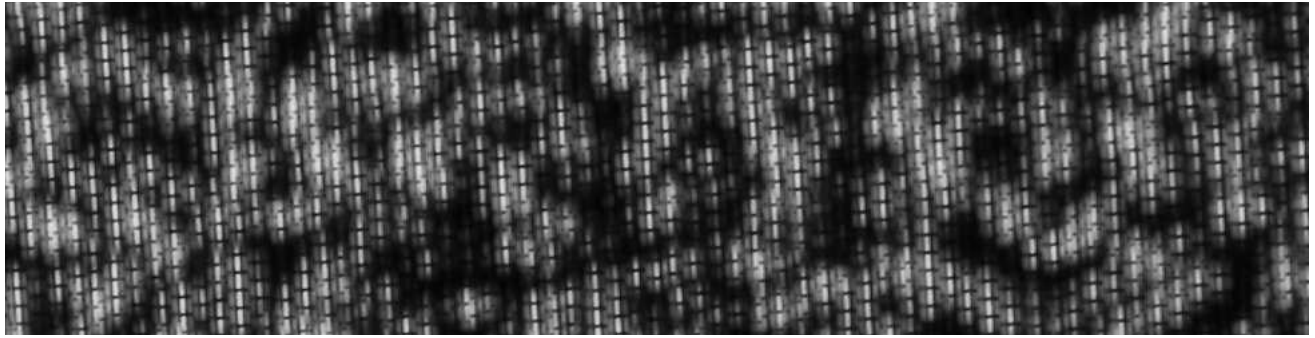
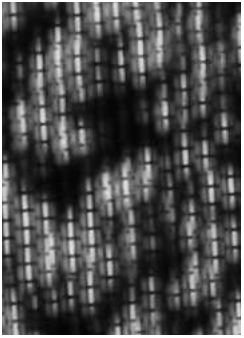
Edition
RAETIA





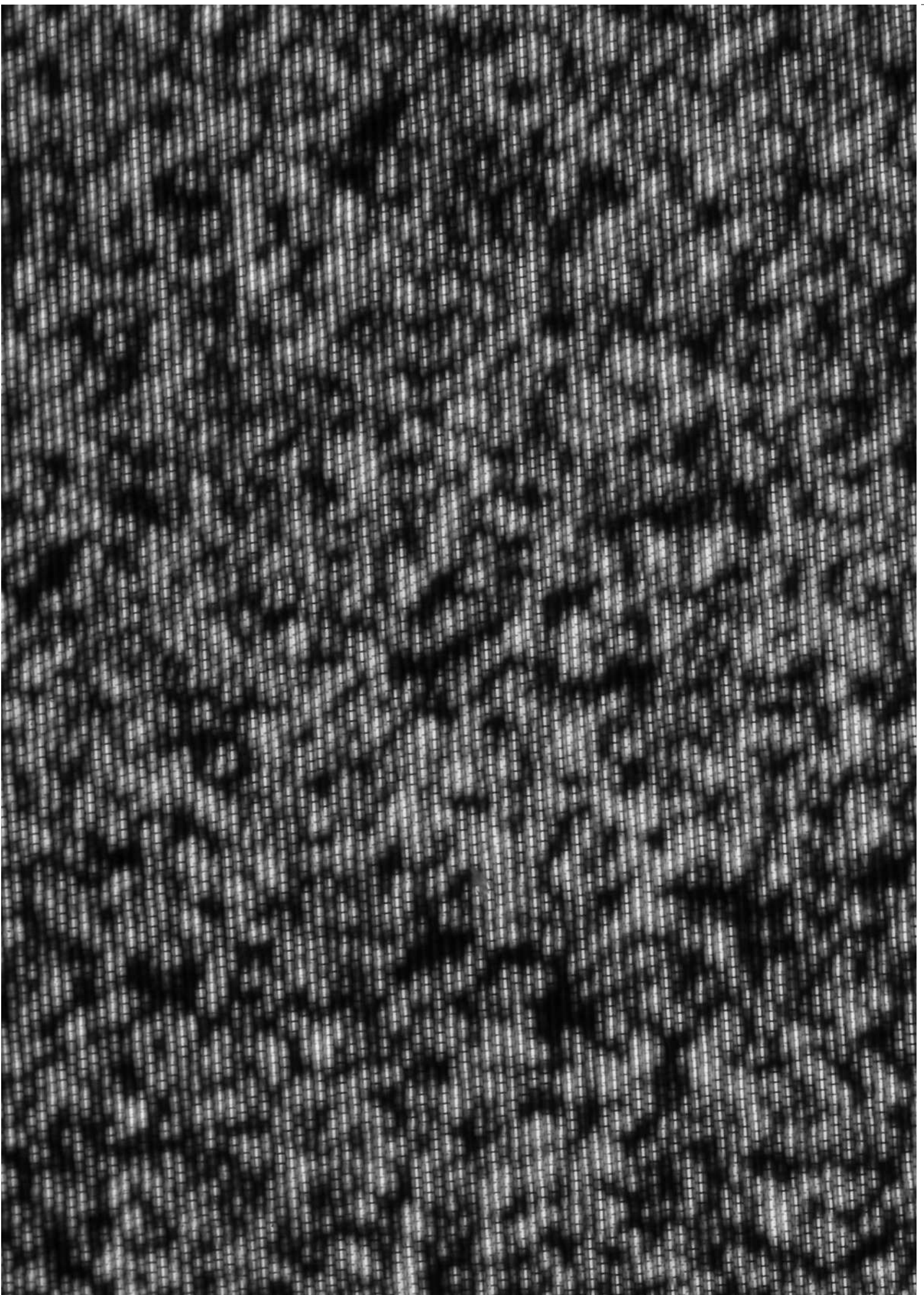


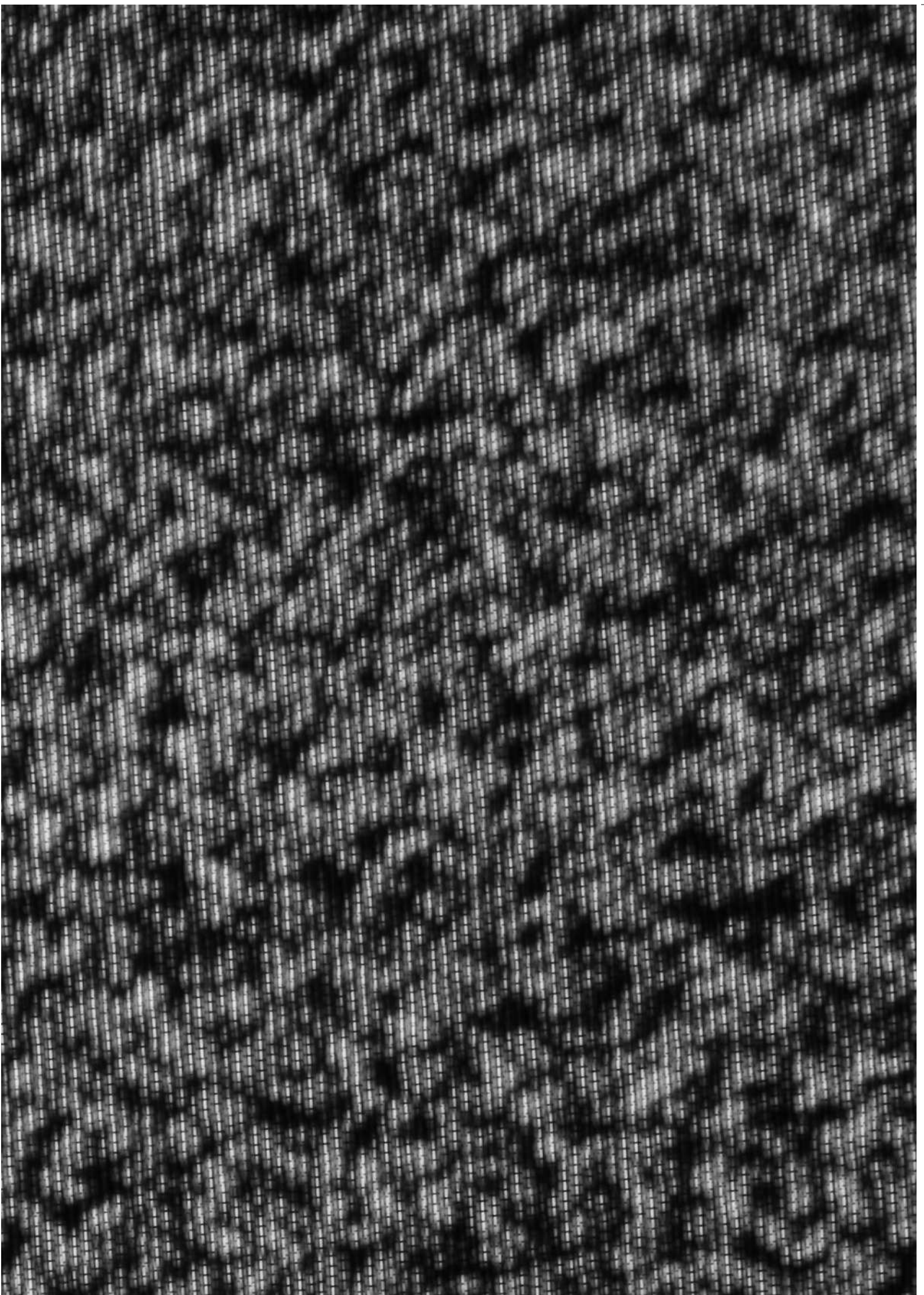
medienlandschaft südtirol



skolast - zeitschrift der südtiroler hochschülerInnenschaft / rivista dell'associazione studenti/esse universitari/e sudtirolesi - Kapuzinergasse 2 via dei Capuccini - 39100 bozen / bolzano - fonen 0471 974614 - faxen 0471 974948 - mailen bz@asus.sh - www.asus.sh - verantwortlicher im sinne des pressegesetzes / direttore responsabile: günther pallaver - **red. aktionE**: hannes senfter. carmen sulzenbacher. stefan unterthurner **layout&grafik**: andreas gschleier gratisversand an mitgliederInnen / spedizione gratuita per soci - quota soci /beitrag 10euronen - post k/k nr. 10915395 - indicare „skolast“ als zahlungsgrund - eintragung beim landesgericht bz / registrato presso il tribunale di bz: r.st.i/56 - erlass vom / in data 18/06/1956 - es könnte vorkommen, dass der eine oder andere artikel die meinung der autorInnen widerspiegelt / nel miglior caso gli articoli potrebbero esprimere le opinioni delle autrici e degli autori – questo skolast è superstizioso.







INHALT

- 8** Südtirols Mediensystem
von Günther Pallaver
- 18** Dem Land den Kragen lockern
von Hans Karl Peterlini
- 26** Der Sender Bozen zwischen Staats- und Landesinteressen
von Oktavia Brugger
- 32** Von der katholischen Gesellschaft zum Familienbetrieb
von Leo Hillebrand
- 42** Der „Vinschger Wind“ Ein Stück Freiheit
von Erwin Bernhart
- 46** Die PZ-Pustertaler Zeitung als Teil der Südtiroler Medienlandschaft: Meinungsvielfalt von unten
von Reinhard Weger
- 52** Die Neue Südtiroler Tageszeitung
von Arnold Tribus
- 58** Il giornalismo italiano nelle “gabbie etniche”
di Giuseppe De Cesare
- 74** Der (vogel)freie Journalist
von Florian Kronbichler



vorwort

Das Aufwachsen in Südtiroler Verhältnissen; das Heranbilden einer eigenen Meinung in einem familiären und freundschaftlichen Umfeld und das Kundtun dieser, ist sehr eng mit den Möglichkeiten, die Umwelt wahrzunehmen, verbunden. Diese jungen, frischen teils noch nicht gefestigten Meinungen der Jugendlichen sind die erste und sensibelste Form, sich mit der Welt und den Umständen auseinanderzusetzen. Ausgegangen von der Übereinstimmung mit den Verhältnissen im persönlichen Umfeld entwickelt sich eine Akzeptanz oder Rebellion gegenüber den Standpunkten und führt entweder zum Jasagen oder einem Gegner von allem Bekannten. Die Möglichkeit, aus dieser Umwelt Informationen zu ziehen, die den politischen, sozialen, wirtschaftlichen und weiß Gott noch welchen Bereich betreffen, ist unumgänglich und unbedingt notwendig, um die eigene Meinung, sozusagen die eigene Kultur, heranzubilden. Erst die Feststellung des eigenen Standpunktes und der Vergleich zu anderen Verhältnissen ermöglicht es, sich in Beziehung zu setzen und die eigene Position zu erkunden.

Auf der anderen Seite gibt sich ein jeder sehr schnell mit irgendeiner informativen Darstellung mehr oder weniger zufrieden und denkt, dass die Bildung und die aufgegriffene Mitteilung aus den Medien keine andere sein kann als die bekannte.

Die Tage, Wochen, Monate und Jahre vergehen, doch eines hatte sich zu Hause nie geändert, immer lag nämlich nur ein Blatt auf dem Mittagstisch, das gelesen, zerknüllt, in das Butter eingepackt wurde und das sich hervorragend auch zum Feuermachen im Küchenherd und klarerweise auch im Stubenofen eignete: Es war das Tagblatt, und was drinstand, wurde für wahr genommen, denn wer wollte schon dem Josl Rampold und der Familie Ebner nicht den Glauben über den Wahrheitsgehalt der Nachrichten der Innen- und Außenwelt glauben, außer einige Spinner. -



Die Grundmerkmale eines gesunden und funktionierenden Mediensystems stellen in erster Linie die freie und unabhängige Weitergabe von Informationen oder Meinungen und als grundlegendes Element eine Vielfalt in den Medien dar. Innerhalb des institutionellen Gewaltendreiecks einer funktionierenden Demokratie stellt das Mediensystem eine zusätzliche Gewalt dar, deren Aufgabe die Kontrolle und Herstellung von Öffentlichkeit der Handlungen des institutionellen Staates ist. Betrachtet man dieses theoretische Konzept, so zeigt sich, wie sensibel und angreifbar ein Mediensystem sein kann.

Der Zweite Weltkrieg hat es gezeigt, welche Auswirkungen, aber vor allem welche Resultate mit der Manipulation dieses System erzielt werden konnten. Es waren eigene Propagandaministerien eingerichtet worden, damit die Manipulation des Volkes so perfekt und effizient wie möglich verwirklicht werden konnte. Diese Tyrannen hießen Hitler, Mussolini oder Stalin, um einige zu nennen, deren Erfolg nur durch eine systematische Gleichschaltung aller Medien und Ideologisierung der Gesellschaft erreicht worden war.

Erst daraus hat man allmählich begriffen, welchen Schatz für die Heranbildung einer „gesunden“ Gesellschaft die freie Meinungsäußerung darstellt und vor allem die Möglichkeit, sich unabhängig und vielschichtig eine eigene Meinung bilden zu können. Betrachtet man heute Länder wie Deutschland, Österreich oder Italien, so ist eines ganz klar festzustellen: Es interessiert eigentlich überhaupt niemanden mehr, ob die Meinung von den Medien eine schon vorgekaute und verdaute Darstellung der Realität ist. Für die Masse zählt der Unterhaltungswert der Nachrichten: Ist die Nachricht nicht spektakulär und schlecht noch dazu, dann hat sie eigentlich keinen Bedarf weitergegeben zu werden. Um dies zu verstehen, muss nur ein Blick auf die Lesegeohnheiten der Tagespresse in den genannten Ländern gemacht werden: Die 'Bild' hat ein Format entwickelt, das es schafft, in die wenigen Seiten, die diese Zeitung aufweist, all das hineinzupacken, was der/die LeserIn erfahren will: den neuesten Skandal von Prominenten, viel Klatsch-und-Tratsch-Presse sowie einen sehr ausführlichen Sportteil, der wichtiger

und einflussreicher als alle anderen Nachrichten wirkt. Eingestiegen und beschlossen wird dieser Lesegenuss mit viel nackter und freizügiger Haut von jungen vollbusigen Mädchen. Das österreichische Pendant dazu, die Kronen-Zeitung, ist noch ein wenig feinfühlicher oder doch noch ein wenig spießiger. – Dem Dichand sei Dank! – So versteckt sich die „Nackerte“ auf Seite sieben, doch sind die politischen Botschaften, die die meistgelesene Zeitung auf Bevölkerung und Auflage gemessen vermittelt, viel tiefgreifender und meiner Meinung nach manipulierbarer. Durch die einflussreichen Gedichte eines Wolf Martin und die Kommentare von Hans Dichand selbst, alias Kato, kann eine Bevölkerung angesprochen werden, deren Denkprozesse leicht überfordert werden, und einige wenige Parolen viel einprägsamer und verständlicher sind. Im Vergleich zu den beiden nördlichen Nachbarn ist die italienische Medienlandschaft geradezu höchst vielfältig. Zwar gibt es so viele Zeitungen, wie es Meinungen gibt, und dabei arbeitet jede Zeitung mit den schmutzigsten Mitteln, doch ist die meistgelesene Zeitung eine reine Sportzeitung, nämlich die Gazzetta dello sport. Gleichzeitig hat Italien mit einer anderen Bescherung aufzuwarten, nämlich mit einem Fernsehsystem, das in der Zeit von 2001 bis 2006 nur einen Strippenzieher kannte: Silvio Berlusconi. Genug der Ausschweifungen, die nur Rahmenbedingungen aufzeigen sollten und Möglichkeiten zum Vergleichen eines Systems seien, dem eine ganze Vortragsreihe gewidmet wurde: die Medienlandschaft in Südtirol. Sie stellt sicherlich durch die ethnische Konfliktlinie einen Sonderfall dar, doch ist fraglich, ob dadurch auch die Meinungsvielfalt hineinfällt und Meinungen nicht geäußert werden dürfen, da man die existenziellen Grundrechte dadurch in Gefahr bringen würde. Für eine Zeit, in der die Grundrechte der kulturellen Eigenheiten und Ausübung dieser eigenen und für den Gesamtstaat fremden Kultur in Gefahr waren, gilt dies sicherlich. Doch glaube ich, behaupten zu können, dass diese Phase als überwunden gilt und die Angstmacherei über eine mögliche Gefahr aus Rom aus den Köpfen gestrichen gehört.

hannes senfter





Zur Vorgeschichte des Skolasten

Im Herbst 2007 war der Drang in Kreisen innerhalb der sh.asus und auch rundherum immer stärker geworden, eine Veranstaltung zu machen, die auch wieder einmal gesellschaftspolitische Kontexte aufgreift und zeigen sollte, dass die heile „Mainstream-Welt“ Südtirols so nicht existiere. Aus diesen Bestrebungen heraus wurde die Idee geboren, ein Thema in Angriff zu nehmen, das prädestiniert ist für kritische Beobachtungen: das Mediensystem. Nachdem wir das Thema gefunden hatten, begann der nächste Schritt: Wie kann man die Thematik abhandeln, damit alle Aspekte in einer angemessenen Form zur Sprache kommen?

Antwort: In einer Vortragsreihe, die in wöchentlichen Vortragsabenden jeweils einen anderen journalistischen Insider zu Gast hatte, der zu einem spezifischen Thema seine Sichtweise vortrug und diese auch in der Diskussion vertiefen sollte.

Herausgekommen ist eine Vortragsreihe, die in acht Abendveranstaltungen die relevanten historischen, medientechnischen und gesellschaftspolitischen Themen anschneiden sollte und alle wichtigen Mediensubjekte inkludierte; angefangen bei den Dolomiten bis zu den kleinen Bezirksblättern vom Vinschgau und Pustertal.





Ort: Sowi-Hörsaal
Beginn: immer 20 Uhr

mehr infos auf www.innsbruck.asus.sh

***medienlandschaft südtirol**
aus der sicht ihrer gestalterInnen
Vortragsreihe April/Mai 2008 in Innsbruck

14. April	Benedikt Bauer: Grundlagentext zum Südtiroler Mediensystem (im Aufbau mit Suhrke)
15. April	Hans Karl Peterwiesl: Suhrke und in einem eingetragenen Land – ein Rückblick
16. April	Toni Köberl: Die Medienarbeit – viele Meinungen!
23. April	Arnold Triban: Sardinien gegen Leuchtgebirge – wer gewinnt?
29. April	Giuseppe Di Cesare: Der autonome Südtiroler im Südtiroler Ethno-Kalender und Landesparlament
27. Mai	Gisela Berger: Der Südtiroler Rundfunk zwischen Staats- und Landesparlament
14. Mai	Gisela Berger & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
21. Mai	E. Bernhart & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
28. Mai	Florian Knobler: Der (post)moderne Journalismus

Ort: Sowi-Hörsaal
Beginn: immer 20 Uhr

mehr infos auf www.innsbruck.asus.sh

***medienlandschaft südtirol**
aus der sicht ihrer gestalterInnen
Vortragsreihe April/Mai 2008 in Innsbruck

14. April	Benedikt Bauer: Grundlagentext zum Südtiroler Mediensystem (im Aufbau mit Suhrke)
15. April	Hans Karl Peterwiesl: Suhrke und in einem eingetragenen Land – ein Rückblick
16. April	Toni Köberl: Die Medienarbeit – viele Meinungen!
23. April	Arnold Triban: Sardinien gegen Leuchtgebirge – wer gewinnt?
29. April	Giuseppe Di Cesare: Der autonome Südtiroler im Südtiroler Ethno-Kalender und Landesparlament
27. Mai	Gisela Berger: Der Südtiroler Rundfunk zwischen Staats- und Landesparlament
14. Mai	Gisela Berger & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
21. Mai	E. Bernhart & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
28. Mai	Florian Knobler: Der (post)moderne Journalismus

Ort: Sowi-Hörsaal
Beginn: immer 20 Uhr

mehr infos auf www.innsbruck.asus.sh

***medienlandschaft südtirol**
aus der sicht ihrer gestalterInnen
Vortragsreihe April/Mai 2008 in Innsbruck

14. April	Benedikt Bauer: Grundlagentext zum Südtiroler Mediensystem (im Aufbau mit Suhrke)
15. April	Hans Karl Peterwiesl: Suhrke und in einem eingetragenen Land – ein Rückblick
16. April	Toni Köberl: Die Medienarbeit – viele Meinungen!
23. April	Arnold Triban: Sardinien gegen Leuchtgebirge – wer gewinnt?
29. April	Giuseppe Di Cesare: Der autonome Südtiroler im Südtiroler Ethno-Kalender und Landesparlament
27. Mai	Gisela Berger: Der Südtiroler Rundfunk zwischen Staats- und Landesparlament
14. Mai	Gisela Berger & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
21. Mai	E. Bernhart & M. Peterwiesl: Die Rechtsblätter als die Meinungsgarant von Unter
28. Mai	Florian Knobler: Der (post)moderne Journalismus







suedtirolfoto.com

Helmut Rier



Südtirols Mediensystem

von Günther Pallaver

1. Einleitende Vorbemerkungen

In den medienzentrierten Demokratien werden soziale und politische Realitäten vorwiegend massenmedial konstruiert und vermittelt. Für sprachliche Minderheiten bedeutet dies, dass ihre soziale Identität und soziale Existenz ganz wesentlich von der Möglichkeit abhängt, sich in der eigenen Muttersprache auszudrücken. Das führt dazu, dass sprachliche Minderheiten die Selbstbestätigungsfunktion durch die Massenmedien höher einschätzen als die reine Vermittlung von Informationen.

Diesem Grundrecht kommt auf europäischer Ebene eine Reihe von internationalen Abkommen nach, darunter die Charta der Regional- und Minderheitensprachen des Europarats (1992), die Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten (1995) oder die Charta für Regional- und Minderheitensprachen (1998), in denen auch die Funktion der Medien für Sprachminderheiten angesprochen wird. Als konkreter Ausdruck dieser Grundrechtsfunktion von Minderheitenmedien wurden 2001 in Bozen die Vereinigung der „Minderheiten-Tageszeitungen-Minority Dailies Association“ gegründet. Neben dieser für die sprachlichen Minderheiten so zentralen Funktion üben Medien ganz allgemein und solche in ethnisch fragmentierten Gesellschaften ganz besonders auch eine friedensstiftende und friedenserhaltende Funktion aus. Medien haben nämlich über ihre zentralen Funktionen auch die Aufgabe, durch eine entsprechende Art der Vermittlung von Informationen Spannungen ganz allgemein, ethnische Spannungen im Besonderen abzubauen und die Kooperation unter den Sprachgruppen aufzubauen und zu fördern.

Das Ziel der Medien in ethnisch fragmentierten Gesellschaften muss auf ein friedliches und konstruktives Zusammenleben unter den Sprachgruppen ausgerichtet sein. Dies gilt sowohl für die Medien der Mehrheiten wie auch der Minderheiten. Schritte dazu sind der Abbau

von Vorurteilen und der Aufbau von gegenseitigem Vertrauen. Interpersonelle Beziehungen, die diesem Ziel dienen, müssen wegen des Faktors der Reichweite durch die Medien in ihrer friedensstiftenden Leadfunktion ergänzt werden. Vorurteile können nämlich eher durch die Herstellung einer öffentlichen Meinung über Massenmedien abgebaut werden. Letztlich geht es um die Entethnisierung der Politik, um eine Dekonstruktion des Ethnischen, um die Auflösung des Volkstumsbegriffs in seine historischen, soziale, generations- und geschlechtsspezifische Komponenten – vor allem durch die Medien.

2. Südtirols Mediensystem als Spiegelbild des politischen Systems

Das politische System Südtirols entspricht dem Konkordanzmodell (consociational democracy). Dieses Modell der Konkordanzdemokratie beruht auf dem Prinzip der Zusammenarbeit der politischen Eliten in den zentralen Entscheidungsinstanzen (Landesregierung, Gemeindevausschuss, neokorporatistische Plattformen usw.), somit auf einer Logik des Einschlusses aller Sprachgruppen. Andererseits beruht dieses Modell auf dem Prinzip der Trennung der Zivilgesellschaft, der im Autonomiestatut offiziell anerkannten drei Sprachgruppen (deutsch-, italienisch- und ladinischsprachige SüdtirolerInnen), somit auf einer Logik des Ausschlusses aller anderen.

Die Konkordanzdemokratie relativiert den in der Konkurrenzdemokratie so wesentlichen, vor allem politischen Parteienwettbewerb und relativiert so auch Mehrheit und Minderheit, denn beide teilen sich unabhängig von Wahlergebnissen die politische Macht. Zentrales Instrument dieser Konkordanzdemokratie ist in Südtirol der ethnische Proporz. Der Proporz soll potenziellen zentrifugalen Tendenzen durch die ex ante festgelegte Verteilung von Ressourcen unter den Sprachgruppen entgegenwirken. Die allgemein institutionelle und zivilgesellschaftliche Trennung der Sprachgruppen entspricht dem dissoziativen Modell der Konfliktlösung. Konflikte sollen durch die Trennung der antagonistischen Akteure gelöst werden. Die Trennung soll zu einem negativen Frieden führen, der durch die Abwesenheit von personeller



Gewalt gekennzeichnet ist. Im Gegensatz dazu würde ein assoziatives Konfliktlösungsmodell die Integration der ehemaligen antagonistischen Akteure nach sich ziehen und somit den Beginn eines positiven Friedensprozesses einleiten.

Dieser institutionalisierten Logik der ethnischen Trennung entspricht auch das Mediensystem. Jede Sprachgruppe besitzt und konsumiert ihre eigenen einsprachigen Medien. Das gilt für die privatrechtlich organisierten Medien genauso wie für die öffentlich-rechtlichen. Zweisprachige Medien, die es von jeher gibt, spielen nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Denn hinter der relativ hohen Anzahl an zweisprachigen Periodika, die vor allem von öffentlichen Stellen, Verbänden usw. herausgegeben werden, verbergen sich in der Regel reine Übersetzungen in die andere Sprache. Sprachgruppenübergreifende Medien im eigentlichen Sinne fristen nach wie vor ein Nischendasein. Die einsprachigen Medien sind Ausdruck des negativen Friedens. Die Gefahr einer Eskalation der Gewalt wurde zwar gebannt, aber der nächste Schritt, die Integration der Sprachgruppen, ohne dass eine davon ihre Identität aufgeben müsste, und die Schaffung eines positiven Friedens stehen noch aus.



3. Historische Entwicklung des Mediensystems und der Medien

Südtirols zwei große Subgesellschaften, die deutsch- und die italienischsprachige, weisen im Printmedien- genauso wie im audiovisuellen Sektor ihre eigenen einsprachigen Medien auf. Diese Entwicklung nahm bereits mit Ende des Zweiten Weltkrieges im Mai 1945 ihren Ausgangspunkt und knüpfte an die Zwischenkriegszeit an. Der italienischsprachigen Tageszeitung „Alto Adige“ stand die deutschsprachige Tageszeitung „Dolomiten“ gegenüber, den italienischsprachigen Sendungen der Rai jene der deutschsprachigen, später auch der ladinischsprachigen (auf die ladinischsprachige Mediensituation wird hier nur am Rande eingegangen. Sie entspricht auch nicht den Logiken der beiden anderen Sprachgruppen). Insbesondere die beiden Tageszeitungen „Alto Adige“ und „Dolomiten“

verstanden sich als (nationale, oftmals auch als nationalistische) Fahnenträger ihrer jeweiligen Sprachgruppe. Beide Tageszeitungen besaßen innerhalb ihrer sprachlichen Subgesellschaft im Wesentlichen ein Nachrichtenmonopol.

Die Tageszeitung „Dolomiten“ agierte in der deutschsprachigen Welt Südtirols fast ohne Wettbewerb. Zu diesem Zeitpunkt herrschte eine hohe ökonomische und publizistische Konzentration, insbesondere auch deshalb, weil die meisten anderen deutschsprachigen Medienprodukte von demselben Verlagshaus herausgegeben wurden. Das galt beispielsweise für die SVP-Parteizeitung „Volksbote“ genauso wie für die Kirchenzeitung „Katholisches Sonntagsblatt“. Der Südtiroler Volkspartei als „Einheitspartei“ der Südtiroler entsprach für viele Jahre auch die „Einheitspresse“ des Hauses Athesia. Die Verquickung zwischen Partei und Presse war bewusst und gewollt. Die Versuche, innerhalb der deutschsprachigen Gesellschaft einen substantziellen Medienpluralismus herbeizuführen, scheiterten immer wieder. Die „Bozner Zeitung“, die starke Kontinuitäten mit dem NS-Blatt „Bozner Tagblatt“ aufwies, wurde bereits 1947 nicht mehr herausgegeben. Die Wochenzeitung „Der Standpunkt“ (1947-1957), mit der italienische Positionen in der Südtirolfrage vermittelt werden sollten, und die Wochenzeitung „Die Alpenpost“, (1951-1957), die die Verbesserung des Klimas zwischen Südtirol und Italien anstrebte, wurden Mitte der 50er-Jahre eingestellt. Diese deutschsprachigen Medien wurden von der italienischen Regierung finanziell stark unterstützt. Dem Ende der beiden Wochenzeitungen folgte ab 1958 „Das Blatt für deutsche Leser“, das als eigenständige Redaktion innerhalb der italienischen Tageszeitung „Alto Adige“ längerfristig eine wichtige Funktion für Medienpluralismus und kritischen Journalismus in Südtirol ausüben sollte, aber im Wesentlichen nur die politischen und kulturellen Eliten der deutschsprachigen Gesellschaft erreichte. 1999 wurde das „Deutsche Blatt“ geschlossen.

Neben diesen Blättern erschien ab 1945 wieder die Wochenzeitung „Volksbote“ als Parteiorgan der SVP, sowie die ab 1963 von einigen SVP-Exponenten (allen voran Hans Dietl, Peter Brugger und Hans Benedikter)



edierten „Südtiroler Nachrichten“, die mit der Verabschiedung des Südtirol-Pakets und des Zweiten Autonomiestatuts allmählich die Legitimationsbasis verloren und 1974 eingestellt wurden. Von 1967 bis 1969 erschien die unter anderem von Alexander Langer eher unregelmäßig herausgegebene Zeitschrift „die brücke“, die als kritisches Informationsorgan der 68er-Bewegung in Südtirol galt. In dieser Tradition befand sich auch die Zeitschrift der Südtiroler Hochschülerschaft „skolast“.

Die Medienarchitektur auf deutschsprachiger glich jener auf italienischsprachiger Seite. Die Tageszeitung „Alto Adige“ agierte in ihrer Subgesellschaft fast ohne Wettbewerb und war vielfach der verlängerte Arm der in der Ersten Republik lange Zeit dominierenden Democrazia Cristiana. Lediglich Ende der 60er - Jahre gab es einen Versuch, das Printmonopol des „Alto Adige“ zu brechen, indem 1967 die gesamtstaatliche Tageszeitung „Il Giorno“, die zum staatlichen ENI-Konzern gehörte, eine lokale Beilage über Südtirol anbot. Das Experiment dauerte allerdings nicht lange und scheiterte endgültig 1971. Die wöchentlich erscheinende Kirchenzeitung „Il Segno“ als Pendant des deutschsprachigen „Katholischen Sonntagsblattes“ konnte und wollte nicht als Korrektiv zur Position des Alto Adige auftreten.

4. Vom eingeschränkter Medienpluralismus zum Aufbruch in die Vielfalt

In einer Demokratie drückt Pluralismus gesellschaftliche Vielfalt aus. Dabei gelten Meinungs- und Medienpluralismus als zentrale Elemente liberaldemokratischer Systeme, zumal politische Macht kommunikativ begründet wird. In einer Demokratie haben Medien die Aufgabe, durch Pluralität einen „Marktplatz der Ideen“ herzustellen, damit sich die BürgerInnen umfassend informieren können, um sich eine Meinung zu bilden und um Entscheidungen treffen zu können. Medienpluralismus als Teil von Meinungsfreiheit ist für eine Demokratie konstitutiv. Unter diesen Aspekten muss man für Südtirol über viele Jahre von einem eingeschränkten Medienpluralismus sprechen. Dazu kommt, dass die

reine Vielfalt von Medienprodukten noch nicht ein Beweis für Medienpluralismus ist, wenn nicht auch die Frage der ökonomischen und publizistischen Medienkonzentration berücksichtigt wird. Die ökonomische bezieht sich auf die Verflechtung und die Zusammenschlüsse von Medienunternehmen, die publizistische auf die Abnahme selbstständiger Redaktionen. Die ökonomische Konzentration lässt sich besonders für die deutschsprachige Seite rund um das Verlagshaus Athesia bis in die 80er-Jahre sehr augenscheinlich nachweisen.

Bis zu jenen Jahren blieb die Südtiroler Mediensituation fast unverändert, sieht man von Entwicklungen ab, die erst zu einem späteren Zeitpunkt greifen werden, wie der Beginn der Südtiroler TV-Ära ab 1966 oder die legale Ausstrahlung des deutschsprachigen Fernsehens aus dem Ausland ab 1973 oder der Beginn der Privatradios nach dem Verfassungsgerichtsurteil von 1976, mit dem das RAI-Monopol auf lokaler Ebene ein Ende fand. Während sich eine ganze Reihe von Privatradios auf Bezirksebene etablieren konnte, gelang es den verschiedenen privaten TV-Initiativen nicht, sich längerfristig einen Markt zu sichern. Insgesamt sollten diese Entwicklungen ihre Auswirkungen aber zeitverschieben zeigen. 1978 erschien 14-tägliche zweisprachige „Volkszeitung“, die ab 1980 in die Monatszeitschrift „Tandem“ mündete. Eine entscheidende Zäsur erfolgte mit der Gründung der Wochenzeitung „FF“, die an den kritischen Journalismus à la „profil“ in Österreich oder „Spiegel“ in Deutschland anzuknüpfen versuchte. Nach Auseinandersetzungen mit den Eigentümern verließ 1993 fast die gesamte Redaktion die „FF“ und gründete das Konkurrenzblatt „südtirol profil“, das ab 1996 ihr Erscheinen als Wochenblatt zugunsten der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ aufgab. Diese stellt bislang das einzige erfolgreiche, zu den Dolomiten alternative Tageszeitungsprojekt innerhalb der deutschsprachigen Bevölkerung dar, während die von den „FF“-Herausgebern 1999 lancierte „Südtirol 24 h“ schon nach einem Jahr wieder eingestellt werden musste. Die Öffnung des Medienmarktes auf deutschsprachiger fand auch auf italienischer Seite ihr Pendant. 1988 erschien neben der Tageszeitung



„Alto Adige“ eine zweite italienischsprachige Tageszeitung. Der „Mattino dell’Alto Adige“ war mit dem „Adige“ des Trentino verbunden und erschien von 1991 bis 1993 mit einer vierseitigen deutschsprachigen Beilage namens „Extra“. Dem Mattino gelang es allerdings nicht, sich neben dem Alto Adige zu etablieren. Nach dem Ende dieser Tageszeitung erscheint noch im selben Jahr (2003) der „Corriere della Sera“ mit der täglichen Beilage „Il Corriere dell’Alto Adige“. Im Gegensatz zu den deutschsprachigen privaten TV-Sendern konnte sich auf italienischer Seite „Video Bolzano 33“ neben der italienischsprachigen RAI behaupten. Dasselbe gilt auch für eine Reihe von italienischsprachigen privaten Radiosendern.

5. Mediendominanz und Öffentlichkeit

Trotz des Aufbrechens der starken Medienkonzentration in beiden politischen Subsystemen spielen die beiden Tageszeitungen „Dolomiten“ und „Alto Adige“ noch immer eine sehr relevante Rolle. Wenn man die Tagesreichweiten hochrechnet, so dominiert die Tageszeitung „Dolomiten“ mit rund 70 Prozent aller täglichen Kontakte mit einer lokalen Tageszeitung, die Tageszeitung „Alto Adige“ mit rund 60 Prozent. Allerdings hat die neue Medienkonkurrenz dazu geführt, dass beide Tageszeitungen einen Professionalisierungsschub vornehmen und Nachrichten, die in der Vergangenheit ausgeklammert wurden, jetzt gebracht werden müssen. Die Pluralisierung der Medienlandschaft insgesamt, wozu auch die fast ausschließlich in deutscher Sprache erscheinenden Bezirkszeitungen genannt werden müssen, hat dem Faktor Öffentlichkeit eine neue Dimension gegeben. Auch wenn es keinen einheitlichen Begriff von Öffentlichkeit gibt, so handelt es sich um eine zentrale Kategorie von Gesellschaft, um eine Sphäre, die zwischen Staat und Gesellschaft besteht. Öffentlichkeit ist allgemein formuliert jener Ort, wo politische Kommunikation sichtbar wird. Es kann als Kommunikationssystem verstanden werden, in dem Akteure über politische Themen kommunizieren. Das Produkt dieser

Kommunikation verdichtet sich in der öffentlichen Meinung bzw. in den öffentlichen Meinungen. Öffentlichkeit kann auch institutionell verstanden werden, wenn diese wie ein Transmissionsriemen für die notwendigen Austauschbeziehungen zwischen den politischen Eliten als Entscheidungsakteure und den BürgerInnen sorgt, als Vermittlerin auftritt zwischen dem politischen System und den BürgerInnen, zwischen den verschiedenen politischen Akteuren als auch zwischen dem politischen System und den Interessen anderer gesellschaftlicher Teilsysteme. Öffentlichkeit kann weiters als eine Eigenschaft verstanden werden, die den Grad der Zustimmung eines Volkes, also seiner BürgerInnen, ausdrückt. Diese Zustimmung/Abkehr erfolgt über einen ständigen Dialog, der in der Öffentlichkeit stattfindet. Die Bedeutung von Öffentlichkeit ergibt sich somit aus der Klammer zwischen den BürgerInnen und den politischen EntscheidungsträgerInnen. Und Öffentlichkeit wird in diesem Zusammenhang zu einem partizipatorischen Ansatz als Voraussetzung für das demokratische Gemeinwesen, weil Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Teilnahme am Diskurs bietet und keine Meinungen ausschließt. Demokratie und Demokratiequalität einer Gesellschaft können anhand der Offenheit von Öffentlichkeit für alle BürgerInnen verifiziert werden. Diese Offenheit der Öffentlichkeit bedeutet die Möglichkeit des gleichen Zugangs zur Ware Information. Der theoretische, aber auch praktische Anspruch dazu beruht auf dem Pluralismus der Meinungen und Gruppen, auf dem Anspruch des realen, nicht nur formalen Zugangs der BürgerInnen zur öffentlichen Sphäre, um am öffentlichen Diskurs zu einem Thema teilnehmen zu können, aus dem sich schlussendlich die öffentliche Meinung ergibt. Diese Offenheit der Öffentlichkeit wird in Südtirol durch die Dominanz der beiden großen Tageszeitungen stark beeinflusst, weil die Informationen noch vielfach durch den selektiven Flaschenhals der beiden Tageszeitungen gehen müssen. Dennoch ist durch die schrittweise Pluralisierung der Medienlandschaft in Südtirol auch ein Stück mehr an Demokratie und Demokratiequalität geschaffen worden.





6. Ethnischer Medienkonsum und ethnische Berichterstattung

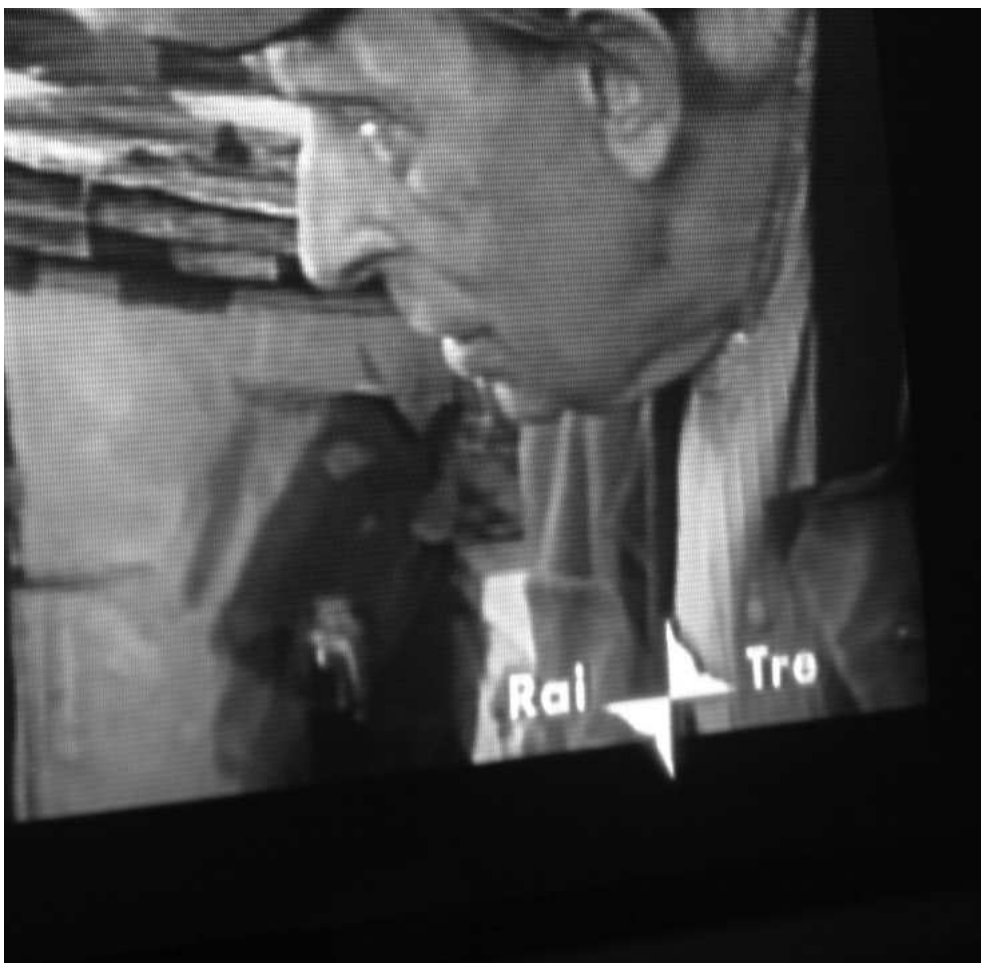
Das Mediensystem ist entsprechend der Logik des politischen Systems ethnisch getrennt. Nur ein geringer Teil der Südtiroler Bevölkerung greift regelmäßig auch zu Medien in der jeweiligen anderen Landessprache. Die vorhandenen Daten weisen darauf hin, dass sich dieses mediale Konsumverhalten in den letzten 15 Jahren kaum geändert hat. Das mehrsprachige Medienangebot wird offenbar nicht genutzt.

Mehrsprachiges Informationsverhalten hängt stark von Alter, Bildung, Wohnort und Beruf ab. Allerdings hängt die einsprachige Medienorientierung nur zum Teil mit den Sprachkenntnissen zusammen, denn rund drei Viertel der deutschsprachigen Bevölkerung und etwa die Hälfte der italienischsprachigen Südtiroler und Südtirolerinnen sind in der Lage, in beiden Landessprachen Medien zu konsumieren. Überhaupt keine Probleme weisen die Ladinern auf. Deshalb wird mitunter die These vertreten, dass der einsprachige Medienkonsum eine Folge des zeitökonomischen Verhaltens ist, gefolgt von der inhaltlichen Ausrichtung der Medien.

Belegt ist, dass die italienischen RAI-

Sender rund 20 Prozent deutschsprachige SeherInnen aufweisen, die deutschsprachigen Sender rund 10 Prozent italienische. Personen, die audiovisuelle Programme in der jeweils anderen Landessprache verfolgen, bilden somit eine Minderheit. Ein Trend in diese Richtung ist in den letzten Jahren jedenfalls nicht feststellbar.

Diese ethnische Informationsorientierung findet sich auch in der Berichterstattung selbst. In Südtirol gibt es nämlich nicht nur ein nach Sprachgruppen getrenntes Mediensystem, sondern die jeweiligen Medien informieren in erster Linie die eigene Sprachgruppe und somit nur einen Teil der Südtiroler Gesamtgesellschaft. Dies betrifft nicht nur das Publikum der LeserInnen, ZuhörerInnen und ZuseherInnen, sondern auch die Auswahl der Nachrichten. In Südtirol werden nämlich Nachrichten nicht nur nach den allgemeinen Prinzipien der Nachrichtenfaktoren ausgesucht (Status, Valenz, Relevanz, Konsonanz, Dynamik usw), sondern noch zusätzlich durch einen alle anderen Faktoren überlagernden „ethnischen Nachrichtenwert“. Außerdem herrscht unter den Südtiroler JournalistInnen ein gewisses „ethnisches Rollenverständnis“. Rund die Hälfte der JournalistInnen behauptet, dass die



7. Resümee und Ausblick

Südtirols Medienlandschaft weist zwei Besonderheiten auf. Das Mediensystem ist ethnisch getrennt, und innerhalb der ethnischen Subgesellschaften dominieren nach wie vor die beiden Printmedien „Dolomiten“ und „Alto Adige“. Im längerfristigen Trend kann allerdings festgestellt werden, dass durch die allmähliche Herausbildung einer substanziellen Medienvielfalt in den letzten 20 Jahren die ehemalige Prädominanz der beiden Tageszeitungen zu einer Dominanz reduziert worden ist. Dennoch bilden sie nach wie vor eine effiziente Maschine des politischen Konsenses.

Was das Mediensystem insgesamt betrifft, so muss dies unter mehreren Gesichtspunkten betrachtet werden. Auf der einen Seite haben sprachliche Minderheiten ein Grundrecht auf den Gebrauch der eigenen Muttersprache sowie auf ein eigenes muttersprachliches Medien- und Kommunikationswesen. Zugleich birgt eine rein einsprachige Binnenkommunikation für eine Gesellschaft mit mehreren Sprachgruppen auch Gefahren.

Eine solche Gefahr betrifft die Legitimation des politischen Systems, die wiederum mit dem Faktor Öffentlichkeit zusammenhängt. Legitimation erfordert eine kommunikative Begründungsleistung, die über einen ständigen Rückkopplungsprozess zwischen BürgerInnen und politischem System zustande kommt sowie durch einen kontinuierlichen Diskurs über gemeinsame politische Themen. Ethnisch fragmentierte Gesellschaften zerfallen aber in Teilgesellschaften, wenn es keine gemeinsame, sondern eine ethnisch getrennte Kommunikation gibt. Dadurch ist Öffentlichkeit und als Folge davon die politische Legitimation ethnisch fragmentiert. Die unterschiedliche, vor allem massenmedial begründete Wahrnehmung von Realitäten kann zu unterschiedlichen Einschätzungen, Einstellungen, Verhaltensweisen unter den Sprachgruppen und dadurch zu einer asymmetrischen Legitimation des politischen Systems führen. Je asymmetrischer eine solche Legitimation ist, desto schwerer können ethnische Spannungen vom politischen System verhindert und pazifiziert werden.

Medien ihre jeweilige Sprachgruppe bevorzugen würden. Allerdings ist diese Einschätzung eine Fremdbeurteilung, denn eine solche Haltung wird von den JournalistInnen der jeweils anderen Sprachgruppe unterstellt. Die ethnische Berichterstattung betrifft Routinephasen genauso wie Wahlkampf-Phasen, betrifft die privatrechtlich organisierten Medien genauso wie die öffentlich-rechtlichen, auch wenn die öffentlich-rechtlichen Informationseinrichtungen etwas ausgeglichener berichten. In den deutschsprachigen Medien dominieren deutschsprachige (politische) Akteure, in den italienischsprachigen die italienischen, wenngleich in diesen die deutschsprachigen etwas stärker präsent sind als umgekehrt. Dies hängt unter anderem mit der Größe der Sprachgruppen sowie mit dem (deutschsprachigen) Landeshauptmannbonus zusammen. Eine ethnische Zuordnung erfolgt auch bei den Themen. Das gilt für deren Inhalt als auch für deren geografische Zuordnung. In den italienischsprachigen Medien werden Nachrichten aus der Peripherie viel weniger gebracht als aus dem Zentrum, weil die italienischsprachige Bevölkerung vorwiegend in den Städten und deren Umgebung lebt.



Sollen solche Asymmetrien überwunden werden, müssen die Medien in Minderheitengebieten nicht nur eine identitätsstiftende Funktion ausüben, sondern auch eine friedensstiftende und friedenserhaltende. Dies betrifft sowohl die Medien der Mehrheiten als auch der Minderheiten. Erst wenn die Medien immer mehr zu Schnittstellen einer gemeinsamen Kommunikation werden, um einen Beitrag vom Nebeneinander der Sprachgruppen zum Miteinander zu leisten, können ethnische Spannungen immer mehr abgebaut und sich anbahnende ethnische Konflikte in Interessenkonflikte dekonstruiert werden. Denn während Interessenkonflikte lösbar sind, sind es Identitätskonflikte, zu denen auch die ethnischen zählen, nicht.

In dieser friedensstiftenden Funktion der Medien muss ein Ziel die Schaffung einer Dach-Identität für alle Sprachgruppen sein, ohne dass dadurch alle anderen Identitäten eingeschränkt würden. Eine solche „Wir-Identität“ aller Sprachgruppen erfolgt in erster Linie über den Weg einer gemeinsamen massenmedialen Kommunikation in einer ungeteilten öffentlichen Sphäre, in der über gemeinsame Themen und Inhalte Diskurse geführt werden. Dadurch können Vorurteile zwischen den Sprachgruppen abgebaut und kann Vertrauen aufgebaut werden. Insgesamt könnte dadurch dem Nationalismus immer mehr der Boden entzogen werden, weil nachgewiesen ist, dass ein hohes Maß an gegenseitigen Kenntnissen zu einer positiven Einstellung gegenüber den anderen Sprachgruppen führt.

Diese Vertrauensbasis würde zu einem gesellschaftlichen Mehrwert führen, zu einem Anstieg des Sozialkapitals. Sozialkapital schafft soziale Kontakte und Netzwerke und ist eine Kombination aus Vertrauen, speziellen gemeinschaftsbezogenen Werten und Normen. Die von ethnischen Konflikten möglichst befreite Zusammenarbeit unter den Sprachgruppen führt zur Bündelung individueller Ressourcen und verringert die Transaktionskosten sozialen Handelns und würde insgesamt die Steigerung des Sozialkapitals fördern. Die Massenmedien, die über ihren ethnischen Schrebergarten blicken, leisten zu all diesen Punkten einen wesentlichen Beitrag.



Günther Pallaver







Dem Land den Kragen lockern

Journalismus in Südtirol zwischen historischen Verklemmungen und gegenwärtigen Übertreibungen

von Hans Karl Peterlini

In einer Zeit journalistischer Quarantäne, zwischen der Schließung des „südtirol profils“ 1996 und der Rückkehr zur FF 1998, wurde ich von der „Arunda“ gebeten, aus dem gewonnenen Abstand vom Medienbetrieb über Journalismus in Südtirol zu reflektieren. Jetzt, noch einmal zehn Jahre später, ist aus dem Abstand eigentlich ein Abschied geworden. Für ein Referat über die Mediendebatte der Südtiroler HochschülerInnenschaft an der Universität Innsbruck im Frühjahr 2008 wurde mir als Thema der seinerzeitige Essay-Titel vorgeschlagen: „Schreiben in einem eingeklemmten Land.“ Er war Norbert C. Kasers legendär gewordenem Satz von der eingeklemmten Generation entlehnt: „rückwärts geht es nimmer und vor dem Vorwärts graut uns“. Das hat Gültigkeit behalten nicht nur für Kasers Generation allein, ist anwendbar auch auf ein Land, in dem Journalismus ausgeübt wird und werden muss, obwohl es eingeklemmt ist – zwischen Einschränkungen, schlechten Gewohnheiten und historischem Nachholbedarf.

Eine solche Einschätzung mag jene verwundern, die von außerhalb nach Südtirol kommen oder auf Südtirol blicken. Das Land könnte ein Medienparadies scheinen. Es hat ein Wochenmagazin, wie es Nordtirol nicht hat, es hat zwei deutschsprachige Tageszeitungen, eine italienische Lokalzeitung, eine Südtirol-Beilage in einer renommierten nationalen Tageszeitung, es hat eine Vielzahl von privaten Radiosendern, praktisch eine eigene öffentliche Rundfunkanstalt mit Programmen in drei Sprachen, es hat dazu noch ein eigenes Bundesland-Heute des ORF und es hat natürlich die gesamte europäische Medienrealität griffbereit, per Fernbedienung und am Kiosk.

Was soll also das Lamento? Südtirol hat alles, was die anderen auch

haben, und noch etwas dazu – eine dichte, auf die spezifischen Informationsbedürfnisse des Landes zugeschnittene Medienbetriebsamkeit, die Tirol nicht hat, die so auch Bayern nicht hat, die auf keinen Fall irgendein Landkreis in Deutschland mit einer Bevölkerung von 450.000 deutschsprachigen Einwohnern hat. Wir sind in diesem Sinne anders als irgendein Fleck vergleichbarer Größe in Europa, mit Ausnahme vielleicht von Zwergstaaten wie Liechtenstein, wo die beiden großen Parteien zwei verhältnismäßig starke Tageszeitungen unterstützen, die eine sozialdemokratisch, die andere konservativ. In Südtirol haben wir eine unglaubliche Mediendichte und doch einen hinkenden, beinahe amputierten Pluralismus, eine sprachliche Vielfalt und doch ein Land, das abwechselnd auf einem Ohr taub ist, zwei ethnisch halbierte Medienrealitäten.

Einmal war Tirol wirklich so etwas wie ein Medienparadies. Zwischen 1900 und 1910 veränderten gesellschaftliche Umbrüche binnen zehn Jahren die gesamte politische Struktur des Landes. Eine dominierende Partei, die Konservativen, wurde hinweggefegt von einer neuen Kraft, den Christlich-Sozialen. Die politische Auseinandersetzung war heftig und derb, ungehalten – positiv formuliert: frei. Man nannte einander Spitzbuben, beschimpfte sich, schonte sich nicht, setzte sich nicht nur auseinander, sondern setzte sich zu. Das war keine Tiroler Eigenart, aber in Tirol spielte sich ab, was zumindest den ganzen deutschen Sprachraum umtrieb. Alle politischen Strömungen Europas waren auch in Tirol vertreten und trafen aufeinander, wetteiferten um die geringen demokratischen Möglichkeiten innerhalb eines monarchischen Systems. Die Konservativen, die Liberalen, die Christlich-Sozialen, sogar die in Tirol sehr schwächlichen Sozialdemokraten hatten alle ihre Zeitungen, nach politischen Lagern, nach Städten, in Meran gleich wie in Lienz, Bozen oder Innsbruck. Journalismus war politisch, es schrieben die Pfarrer der Konservativen, die jungen Kooperatoren der Christlich-sozialen, die Bildungsbürger in Bozen, Meran und Innsbruck. Natürlich war die Breitenwirkung nicht vergleichbar mit heutigen Reichweiten, aber im Verhältnis betrachtet war es



eine blühende, starke Blüten treibende Medienlandschaft. Sie wurde binnen weniger Jahre ausgedünnt. Ein Grund war der Krieg, manche Zeitungen mussten schließen, weil ihre Redakteure an der Front waren. Die Annexion Südtirols durch Italien, schließlich der Faschismus ließen dann nur eine einzige Stimme überleben – den Medienverlag der Christlich-Sozialen, nach der Annexion zweigeteilt in die Tiroler Zwillinge Tyrolia und Athesia. Gegründet war der Verlag mit kirchlich gesammeltem Spendengeld worden. Es gab wirtschaftliche und realpolitische Gründe: Der christlich-soziale Verlag war durch die politischen Erfolge der Christlich-Sozialen am stärksten in der Bevölkerung verankert, hatte die größten Rücklagen und Ressourcen, hatte nach dem Krieg in Kirche und Vatikan auch den einflussreichsten Protegé. Das Ausdünnen des blühenden Medienwaldes zugunsten eines einzigen überlebenden Triebes widerspiegelt aber auch die politische Verkümmern Südtirols durch Annexion, Faschismus und Autonomiekampf der Nachkriegszeit. Die Vielfalt musste dem Zusammenhalt, die innere Auseinandersetzung dem Zusammenrücken für das kulturelle Überleben in bedrohlicher Lage weichen. Es überlebte: eine Zeitung, eine Partei. Dass sowohl diese eine Zeitung als auch diese eine Partei dem (schwächlichen Widerstand) gegen Faschismus und Nationalsozialismus entsprang – die Athesia aus der katholischen Opposition gegen Hitler- und Optionsrausch, die Volkspartei aus den Kreisen von Widerstand und aufgeklärtem Patriziertum –, hätte für die Zeit nach dem Krieg eine demokratiefähige, für dialektische Entwicklung günstige Ausgangslage schaffen können. Dass dies nicht passiert ist, dürfte mit dem Einheitsprinzip als Strategie des ethnischen Überlebens zu tun haben. Der weit zurückreichende Verteidigungsmythos Tirols fand die Feindbilder und Bedrohungssituation vor, an dem er sich, über Generationen hinweg, immer neu aufgerichtet hat und der es auch schon 1809 erlaubte, soziale Brüche, Bildungsbrüche in der Bevölkerung zu verdrängen zugunsten der Idee des gemeinsamen Verteidigungskampfes. So überlebte auch 1945 nur, was politisch im Dienst dieses Abwehr- und Verteidigungskampfes

stand. Die Widerständler, die an der Wiege der SVP gestanden hatten, waren binnen eines Jahrzehnts „weg vom Fenster“, die Partei gelangte zurück in die Hände der Wehrmachtsgeneration (ohne die einzelnen Protagonisten damit auf- oder abwerten zu wollen). Und es war zwingend, dass sich in der öffentlichen Debatte nicht die Vielfalt, sondern der Zusammenhalt als politische Leitkultur durchsetzte. Als Norbert C. Kaser 1969 seine berühmt-berüchtigte Rede hielt von den heiligen Kühen, die zu schlachten wären, als er sein „Rückwärts geht es nimmer und vor dem Vorwärts graut uns“ prägte, war Südtirols Sprache getränkt von Freund-Feind-Denken, vom „volklischen“ Überlebenskampf gegen den „Todesmarsch“. Jegliches Schreiben und Reden stand im Dienst der Heimatverteidigung, und immer musste mit „einer Sprache“ gesprochen werden – bis in die 1980er-Jahre herauf. Einzelne Ausbruchsversuche, etwa Hans Dietls Gründung der „Südtiroler Nachrichten“, wurden abgewürgt, sobald sie die Einheitsidee bedrohten, im Falle Dietls sobald er aus der SVP ausscherte und seine Zeitung in den Dienst der von ihm gegründeten Sozialdemokratischen Partei stellte. 1969 war auch das Jahr des Paketes, 1972 trat als Folge davon das Autonomiestatut in Kraft. Wenn auch die entspannende Wirkung um gut ein Jahrzehnt verzögert einsetzte, wurde damit die Alarmstufe Rot im Volkstumskampf erstmals nach Jahrzehnten etwas gedimmt. Es hatte natürlich mit Generationswechseln zu tun, aber auch mit diesem beruhigenden Signal („wir haben jetzt ein Autonomiestatut“) und mit der Sublimierung der politischen Triebkräfte („wir haben jetzt Gestaltungsmöglichkeiten“), dass allmählich ein freieres Denken und Austausch einsetzte. Es manifestiert sich auf allen Ebenen: im Theater mit den kleinen engagierten Städtebühnen, in der Kunst und Kultur mit neuen Initiativen, in der Politik in der Langer-Bewegung, und im Medienbereich durch die Gründung der damals „Illustrierten“ genannten FF. Die „Illustrierte für Fernsehen und Freizeit“ war der erste, wenn auch äußerst gut getarnte Versuch, der Athesia ein Alternativmedium entgegenzusetzen, das – nach den Anläufen der Langer-Bewegung – vom



Bürgertum getragen und die breite Bevölkerung ansprechen sollte. Journalismus damals war ein unschuldig-schuldiges Treiben. Unschuldig, weil er sich auf der Oberfläche bewegte, die Aufbauzeit der Autonomie zelebrierte (Banddurchschneiden, fast ausschließlich Wiedergabe von Festreden bei Eröffnungsanlässen), schuldhaft, weil dadurch – und ziemlich gezielt – jede Dialektik unterdrückt wurde. Um die (kaum existente) Opposition im Landtag nicht wahrnehmen zu müssen, beschlossen die „Dolomiten“, über Landtagsanfragen nicht zu berichten, denn diese waren beinahe die einzigen Lebenszeichen, zu denen die Opposition damals fähig war. Der Zeitungskommentar stand im Dienst der Einheit und der Abqualifizierung des politischen Feindes. Oppositionelle zu interviewen oder gar italienische Politiker war schlicht nicht vorgesehen. Es war für mich fast eine persönliche Heldentat, als ich – mit dem Wachsen und Mündigerwerden der FF – das erste Mal Pietro Mitolo und den jungen Giorgio Holzmann interviewte und zitierte. Alexander Langer errötete vor Freude, als wir ihm einen Gastkommentar anboten. Es waren Pionierjahre, und ich muss mich disziplinieren, um jetzt nicht schöne Geschichten zu erzählen: von einer Drei-Mann, bald Drei-Mann-eine-Frau-Redaktion, die nur eine vage Ahnung hatte, dass Journalismus doch mehr sein müsse als das Wiedergeben offizieller Kommunikés, die aber nicht wusste, wie man

das macht. Wir lasen den „Spiegel“, um danach auszuprobieren, wie solche Texte in Südtirol klingen könnten, immer am Rand von Nervenzusammenbruch und Verzweiflung, oft deprimiert, weil Beschwerden und Interventionen auf uns niederprasselten, aber gerade daran uns wieder aufrichtend. Wir waren weder links noch rechts, wir hatten nur Hunger und Durst, dieses Land aufzuklären, Tabus zu brechen, die – über 10 Jahre nach Kasers Schlachtrede – noch als heilige Kühe im Land herumstanden: die Kulturpolitik Zelgers, die Verknöcherung der Autonomie durch das Tandem Benedikter-Magnago, die Stille Hilfe für ein Land, das nicht mehr betteln musste, die zweisprachigen Kindergärten und Schulen, die kontroversen Anläufe der Südtiroler Opposition. Es war eine dankbare Zeit, denn alles war neu, aufregend – und die politische Vätergeneration reagierte so, dass es Freude machte, noch einmal dagegen anzurennen, verständnislos, irritiert, aber auch mit der Großzügigkeit von Großvätern, die zwar nicht mehr verstanden, was mit den Jungen los war, die sich auch ärgerten, aber die ihre Haltung bewahrten. Der Zeitgeist begann mit uns zu wehen.

Vieles von der Saat damals ist aufgegangen. Es gab ja nicht nur die FF. Die privaten Radios entwickelten sich, das private TV wagte den einen oder anderen mehr oder weniger glücklichen Versuch, die Rai staubte ihre Amtssprache ab, das „deutsche Blatt im Alto Adige“ kam aus der

Regierungskritische Demo,
Siegessplatz 2005





Ecke des politischen Verrätermediums zunehmend heraus. Und wenn wir die Entwicklung in Gedanken weiterverfolgen, dass der Ausbau der Autonomie über alle Erwartungen hinaus gelungen ist, dass die Absicherung von Sprache und Kultur gar nicht mehr infrage steht – dann müsste doch irgendwie die alte Tiroler Vielfalt wiedergekehrt sein. Ist sie es? Es wäre eine Verkennung, würde man 2008 das Wachsen von Medienpluralismus leugnen. Rein quantitativ strotzt der Südtiroler Markt vor neuen Initiativen und Blättern und Sendern, es wird auf diese Weise doch irgendwie irgendwo über alles berichtet, indem in einem Medium das eine größer dargestellt wird, was im anderen klein gehalten oder ganz unterdrückt wird. Für mich persönlich kann ich sagen, dass meine jüngeren Buchprojekte über Hans Dietl und die Südtiroler Universität nahezu unerwähnt geblieben wären, wenn nicht der Sender Bozen der Rai, die FF und die italienischen Medien darüber berichtet hätten. Hubert Frasnellis Buch über „Die Herrschaft der Fürsten“ wurde in den Dolomiten nicht einmal mit einer Alibi-Zeile genannt. Die FF brachte einen Vorabdruck. Wenn wir die Frage nach der Qualität dieser Vielfalt stellen, ist das Bild schon wieder etwas flacher. Und damit meine ich nicht die Qualität der einzelnen Medien, sondern die Qualität der pluralistischen Dialektik, der demokratischen Auseinandersetzung. Wir haben – wie beinahe in allen Regionalmärkten – einen Hang

zur Dominanz durch einen Platzhirschen pro Segment, und daneben ist noch Platz für ein paar Streuner, die sich durchaus ihren Platz erarbeitet haben und in ihren Verdiensten nicht geschmälert werden sollen. Die entscheidende Frage aber ist: Haben wir die Wende von der Einheitskultur zu einer Kultur der Vielfalt erreicht – oder ist das Land eng, eingeklemmt geblieben? Ich komme jetzt auf jene Jahre zu sprechen, die für mich die Jahre einer vertanen Chance sind – dem großen Einheitsblock wirklich Vielfalt entgegenzusetzen. Und auch da gibt es Vorläufer, fast Wiederholungszwänge in der Südtiroler Geschichte, als müsste scheitern und klein bleiben (oder sich kleinmachen), was irgendwie imstande sein könnte, die große Einheit zu gefährden. Einer dieser Vorläufer ist politisch der sozialdemokratische Aufbruch in der Nachpaket-Ära, mit einem Hans Dietl, dessen Alleingang der SVP so großen Schrecken einjagte, dass sie ihn wieder in die Partei zurückholen wollte, nachdem man ihn ausgeschlossen hatte. Er blieb konsequent, gründete die Sozialdemokratische Partei Südtirols, hatte mit den „Südtiroler Nachrichten“ sogar eine Zeitung – aber der kühne Aufbruch schwand binnen weniger Jahre dahin. Es war vielleicht zu früh, Dietl erkrankte zu früh, aber entscheidend war damals wohl: Die Bündelung der Gegenkräfte scheiterte am Eigensinn der Protagonisten, damals vor allem an der Unversöhnlichkeit zwischen



Hans Dietl und Egmont Jenny, der ebenfalls eine sozialdemokratische Alternative zur Volkspartei versucht hatte, wenn auch glückloser als Dietl. 1993, nach meiner Entlassung von der FF auf politischen Druck hin, gründete beinahe die gesamte damalige FF-Belegschaft zusammen mit mir das „südtirol profil“, getragen von der Branzoller Familie Lentsch, die im Kleinen die Ohnmacht gegenüber Einheitsmacht erlebt hatte. Die große Hoffnung lag in der Herausgeberschaft des österreichischen „profil“, Hubertus Czernin hatte sich für unser Projekt begeistert. Das Ziel war, eine starke, international angebundene Zeitschrift aufzubauen, die dem Druck der lokalen Mächte besser würde widerstehen können. Dies gelang nicht: Czernin wurde die Rückendeckung in Wien allmählich entzogen, die FF hatte auf unseren Exodus besser reagiert, als wir vermutet hatten, am Ende kämpften zwei schwächelnde Medien in einem zu kleinen Markt. Desperados waren wir nicht – als wir die Entwicklung erkannten, arbeiteten wir mit Czernin auf eine Fusion mit der FF hin. Die Vision war, die Kräfte zu bündeln und vielleicht eine starke Wochenzeitschrift und eine starke alternative Tageszeitung aufzubauen. Das Projekt scheiterte wieder an den Köpfen. Für mich war dies damals der eigentliche Grund für den ersten Ausstieg aus dem Journalismus. Die aus dem „südtirol profil“ hervorgegangene „Neue Südtiroler Tageszeitung“ schaffte sich ihren Markt, respektabel, wenn auch auf öffentliche Beiträge angewiesen und darauf, aus ihrer Nische heraus ständig Furore zu machen – mit allen Risiken eines Journalismus, der den täglichen Scoop braucht. Die Fusion mit der FF wurde noch einige Male versucht, aber immer, wenn sie möglich gewesen wäre, wollten die Köpfe nicht, einmal auf dieser, einmal auf der anderen Seite.

Dass ich 1998 noch einmal in die FF zurückkehrte, hatte mit einer Illusion zu tun: Versöhnungsarbeit zu leisten und noch einmal an einer starken medienpolitischen Alternative für Südtirol zu arbeiten. Einiges mag ge- glückt sein, aber nicht so, wie ich es mir gewünscht hatte: Denn jetzt, da die Tabus weitgehend verräumt waren und der Journalismus nicht mehr darin bestehen konnte, täglich oder wöchentlich ein Tabu zu brechen,

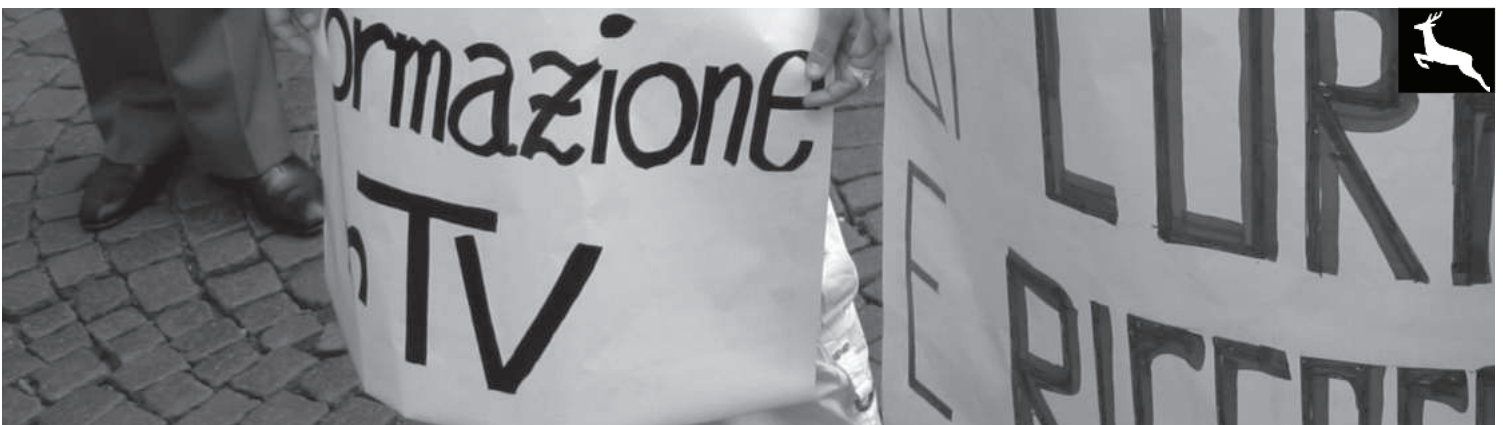
zeigte sich eine unveränderliche Gnadenlosigkeit des Südtiroler Medienmarktes. Wohl war er moderner geworden, wohl waren die Spielräume – scheinbar – größer geworden, aber der Markt selbst zeigte jetzt umso unerbittlicher seine Kleinheit, seine Begrenztheit, da er „normaler“ geworden war.

Klein im Themenangebot, klein in seinen Ressourcen: eine oft lächerliche Aktualität muss aufgedonnert, überernst und überwichtig genommen und übergroß gemacht werden, damit sie den Puls oben hält. Das ruhige Erzählen ist ein Qualitätsmerkmal von Journalismus, aber Qualität bedingt eine Marktgröße, in der die interessierten, wissbegierigen, auf Information bedachten Leserinnen und Leser auf die nötige kritische Masse kommen.

Eine doppelte Falle: Zum einen tut sich aufgrund der „scheinbaren“ Lockerungen im öffentlichen Diskursstil eine gediegene, reflektierte kritische Berichterstattung schwer, sich von einer pseudokritischen Soundkulisse abzuheben, man muss schriller werden, als es die Verantwortung erlaubt, um „aufzufallen“ – und fällt doch immer weniger auf. Zum anderen bietet ein so kleiner Markt nicht jene Ressourcen, die Qualitätsjournalismus wirklich erfordern würde. Am ehesten geht es dort, wo die öffentliche Hand zahlt, aber dort wird journalistische Lust oft durch Bürokratie und Einflussnahme gehemmt, am ehesten ginge es dort, wo der Platzhirsch grasst, aber der hat es nicht nötig.

Eine Erblast, die letztlich auf jenem Einschnitt durch den Ersten Weltkrieg und die Annexion zurückgeblieben ist: Die Ausdünnung der Medienlandschaft mit der Folge, dass ein Monopolist sich breit machen kann, die Verkleinerung Tirols durch die Schaffung der Provinz Südtirol. Die Absicherung durch die Autonomie hat diese Provinz nicht größer gemacht, sondern letztlich kleiner: denn nun läuft sie Gefahr, sich selbst zu genügen.

Südtirol ist auf dem Weg zur gewöhnlichen Provinz. Das ist eine ambivalente Entwicklung. Einerseits bedeutet es: Die Konflikte ruhen, schwelen vielleicht, aber niemand legt Bomben, niemand ruft den Notstand aus, niemand übt Revolution; normale Zeiten sind im Unterschied zu den großen Zeiten oft ja auch glückliche



Zeiten. Andererseits drohen Stagnation, Selbstgefälligkeit, Trägheit. In Ausnahmezeiten werden auch Kräfte mobilisiert, die es ermöglichen, dass eine Redaktion über sich hinauswächst, acht Tage in der Woche und 25 Stunden am Tag arbeitet – in normalen Zeiten möchte sie bezahlt werden und in die Happy-Hours-Lokale der Altstadt abtauchen. Das Schwinden des Besonderen am Südtirol-Status ist auf vielen Ebenen nachzufühlen. In der Politik ist es die Leere der politischen Wahlkämpfe, die der Vergangenheit abgekupfert sind (Kampf gegen Rom), auf Feindbild-Austausch beruhen (koranfreie Schulen) oder das Schlagwort „Zukunft“ beschwören. In den Medien ist es eine Themensuche zwischen Allerweltsphänomenen, Glamour, Adabeiseiten. Diese gaukeln eine immer lachende, immer schunkelnde, immer Sekt- oder Biergläser haltende Scheingesellschaft vor, eine High Society, die nicht einmal aus Provinzgrößen, sondern Kegelclubstars besteht. Oder man verrennt sich im Anheizen der alten ethnischen oder neuen rassistischen Konflikte, damit wieder etwas los ist.

Das ist, mit einigen Abstrichen, nicht die Schuld der Journalistinnen und Journalisten: Sie arbeiten in einem Markt, der seine Kinder schlecht ernährt. Fast alle Redaktionen sind unterbesetzt, und Qualitätsjournalismus erfordert Menschen und Zeit. Und da, wo er trotzdem versucht wird, zeigt sich die Grausamkeit der kleinen Märkte: Sie belohnen Qualität nicht, sie bestrafen sie. Nicht die besser recherchierte Story wird prämiert, sondern die lautere, nicht jene, die sich um Information in schwierigen Sachthemen bemüht, findet das Publikum, sondern jene, die Information durch Unterhaltung ersetzt. Qualitätsjournalismus bedarf einer kritischen Masse in der Bevölkerung,

die Südtirol nicht erreicht. So setzt sich Norbert C. Kasers Fluch fort: Rückwärts in die großen Zeiten geht es nimmer, denn auch davor graut uns, und das Vorwärts ist eher ein Rückwärts. Ich hatte einmal hypothetisch zwei Hoffnungen, dass dieser kleine Markt erweitert oder zumindest geöffnet werden könnte:

.durch eine „innere Expansion“, indem im Medienmarkt die Grenze zwischen den Sprachwelten in Südtirol aufgehoben und ein einziger gemeinsamer Markt für eine zweisprachige oder beide Sprachgruppen ansprechende Zeitschrift entstehen könnte – etwas größer, etwas weiter, vielleicht auch aufnahmefähiger als die zwei ethnisch geteilten Medienmärkte, vielleicht auch fähiger, mit den Südtiroler Konfliktstoffen und Herausforderungen kreativer umzugehen

.durch eine „externe Expansion“, indem die Chancen der „Europaregion“ genutzt werden; dieses Tirol – das ja auch ein dreisprachiges sein könnte, als gemeinsamen Markt zu betrachten, indem allein von der Größe des Marktes Journalismus auf einem guten Niveau möglich sein müsste, wäre eine reizvolle, aber auch extrem schwierige Herausforderung; es hat bisher nur Versuche gegeben, die billig oder abgehoben waren

Beide Expansionen waren bisher nicht möglich, sind vielleicht auch nicht möglich. So fehlen am Ende der Reflexion die Rezepte. An der Vision halte ich fest, weil sie mir die einzige Möglichkeit scheint, dem eingeklemmten Land wenigstens denkend und schreibend den Kragen zu lockern. Damit wir alle mehr Luft bekommen und weniger hecheln müssen, als es die Südtiroler Medien derzeit tun.



Hans Karl Peterlini







suedtirofoto.com

Othmar Seehauser



Der Sender Bozen zwischen Staats- und Landesinteressen

von Oktavia Brugger

Die Geschichte des Senders Bozen beginnt am 12. Juli 1928 unter dem Mussolini-Faschismus, als auf Anraten des Assimilationsspezialisten Ettore Tolomei ein Propaganda-Instrument zur Italianisierung der deutschsprachigen Bevölkerung Südtirols ins Leben gerufen wurde. 80 Jahre später, am 1. August 2008, wurde ein langjähriger ehemaliger RAI-Generaldirektor versetzt, der in einem 2007 aufgezeichneten Telefongespräch Adolf Hitler als „wahnsinnig, aber genial“ gerühmt hatte, weil dieser – statt das deutsche Volk mit Steuern zu belasten – auf die Besitztümer der Juden und der überfallenen Völker zurückgegriffen habe, um seine Kriege zu finanzieren. (La Repubblica, 30. Juli 2008). Derselbe Generaldirektor, namens Agostino Saccà, war in die Schlagzeilen geraten, weil er mit dem damaligen Oppositionschef und Haupteigentümer der Konkurrenzgruppe Mediaset Silvio Berlusconi die Programme des öffentlich-rechtlichen Fernsehens abgesprochen hatte. Die Staatsanwaltschaft von Neapel hatte die Telefon-Überwachung Saccàs eigentlich angeordnet, weil Bestechungsverdacht vorlag. Demnach soll der RAI-Generaldirektor auf Geheiß Berlusconis Showgirls engagiert haben, die mit Mitte-links-Parlamentariern liiert waren. Diese Parlamentarier seien bereit gewesen, das politische Lager zu wechseln und zur Mitte-rechts-Opposition überzutreten, wenn die betreffenden Schauspielerinnen und Tänzerinnen von der RAI unter Vertrag genommen worden wären, behauptete der damalige Oppositionschef am Telefon. Silvio Berlusconi hatte es eilig, wieder an die Macht zu kommen. Deshalb setzte er alle Mittel ein, um Parlamentarier der Regierungskoalition auf seine Seite zu ziehen und so den damaligen Ministerpräsidenten Romano Prodi zu stürzen. Der Sturz Prodis erledigte sich von selbst, doch die Telefongespräche hatten ein gerichtliches Nachspiel, das mit allen Mitteln blockiert wurde. Zunächst drängte der im April 2008 an die Regierung zurückgekehrte Ministerpräsident Silvio Berlusconi

darauf, dass die Ermittlungen wegen versuchter Korruption von Neapel nach Rom verlegt würden, was auch geschah. Dann peitschte der zum Justizminister avancierte Privatsekretär Berlusconi, Angelino Alfano, das Immunitätsgesetz für die vier höchsten Staatsvertreter durch das Parlament. Letzter Akt war ein Gesetzesdekret der Regierung über eine rigide Einschränkung der Telefonüberwachungen. Sie sollen nur noch für eine Dauer von maximal drei Monaten zur Mafia- und Terrorismus-Bekämpfung eingesetzt werden dürfen. Die Journalistenverbände mobilisierten sich – vergeblich – gegen dieses „Maulkorbgesetz“. Es verbietet nicht nur die Veröffentlichung der abgehörten Telefonprotokolle, sondern auch deren Benutzung als Hintergrundinformation. Auch dürfen nur noch die Namen von Festgenommenen oder Verhafteten veröffentlicht werden, nicht aber der Grund für das Eingreifen der Behörden.

Zwischen den beiden Stichdaten, 1928 und 2008, liegen schwierige, aber auch glorreiche Jahre der Radio Televisione Italiana (RAI). Ihre Glanzzeit erlebte die nationale RAI zwischen den 50er- und 70er-Jahren, als dem damaligen Sendemonopol auch das politische Monopol der Democrazia Cristiana entsprach. Dieses doppelte Monopol wirkte sich auf die Betriebsführung positiv aus. Die im Wesentlichen von der DC eingesetzte Führungsspitze konnte ihre Pläne umsetzen, die Bilanzen stimmten, der Betrieb arbeitete professionell, und die RAI galt als eine bedeutende Institution zur Vermittlung von Bildung und Kultur. Sie trug maßgeblich zur Alphabetisierung Italiens bei und, durch die Übertragung von Theateraufführungen, auch zur Verbreitung einer gewissen Elitkultur. Der Niedergang der RAI begann mit dem Niedergang der DC. Die Arbeiter und Studentenunruhen Anfang der 70er-Jahre bewirkten eine Schwächung der DC, gleichzeitig aber eine Stärkung der kommunistischen Partei und die daraus folgende Forderung nach politischem Pluralismus bei der Führung des öffentlich rechtlichen Radio- und Fernsehens. Das 1975 verabschiedete RAI-Gesetz entsprach diesen Forderungen: Nicht mehr die Regierung sollte über die RAI bestimmen, sondern das Parlament mit den



vielen Parteien, die ein paritätisches Mitspracherecht bekommen sollten. Damit war es mit gesunden Bilanzen und einer kohärenten Betriebsführung vorbei. Tausende von zusätzlichen und oft unnötigen Arbeitsplätzen mussten geschaffen werden, um die Forderungen der Parteigranden zu erfüllen. Nahestehende Journalisten, Regisseure, aber auch Sekretärinnen mussten untergebracht werden mit katastrophalen Folgen für den so aufgeblähten Betrieb.

Erst 1991, also 16 Jahre später, wurde ein neues Mediengesetz verabschiedet. Das nach dem damaligen Postminister Oscar Mammì benannte Gesetz schränkte die Rolle der RAI deutlich ein, legitimierte die Privatsender und besiegelte im Wesentlichen den damaligen Istzustand im italienischen Fernsehmarkt. In diesen 16 Jahren war ein Bauunternehmer aus Mailand, Silvio Berlusconi, zum größten privaten Fernsehanbieter aufgerückt. Er hatte sich ungehemmt ausbreiten können, weil es noch keine Gesetze gab, die eine Benutzung des Äthers regelten. In Berlusconis Fininvest-Gruppe waren mittlerweile drei gesamtstaatlich ausstrahlende Fernsehsender zusammengeschlossen, die ein Gegengewicht zu den drei RAI-Kanälen bildeten. Die Schatztruhe von Fininvest war bereits damals die Werbeagentur Publitalia, die zur Sanierung der zunächst defizitären privaten TV-Sender diente. Der Marktanteil von Publitalia an der Fernsehwerbung in Italien schwankte im Jahr 2006 zwischen 45 und 47 Prozent. Das Gegenstück aufseiten der RAI, SIPRA, kam auf 42 Prozent. Was im Mammì-Gesetz fehlte, waren die Richtlinien für eine pluralistische Fernseh- und Werbepolitik. Sie wurde, dem Anschein nach, 13 Jahre später eingeführt, als der damalige Postminister von Alleanza Nazionale, Maurizio Gasparri, das SIC einführte: das Sistema Integrato delle Comunicazioni, eine Art neues Messinstrument zur Festlegung der Obergrenze für die Medienkonzentration. Demnach darf ein einzelner Unternehmer bis zu 20 Prozent des gesamten nationalen Medienmarktes besetzen, durch Fernseh- und Radiosender sowie Print-Medien und Werbung. Das Marktvolumen für einen Medienbesitzer wurde mit dem neuen Gesetz von 10 auf 30 Milliarden Euro angehoben. Das Gesetz,

das auf die Bedürfnisse des damals regierenden Medienzaren Silvio Berlusconi zugeschnitten war, wurde von der EU als illegal, weil konkurrenzschädigend zurückgewiesen. Diese Einwände der EU stärkten dem Nachfolger Gasparri unter der Mitte-links-Regierung von Romano Prodi, Paolo Gentiloni, den Rücken. Er legte einen Gesetzentwurf vor, der zunächst nur die RAI betraf. Das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen sollte aus dem Würgegriff der Parteien befreit werden: durch die Bildung einer Stiftung, die den Medienkoloss führen sollte. Der Gesetzentwurf blieb 18 Monate lang in der Schublade und überlebte den Sturz der Regierung Prodi nicht. Wie sehr die Bemühungen Gentilonis die Chefetage der Mediaset-Gruppe beunruhigte, ist einer Stellungnahme von Piersilvio Berlusconi zu entnehmen. Der Vizechef von Mediaset sagte wenige Tage nach dem Wahlsieg seines Vaters im April 2008, er sei heilfroh darüber, dass mit der Regierung Prodi auch der Gentiloni-Gesetzentwurf gescheitert sei. Dieser habe seinem Mediaset-Unternehmen nämlich sehr schaden können. Fazit: Das Gasparri-Gesetz war bei Redaktionsschluss im Juli 2008 weiterhin gültig, trotz der ultimativen Aufforderung seitens der EU, den Text umzuarbeiten. Auch in der parlamentarischen Überwachungskommission der RAI ließ der Regierungschef über seine Abgeordneten die Interessen des Mediaset-Konzerns verteidigen. Sie boykottierten von Mai bis September 2008 die Ernennung des Kommissionspräsidenten, der – gemäß parlamentarischer Praxis – von der Opposition gestellt wird. Diese hatte den ehemaligen Bürgermeister von Palermo Leoluca Orlando für das Amt designiert. Die Mitte-rechts-Parlamentarier verhinderten seine Wahl mit dem Argument, Orlando gehöre der Partei Italia dei Valori an, die den Interessenkonflikt des Ministerpräsidenten stets angeprangert habe.

Von dieser turbulenten Geschichte war der Sender Bozen nur am Rande betroffen. Die Südtirol-Autonomie erwies sich als relativ guter Schutz vor den Eingriffen seitens höchster römischer Stellen. Auch sank nach und nach der Unmut unter den deutschsprachigen Hörern und Zuschauern, wonach es sich bei der RAI um einen „walschen,“ (italienischen)





Sender handle, der nicht auf die Bedürfnisse der Südtiroler zugeschnitten sei.

Diesen Unmut hatte der langjährige Chefredakteur der Tageszeitung „Dolomiten“, Dr. Toni Ebner senior, in einem Vortrag vor der Südtiroler Hochschülerschaft in Innsbruck im Jahr 1966 auf den Punkt gebracht: „Bei den kulturellen und Unterhaltungssendungen des deutschsprachigen RAI-Fernsehens hatte man allzu oft den Eindruck, dass den Programmgestaltern das Gespür für die Mentalität und für die kulturellen Bedürfnisse der Südtiroler fehlte. Manche Sendungen ließen den Verdacht aufkommen, dass man versuchte, in direkter oder indirekter Weise den Südtirolern allmählich einen italienischen Lebensstil aufzuprägen ... Nicht wenige Südtiroler haben den Eindruck gewonnen, dass diese einstündige Sendung als Lockvogel gedacht ist, damit die Südtiroler mehr Fernsehapparate kaufen und endlich das italienische Fernsehen ansehen. Damit verbunden ist der Eindruck, dass man eine assimilierende Wirkung anstrebt.“

Welche penetrante, weil bewusstseinsverändernde Wirkung das Medium Fernsehen generell hat, formulierte der unvergessene Philosophieprofessor Hermann Eichbich-

ler in einem Artikel für die Broschüre „Medienlandschaft in Südtirol“ (Hrsg. Leonhard Paulmichl und Klaus Dubis).

„Man müsste eigentlich darüber erschrecken, dass durch das Fernsehen sozusagen fast alle unsere Mitbürger zu ständigen Kinobesuchern geworden sind, wobei man annehmen muss, dass sehr viele der gezeigten Filme weder moralisch noch ästhetisch hochwertig sind und dass so die Zuschauer innerlich in fraglicher Weise verwandelt und verändert werden. Außerdem ist es ja bekannt, dass sich die herrschenden Parteien die Möglichkeit nicht entgehen lassen, den Hörer oder Zuschauer im Sinne ihrer Ideologie in geschickter Weise zu beeinflussen. Es braucht innere Wachheit und kritisches Vermögen, dass man das gleich zu durchschauen vermag ... Dass besonders Kinder und Jugendliche durch die gebotenen Programme in vielfacher Weise gefährdet sind, braucht kaum eigens gesagt zu werden.“

1975 wurde mit Franz von Walther der erste deutschsprachige Programmchef des RAI-Senders Bozen ernannt. Seine Funktion war die des „Koordinators“. 1977 folgte Hansjörg Kucera als erster deutschsprachiger Chefredakteur. Die seit 1966 aus



Rom ausgestrahlte Tagesschau übersiedelte im Oktober 1992 nach Bozen. Damit war eine der Hauptforderungen der SVP erfüllt, die neben ethnisch-paritätischen Stellenplänen auch die Stärkung des deutschsprachigen Nachrichtenprogramms gefordert hatte. Trotzdem schwelte das Misstrauen unter der Südtiroler Landesregierung gegenüber dem RAI-Sender-Bozen weiter. Anders ist es nicht zu erklären, dass Landeshauptmann Luis Durnwalder 2002 die Kofinanzierung des ORF-Programms „Südtirol heute“ durch öffentliche Landesgelder durchsetzte. Als sich 2007 unter der Regierung Prodi die Möglichkeit für das Land Südtirol bot, die Programmstruktur des Senders Bozen zu übernehmen, sprich zu finanzieren, war der Landeshauptmann aber auch damit sofort einverstanden. Eine entsprechende Durchführungsbestimmung wurde in der zuständigen Sechserautonomie-Kommission vorgelegt, und die Verabschiedung stand bevor. Durch den Sturz der Regierung Prodi im Jänner 2008 wurde das Projekt einer Übernahme des Senders Bozen wieder ad acta gelegt. Zweifel über eine „Provinzialisierung“ des Senders Bozen äußerten vor allem die darin beschäftigten Journalisten. Sie befürchteten eine massive Einflussnahme durch die Landespolitiker und ihre Degradierung zu „Hofbericht-

erstatern“. Auch praktisch sei eine „Übernahme durch das Land“ schwer umzusetzen, erklärten die Mitglieder des deutschsprachigen Redaktionskomitees. Denn die RAI Bozen ist dreisprachig aufgebaut, und die technische Ausstattung wird von allen gemeinsam benutzt. Auch wird das Personal für alle drei Programme eingesetzt. Eine Finanzierung nur des deutschsprachigen Sektors durch die Landesregierung würde diese Organisationsstruktur aufbrechen. Auch politisch wäre die Bevorzugung der deutschen Sprachgruppe derzeit riskant, weil die relativ problemlose Zusammenarbeit zwischen den Medienangestellten der drei Sprachgruppen vielerorts als Modell gelobt wird. So wie der RAI-Sitz in Bozen innerhalb der gesamtstaatlichen RAI oft als kleines Eldorado dargestellt wird. Denn der RAI Bozen werden die modernsten technischen Mittel zur Probe zugeteilt, um Pilotprojekte durchzuführen. Diese Bewunderung seitens Außenstehender entspricht nicht immer der Selbsteinschätzung der direkt betroffenen Medienarbeiter, die über Mängel und Unverständnis seitens der RAI - Führungsspitze in Rom klagen. Sie verweisen auf die Konkurrenz durch die ausländischen Radio- und TV-Sender, die im Grenzland Südtirol tatsächlich größer ist als im Staatsgebiet. Daraus leiten die Gewerkschaftsvertreter der Journalisten die Forderung nach zusätzlichen Mitteln und Einstellungen ab. Weil die RAI als Medienkonzern derzeit geschwächt ist und von der Regierung eher behindert als gefördert wird, fürchten viele Angestellte, dass ihnen das Schicksal der Alitalia-Bediensteten droht, nämlich der Verlust des Arbeitsplatzes. Um die abgewirtschaftete Fluglinie zu retten, hatte Ministerpräsident Berlusconi im Juli 2008 den Abbau von 5000 Stellen angekündigt. Die ungewisse Zukunft von RAI und Alitalia hat im Sender Bozen einen teilweisen Meinungsumschwung bezüglich der „Übernahme durch das Land“ bewirkt. Demnach wird der Südtiroler Landesregierung eher zugetraut, für die Finanzierung des Senders zu sorgen als der Regierung in Rom, die mit der höchsten Staatsverschuldung in Europa zu kämpfen hat.



Oktavia Brugger







Von der katholischen Gesellschaft zum Familienbetrieb

von Leo Hillebrand

Im vergangenen Juni wurde Europaparlamentarier und Athesia-Direktor Michl Ebner zum Präsidenten der Handelskammer in Bozen gewählt. Diesem Akt gingen wochenlange Polemiken rund um die Rolle Ebners im öffentlichen Bereich sowie die undurchsichtige Informationspolitik der Verlagsführung im Zusammenhang mit den Besitzverhältnissen im eigenen Haus voraus. Konkret warfen die Konkurrenzmedien Athesias starkem Mann vor, als Präsident der Handelskammer – dem ja unter anderem die Aufgabe zukommt, die Geschäftspraktiken der Unternehmer zu kontrollieren – schon deshalb nicht glaubwürdig zu sein, weil er geltendes Handelsrecht kontinuierlich missachte: Athesia war nämlich vor 2008 der Verpflichtung, das Gesellschafterverzeichnis in der Handelskammer zu hinterlegen, jahrelang nicht nachgekommen. Der Vorstand hatte es jeweils vorgezogen, die vorgesehenen Strafen zu begleichen. Warum diese Geheimnistuerei um die Teilhaber und deren jeweilige Anteile am Unternehmen? Die Neue Südtiroler Tageszeitung und die FF vermuteten gar manche verborgene Leiche im Keller des Verlagshauses, etwa in Form von Gesellschaftern, die mangels Information durch den Verlagsvorstand gar nicht in Kenntnis ihrer Beteiligungen waren. So schrieb die Neue Südtiroler Tageszeitung gleich von mehreren Fällen, in denen der Athesia-Vorstand Erbnehmern jahrzehntelang die Information vorenthielt, dass sie zu Miteigentümern des Unternehmens geworden seien.⁽²⁾

Tabuthema Eigentumsverhältnisse

Auch wenn die Unterstellungen von Tageszeitung und FF nachvollziehbar sind, der alleinige Grund für das intransparente Gerieren des Athesia-Vorstandes, was Gesellschafter

und Verteilung der Aktien angeht, sind sie sicher nicht. Zu viele Jahrzehnte währt die Tradition, ein Geheimnis um alles zu machen, was mit den Eigentums- und damit den Machtverhältnissen in Südtirols einzigem größeren Medienunternehmen in Zusammenhang steht. Zum einen ist dieser Umstand aus der katholischen Tradition des Unternehmens erklärbar. Anders als die Protestanten taten sich Katholiken mit einem offenen Bekenntnis zu Geld und Kapitalismus traditionell schwer, ja, galt ihnen der unbedingte Drang zu wirtschaftlichem Erfolg als verpönt. Als sich kirchliche Kreise im Tirol des 19. Jahrhunderts genötigt sahen, den frühen liberalen Presseerfolgen eigene unternehmerische Initiative entgegenzustellen, galt Diskretion folglich als oberste Richtlinie. So gerne man nach dem Zweiten Weltkrieg in Nord- und Südtirol auf die Pionierzeiten katholischer Medienpolitik zurückblickte, kaum je standen wirtschaftliche Details im Blickpunkt.

Der Zeitgeist kam klerikalen Neigungen zur Geheimniskrämerei lange zupass: In Kontinentaleuropa etablierte sich der angelsächsische Transparenzgedanke in der Wirtschaft erst nach 1945 durch amerikanischen Einfluss. In Südtirol kursierten noch in den 60er- und 70er-Jahren abenteuerliche Gerüchte in Vermögensangelegenheiten, beispielsweise über den Grund- und Immobilienbesitz der Kurien. Ebenso blieben die Anteile an der von Geistlichen wie Aemilian Schöpfer gegründeten Athesia-Vorläuferin Tyrolia geheimnisumwittert. Nur wenige Insider besaßen einen Überblick über die Verteilung des Gesellschaftskapitals im Allgemeinen sowie über die kirchlichen Beteiligungen im Besonderen. In diesem Kontext bezeichnend: Ende der 50er-Jahre beauftragte der in Athesia-Angelegenheiten an sich sehr rührige Bischof Joseph Gargitter einen Mitarbeiter zu ermitteln, wie die Anteile an der Verlagsanstalt verteilt seien. Nicht einmal eine zentrale Person wie der Bischof, selbst Miteigentümer, verfügte also über eine genaue Kenntnis der Lage. Dass die mittlerweile nicht mehr geistlichen Verlagsleiter – nach dem Tod von Kanonikus Michael Gamper 1956 hatten Laien wie Toni



Prälat Aemilian Schöpfer, Gründer des Athesia-Verlages. Als fortschrittlicher christlich-sozialer Politiker sprach er sich gegen die um 1900 übliche Dominanz von betuchten Einzelpersonen bzw. Clans aus und ließ eine entsprechende Sperrklausel in das Gesellschaftsstatut einbauen

Ebner und Franz Kemenater die führenden Positionen inne – die kirchliche Neigung zur Intransparenz wohlwollend übernahmen, hatte wiederum andere Gründe: Der seit dem Ableben Gampers schwelende Machtkampf zwischen der Kirche und dessen Verwandten um die Vorherrschaft im Unternehmen sollte der Öffentlichkeit verborgen bleiben. So galt Athesia noch Jahrzehnte als kirchlich dominiertes Unternehmen, obwohl es in Wirklichkeit seit den 50er-Jahren von der Familie Ebner gesteuert wurde.

Die Anfänge der katholischen Presse

Die Athesia-Vorgängerin Verlagsanstalt Tyrolia Ges. m.b.H. ging 1907 aus dem Zusammenschluss zweier christlich-sozialer Pressvereine hervor. Ziel der Betreiber: durch ein schlagkräftiges Medienunternehmen einerseits den Einfluss der liberalen und farblosen Presse zurückzudrängen, andererseits katholisches, konkret christlich-soziales Gedankengut zu verbreiten.

Da der Typ des finanzkräftigen Einzelunternehmers in der katholischen Verlegerschaft fehlte, beschritt man zwecks Auffindung des nötigen Kapitals neue Wege. Die typischen Formen für katholische Presseverlage wurden denn auch die Genossenschaft und die Kapitalgesellschaft. Mit der Gesellschaftsform einher ging bei Tyrolia auch eine programmatische Absicht christlich-sozialen Zuschnitts: Um etwaigen Vormachtbestrebungen Einzelner einen Riegel vorzuschieben, baute man eine Sperrklausel in das Statut der GmbH ein: Kein Gesellschafter sollte, unabhängig von der Höhe seiner Anteile, bei Vollversammlungen einschließlich der Vollmachten mehr als 35 Stimmrechte geltend machen können. Diese Klausel blieb bis 2004, der Umwandlung der Athesia in eine Aktiengesellschaft, Teil des Gesellschaftsstatuts. Damit war die grundsätzliche Kapitalstruktur des Verlages vorgegeben, und von der Gründung an trug man neu auszugebende Anteile vor allem kirchlichen Einrichtungen, Pfarrern, Kooperatoren, Häuserinnen, Mesnern und anderen Personen des kirchlichen Umfeldes an. Obwohl Tyrolia von Beginn an kein

Kirchenverlag im rechtlichen Sinn des Wortes war, bestand kein Zweifel über die ihre Ausrichtung: 41 der 72 Gründungsmitglieder waren Geistliche.

Krisenjahre

Tyrolia entwickelte sich zu einer Erfolgsgeschichte: Die Form der GmbH zeigte sich den Einzelunternehmen nicht zuletzt bei der Kapitalbeschaffung überlegen, günstigere Produktionskosten – häufig gestalteten Geistliche kostenlos die Zeitungen mit – und vor allem der ständige Lobbyismus der Ortspriester erwiesen sich als Vorteile, gegen die die liberale und farblose Konkurrenz wenig aufzubieten hatte.

War es in den ersten Jahren insgesamt nicht schwierig, für Verlagsunternehmungen Kapital aufzutreiben, so gestaltete sich die Situation nach dem Ersten Weltkrieg aufgrund der dauerhaften Krisenzustände in der Südtiroler Wirtschaft problematischer. Auch in der Zeit, nachdem Südtirols Presselandschaft vornehmlich durch die faschistischen Verbote „gesäubert“ worden war, und der 1923 in Vogelweider, 1936 in Athesia umbenannte Verlag sich in einer monopolähnlichen Stellung auf dem deutschsprachigen Pressemarkt wiederfand, waren die Rahmenbedingungen derart ungünstig, dass er kaum Gewinne abwarf. In dieser Situation sah sich die geistliche Führung immer wieder genötigt, gerade auch den niederen Klerus und diesem nahe stehenden Personen zum Ankauf von Beteiligungen im Interesse des Fortbestandes der katholischen Presse aufzufordern. Neben der Unterstützung durch das deutschsprachige Ausland wurden auf diese Weise immer wieder die Mittel aufgebracht, die der Betrieb zum Überleben benötigte.

Weichen für die Zukunft

Als Athesia nach Beendigung der deutschen Besatzung Südtirols 1945 ihre Aktivitäten wieder aufnehmen konnte, befand sich somit eine erhebliche Zahl von Gesellschaftsanteilen in der Hand von Personen, die sich des



potenziellen Wertes ihrer Papiere nicht bewusst waren. Diese Beteiligungen waren von ihrem Umfang her zu gering, um den Eigentümern eine Mitsprache in strategischen Entscheidungen zu ermöglichen, und als Kapitalanlage erwiesen sie sich in den ersten Nachkriegsjahren noch als weitgehend unrentabel. Seit den Zeiten des Piusvereins – vor dem Ersten Weltkrieg für die Förderung der katholischen Presse zuständig – war es Usus, weniger aus materiellen denn aus religiös-weltanschaulichen Motiven in die Presse zu investieren. Nach 1918 kamen dezidiert politische Motive hinzu: Die Verlagsanstalt stand nun nicht nur für katholisch geprägtes Schrifttum, sondern auch für die Erhaltung des Deutschtums südlich des Brenners. Beide Anliegen repräsentierte niemand so sehr wie der langjährige Leiter des Unternehmens, Kanonikus Michael Gamper. Einerseits Firmenpatriarch, andererseits „inoffizieller Landeshauptmann“ Südtirols in der Zwischenkriegszeit (Claus Gatterer), profitierte er auch persönlich vom Vertrauen, das ihm viele Südtiroler vor und nach dem Zweiten Weltkrieg entgegenbrachten. So überließen mehrere Geistliche und Personen aus dem kirchlichen Ambiente Gamper ihre Verlagsbeteiligungen auf testamentarischem Weg. Zudem nahm er auch andere Zuwendungen

wie Spenden in Empfang. (3) Das war zunächst durchaus im Sinne der Kurie Brixen: Diese hegte nach 1945 Befürchtungen, es könnte innerhalb relativ kurzer Zeit zu einer Erosion der geistlichen Anteile am Verlag kommen, da viele Gesellschafter mittlerweile ein fortgeschrittenes Alter erreicht hatten. Der in der Nachkriegszeit noch klerikal dominierte Athesia-Vorstand konnte zwar die Vergabe von neuen Verlagsanteilen nach weltanschaulichen Gesichtspunkten steuern, auf den Erbweg hatte er aber selbstredend keinen Einfluss. Daher bewertete der Kurienklerus die Kumulierung von Anteilen in der Person Gampers durchaus positiv. Entsprechend groß war die Verwunderung bei den in die Materie eingeweihten Geistlichen, als Gamper 1956 auf diesem Weg ererbte Anteile und andere in Beteiligungen umgewandelte Zuwendungen seinen Verwandten hinterließ. Ihrer Auffassung zufolge war Gamper ganz klar in seiner Funktion als Repräsentant der Kirche begünstigt worden. Somit hätte dieses Vermögen in kirchlicher Hand bleiben müssen. (4)

Gampers Nachfolgeregelung

In den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg führte Michael Gamper die Athesia autokratisch, der



Noch gibt die Kirche den Ton an: Athesia-Vizepräsident Johann Tschurtschenthaler, Präsident Michael Gamper, Bischof Johannes Geisler und das weltliche Vorstandsmitglied Hans Jank, um 1950. Die langjährige Leitung des Verlages durch Gamper markierte den Übergang von einer kirchlich kontrollierten Gesellschaft zu einem faktischen Familienbetrieb.



Verlagsvorstand war de facto bedeutungslos. Als Priester ohne eigene Familie pflegte der Kanonikus zeitlebens engste Beziehungen zu seinen Geschwistern und deren Nachkommen. Diesem ausgeprägten Familieninstinkt folgend, förderte er die Aufnahme von Verwandten in den Betrieb.

Als zentrales Ereignis für die künftigen Geschehnisse des Athesia-Verlages sollte sich die 1944 geschlossene Ehe zwischen der Gamber-Nichte Martha Flies und dem Rechtsanwalt Toni Ebner erweisen. 1951 hievte der Kanonikus den Aldeiner in den Vorstand, zusätzlich übertrug er ihm die Schlüsselposition des Verlagsdirektors. Nicht zuletzt über diese Aufgabe lernte Ebner das Unternehmen in allen Details kennen, neben seiner zentralen Stellung in der Südtiroler Volkspartei eine wichtige Grundlage für künftige Machtkämpfe.

Kurz vor seinem Tod im April 1956 „bestellte“ Gamber Ebner testamentarisch zum Chefredakteur der Dolomiten. Der Vorstand

wagte nicht, gegen diese in einer Gesellschaft ungewöhnliche Anmaßung von Kompetenzen aufzutreten und bestätigte dessen Verfügungen. Diese „Inthronisierung“ durch den Patriarchen war für die verlagsinterne Vormachtstellung des Ehepaars Ebner letztlich wichtiger als die geerbten Gesellschaftsanteile: Diesbezügliche Zahlen sind nicht bekannt, mehr als 3-4 Prozent des Kapitals dürfte Ebner aber nie gehalten haben.

Treibende Kraft hinter dieser „Übergabe“ war Martha Ebner. In ihrer Zeit als Sekretärin des Kanonikus hatte sie eines gelernt: Politische Fortüne ist wechselhaft, die Kontrolle über den Verlag kann ihrer Familie aber dauerhafte, strukturelle Macht sichern. Nach dem Ableben Gampers bildete sie mit ihrem Gatten ein kongeniales Paar, das die desorientierten und verunsicherten geistlichen Vorstandsmitglieder entmachtete und Athesia zu einem wichtigen Verlagsunternehmen im Alpenraum ausbaute. Sie gab Richtung und Ziele vor, er setzte sie mit strategischem



Zäsur in der Verlagsgeschichte:
Kanonikus Michael Gamber vererbt seine Gesellschaftsanteile nicht der Kirche, sondern seiner Nichte und Sekretärin Martha Flies.



Weitblick und Verve um. Durch die Kontrolle des Verlages und die Übernahme von Spitzenfunktionen in der SVP entfaltet die Familie bis heute in Südtirol einzigartige Synergien der Macht.

Der Konflikt Ebner – Kirche

Der Umstand, dass Toni Ebner neben den Verlagsagenden 1956 auch die Leitung der Dolomiten übernahm, markierte einen wichtigen Einschnitt: den faktischen Übergang von einer Gesellschaft mit religiös-idealistischem Hintergrund zu einem Familienbetrieb. Vor allem die Kurie Brixen leistete jedoch hinhaltenden Widerstand. Zwar wurde die Diözese erst 1985 zur juristischen Person, konnte also als Institution bis dahin keine Anteile halten, jedoch stellten die Beteiligungen der Brixner Geistlichen und ihrer Institutionen wie Vinzentinum, Priesterseminar usw. in der Summe noch in den 50er-Jahren den größten Anteilsstock an der Verlagsanstalt dar. Die Kurie mit Bischof Gargitter an der Spitze hatte folglich angesichts der sich zu Ende neigenden Ära Gamper eigenständige Überlegungen zur Nachfolge angestellt. Ausgehend von der Erwartungshaltung, die Funktionen des Kanonikus sollten wiederum Geistlichen zufallen, wurden dessen einseitige Verfügungen zugunsten Martha und Toni Ebners intern entsprechend kritisiert.(5)

In den nun anhebenden, meist unterschweligen Auseinandersetzungen um die Kontrolle des Unternehmens stand der Klerus allerdings auf verlorenem Posten. Die weiterhin im Vorstand vertretenen Geistlichen erwiesen sich in wesentlichen Sachfragen nicht selten als überfordert, wurden sie doch nicht aufgrund der eigenen Disposition, sondern auf Weisung des Bischofs zu Mitgliedern des Gremiums. Während Ebner und seine Vertrauensleute das Unternehmen in- und auswendig kannten, waren die „geistlichen Herren“ selten über grundsätzliche Dinge orientiert. Besonders das Verhältnis zwischen Ebner und dem Bischof verschlechterte sich in den 60er-Jahren zunehmend. Dabei vertrat Gargitter mittlerweile in Sachen Athesia ohnehin eine zurückhaltende Linie: Das Zweite Vatikanische Konzil betonte schließlich die Trennung von „Thron und Altar“, und so vertraten auch Teile der Kurie die Ansicht, eine zu enge Verbindung zwischen Kirche und Verlag sei für beide Seiten nicht vorteilhaft; die zunehmende Dominanz weltlicher Entscheidungsträger entspreche schlicht den Zeichen der Zeit. Nach einem missglückten „Putschversuch“ 1973 musste die Kirche die Vorherrschaft der Familie Ebner definitiv zur Kenntnis nehmen. Der Öffentlichkeit blieb diese Verschiebung der Machtverhältnisse allerdings weiterhin verborgen – nicht

Bischof Joseph Gargitter im Gespräch mit Athesia-Direktor Toni Ebner (links Bozens Bürgermeister Giorgio Pasquali). Das überaus gespannte Verhältnis zwischen den beiden war in den 60er- und 70er-Jahren eines der zahlreichen Tabus in den Verlagszeitungen.





zuletzt, weil Ebner in den Zeitungen einen demonstrativ kirchennahen Kurs verfolgte.

Die Entwicklung der kirchlichen Gesellschaftsanteile

Wenn der Südtiroler Klerus Athesia seit den 60er-Jahren nicht mehr als s e i n Unternehmen betrachtet, ist das nicht zuletzt eine Folge der erheblichen Umschichtungen des Gesellschaftskapitals. Nicht nur die gesamten Gamper-Anteile kamen in Laienhände. Der bis vor drei Jahren größte Athesia-Gesellschafter, der Wirtschaftsberater Rudolf Rimbl, erhielt den Grundstock seiner Anteile über Balthasar Rimbl, von 1917–1929 Provikar des deutschen Anteils der Diözese Trient. Johann Tschurtschenthaler, der ebenfalls eine größere Beteiligung hielt, vermachte sie seiner Nichte, der früheren Brixner Stadträtin Kathi Trojer. Auf dem Erbweg gelangten mit der Zeit auch zahlreiche Kleinanteile in weltlichen Besitz. Durch Vererbung ergab sich weiters das Phänomen der zunehmenden Aufsplitterung der Anteile. Unter dem Strich bildete sich nach dem Zweiten Weltkrieg folgende Kapitalstruktur heraus: Wenigen, relativ großen Gesellschaftern standen viele Kleinsteigner gegenüber, von denen viele (oft über die Hälfte der Gesellschafter) bei Vollversammlungen im Bewusstsein ihrer mangelnden Einflussmöglichkeiten gar nicht erschienen.

Konsolidierungsbemühungen

Martha und Toni Ebners Strategie, ihre Stellung auch von der Kapitalseite her zu festigen, umfasste mehrere Punkte. Das aufgrund des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs rapide wachsende Unternehmen gab seit den 60er-Jahren im Rahmen von Kapitalerhöhungen wiederholt neue Anteile aus. Die Termine setzte Ebner so an, dass er im Rahmen seines Vorkaufsrechtes auch finanziell in der Lage war, neue Quoten für die Familie zu erwerben. Stand wieder einmal eine Kapitalerhöhung bevor, zögerte Ebner nicht, Bozner Bekannte regelrecht um Geld „anzupumpen“, um hinreichend liquid zu sein. Dabei

war er so überzeugt von seinem Tun, dass er durchaus eine gewisse Aufdringlichkeit entwickeln konnte.(6) Das Ehepaar erwarb zudem systematisch alte Beteiligungen. Während kleine Gesellschafter früher von sich aus Kanonikus Gamper Anteile überlassen hatten, agierten die Ebners offensiv: Sie durchforsteten landauf – landab ganz Südtirol nach alten Athesia-Gesellschaftern und überzeugten diese, ihnen die Beteiligungen zu überschreiben.(7) Anders als landläufige Gerüchte um diesbezügliche Coups der Ebners insinuierten, handelte es sich bei der Aufstockung ihrer Anteile auf etwa ein Drittel des Gesamtbestandes um beharrliche Kleinarbeit, die sich über Jahrzehnte hinzog und wesentlich dadurch begünstigt wurde, dass die Familie an den Schaltstellen des Unternehmens meist einen entscheidenden Informationsvorsprung besaß.

Familieninterne Streuung und gezielte Vergabe der Beteiligungen

Je höher die Gesellschaftsanteile der Ebners stiegen, umso konsequenter praktizierten sie deren familieninterne Streuung, um die Auswirkungen der Sperrklausel von höchstens 35 Stimmrechten pro Gesellschafter zu umgehen. Nach Toni Ebners Tod (1981) hielten neben Martha Ebner ihre Kinder Heinrich, Michl, Toni jun. und Astrid ebenso Beteiligungen wie die Verwandten Hermine Ebner, Peter und Albert Matzneller. In den 90er-Jahren gesellte sich Michl Ebners damalige Gattin Edith Pernter hinzu. Auf diese Weise kontrollierte man an die 300 der insgesamt über 700 Stimmrechte, deutlich mehr also, als zur Kontrolle einer Athesia- Vollversammlung nötig sind.(8) Weiters kamen bei der Zuteilung der Anteile, die nicht im Familienkreis landeten, einschlägige Kriterien zur Anwendung. Den Vorwand hierfür bot jener seit den Anfängen der Verlagsanstalt gültige Grundsatz, wonach neue Gesellschafter nicht nur unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Seriosität, sondern auch unter weltanschaulichen, d. h. politischen und religiösen Gesichtspunkten auszuwählen



Die Verhältnisse innerhalb der Verlagsanstalt waren in der Südtiroler Medienlandschaft lange Zeit ein Tabuthema. Erst die seit den 80er-Jahren aufkommende Athesia-unabhängige Presse thematisierte die tragende Stellung der Familie Ebner und deren Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft.



seien. Entsprechend dem Anliegen der Gründer, durch diese Regelung das sowohl katholische als auch deutsche Unternehmen frei von Liberalen, Sozialisten und später von italienischer Einflussnahme zu halten, so wurde sie nach 1945 Vehikel für eine gezielte Clanpolitik. Eine durchaus freie Interpretation hatte sich bereits Gamper vorbehalten. Sein verlagsinterner „Rivale“ Johann Tschurtschenthaler wollte sich in der Person des befreundeten Jungpriesters Anton Geier einen Nachfolger im Unternehmen aufbauen, der seine Funktionen, etwa beim Katholischen Sonntagsblatt, übernehmen sollte. Daher bemühte er sich um Anteile für Geier. Gamper, vermutlich Konkurrenz witternd, verweigerte diese, obwohl er sich in diesem Fall schwerlich auf weltanschauliche Bedenken berufen konnte.(9)

Toni Ebner bediente sich derselben Methode: Freunde und enge Vertrauensleute, Wirtschaftstreibende, die in jeder Hinsicht auf seiner Linie lagen, waren die bevorzugten Adressaten für die nunmehr begehrten neuen Gesellschaftsanteile. So schuf er sich solide Verbündete, wie sich wiederholt zeigen sollte. Dabei hatte er durchaus die Courage, Beteiligungen auch Geistlichen vorzuenthalten, wenn sie als bischofsnah galten. Als dem langjährigen Redakteur des Katholischen Sonntagsblattes, Josef Innerhofer, von Bekanntheseite die Möglichkeit eröffnet wurde, Beteiligungen zu erwerben, stellte dieser – sich des gespannten Verhältnisses zu Ebner bewusst – einen entsprechenden Antrag an den Vorstand. Einige Zeit später beschied ihm der ebenfalls geistliche Vizepräsident Johann Gamberoni überaus verlegen, er bekomme die Anteile nicht, da er als „nicht vertrauenswürdig genug“ eingestuft worden sei.(10)

Erfolgreiche Hausmachtspolitik

Eine jahrzehntelang auf allen Ebenen betriebene Hausmachtspolitik zeitigte ihre Folgen, als die Stellung der Familie nach dem frühen Tod Toni Ebners gefährdet schien. Einmal mehr jedoch erwies sich Martha



Leo Hillebrand

Ebner als entscheidende Kraft, als es darum ging, die mit der Kontrolle des Verlages verbundenen Privilegien der nachfolgenden Generation zu übertragen. Michl und Toni Ebner jun. traten 1995 definitiv das Erbe des Vaters an: der Europaparlamentarier als Verlagsdirektor, sein jüngerer Bruder als Chefredakteur der Dolomiten.

Den bislang letzten maßgeblichen internen Umbau verzeichnete Athesia 2004 mit der Umwandlung von einer GmbH in eine Aktiengesellschaft. Damit fielen einige Bestimmungen, die den Verlag seit der Gründung geprägt hatten, wie etwa die „Pluralismus-Klausel“ mit dem 35-Stimmen-Limit.⁽¹¹⁾ Die Umwandlung in eine AG besiegelte nun auch eine Verschiebung innerhalb der Verwandtschaft, die sich de facto in den letzten 20 Jahren herausgebildet hatte. Zuvor hielten alle involvierten Verwandten mindestens so viele Anteile, um 35 Stimmrechte geltend machen zu können. Nun kristallisierten sich definitiv zwei Personen als tragende Gesellschafter heraus: Während etwa Martha Ebner oder ihre Kinder Heinrich und Astrid nur marginale Quoten halten, rangieren Michl und Toni Ebner mit je knapp 10 bzw. 8 Prozent der Aktien mit Abstand an der Spitze aller Teilhaber. Praktizierte die Familie zu GmbH-

Zeiten die familieninterne Verteilung der Anteile, so machten sich die Brüder nun eine Möglichkeit des italienischen Gesellschaftsrechts zunutze, um den eigenen Einfluss zu wahren: die differenzierte Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien. Sie kalkulierten vorab, kleine Gesellschafter würden im Gewährsein ihrer Einflusslosigkeit auf Stammaktien – nur ihre Eigner verfügen über Stimmrechte – verzichten und für die finanziell attraktiveren Vorzugsaktien optieren. Da letztlich über 40 Prozent der Mitglieder so entschieden, resultierte daraus nahezu eine Verdoppelung der Ebner-Anteile bei den Stammaktien, die sich auf 16 bzw. 13 Prozent belaufen. Insgesamt hält die Familie bei 33 Prozent stimmberechtigter Wertpapiere. Diese Quote liegt zwar deutlich unter der absoluten Mehrheit, garantiert aber gleichwohl die Kontrolle der Verlagsanstalt, zumal der übrige Aktienbesitz äußerst fragmentiert ist: Von den restlichen 197 Gesellschaftern hält kaum jemand über einen Prozent des Gesamtkapitals, ja, 90 Prozent davon kommt nicht einmal auf 0,30 Prozent.⁽¹²⁾

Fazit: Solange die Familie Ebner geschlossen agiert, wird sie die Geschicke von Südtirols wichtigstem Medienunternehmen bestimmen.

1 Christoph FRANCESCHINI, Michls Aktiensammlung, in: Die Neue Südtiroler Tageszeitung, 29. 5.2008, S. 4;

2 Vgl. Norbert DALL'Ò, Hauskrach bei Athesia, in: FF – Das Südtiroler Wochenmagazin 21/2008, S. 24

3 Vgl. Hans Karl PETERLINI, Hans Dietl. Biographie eines Südtiroler Vordenkers und Rebellen, Bozen 2007, S. 411

4 Interview Josef LERCHER, 20. 7. 1993

5 Interview Josef LERCHER, 20. 7. 1993

6 Interview Franz WIDMANN, 23. 2. 1995

7 Interview Gerald FLEISCHMANN, 16. 2. 1993

8 Vgl. Christoph FRANCESCHINI, Ebners Erbhof, in: südtirol profil 2/1995, S. 14-19

9 Interview Anton GEIER, 22. 7. 1993

10 Interview Josef INNERHOFER, 7. 2. 1993

11 Interview Rudolf RIMBL, 14. 7. 2008

12 Christoph FRANCESCHINI, Die Ebner AG, in: Die Neue Südtiroler Tageszeitung







asus.sh/skolast

andreas gschleier



Der „Vinschger Wind“ Ein Stück Freiheit

von Erwin Bernhart

Alle verhalten sich gleich: Das ist die Erkenntnis, die ich bei und nach der Gründung der neuen Bezirkszeitung „Der Vinschger Wind“ gewonnen habe. Eine interessante Erkenntnis, auch eine bittere. Alle verhalten sich gleich: Das sind die politischen Parteien, das sind die politischen Gruppierungen, das sind die Bürgerlisten auf Gemeindeebene, das sind die politisch Verantwortlichen, das sind einzelne Akteure. Mit dem Verhalten meine ich, dass sie jede öffentliche Schiene, jedes Medium nutzen. Möglichst für sich nutzen. Bin ich noch bei der Gründung, zu der wir viel Zuspruch erhalten haben, der naiven Meinung gewesen, diesen Zuspruch in Mitarbeit, in Exklusivität, in Kontaktpflege ummünzen zu können, wurde ich bereits in den ersten Tagen eines Besseren belehrt. Der Enttäuschung im Bauch ist die Analyse im Kopf gefolgt, und ich muss gestehen: Die politischen Akteure haben, für sich, recht. Wir, die Redakteure, die Schreiberlinge, die Naiven, haben tatsächlich geglaubt, dass „unsere Sache“, unser Schritt, unsere Begeisterung auch Sache vieler sein kann, ja sein muss. Auch die Sache der Politik jeder Farbe. Ist sie aber nicht: Alle verhalten sich gleich. Möglicherweise geschieht das nicht nur im Vinschgau. Aber es geschieht eben im Vinschgau. Mittlerweile, das muss ich nachschieben, bin ich, sind wir in der Redaktion, nachgereift. Gott sei Dank.

„Unsere Sache“: Eine Bezirkszeitung sollte, bin ich der Meinung, in einem Bezirk wachsen, von einem Bezirk getragen, in einem Bezirk gemacht, geschrieben und verteilt werden. Ich weiß, dass Genanntes „Eulen nach Athen tragen“ ist. Trotzdem.

1993 wurde dies im Vinschgau umgesetzt: „Der Vinschger“ ist damals aus der Taufe gehoben worden. Weil im Vinschgau große Betriebe mit dicker Brieftasche, gepaart mit breitem Idealismus, nicht nur rar, sondern so gut wie nicht vorhanden waren, hat man mehr als 60 Aktionäre zusammengekratzt, mit einem Aktienanteil von damals 500.000 Lire Minimum.

An die 250 Euro wären das heute. Zusammengekommen sind, nach einer raschen Aktienaufstockung, insgesamt 180 Millionen Lire. Man stelle sich vor: mehr als 60 Leute im Vinschgau! an einem Strang! Die Fliehkräfte waren damit bereits in die Wiege gelegt. Dennoch, 10 Jahre hat „Der Vinschger“ als Bezirkszeitung funktioniert. Krach hat es intern des Öfteren gegeben, die Fliehkräfte wurden spürbar. Ich selbst bin 1998 zum „Der Vinschger“ gestoßen und recht rasch, zugegeben aufgrund mangelnder Alternative, zum Stellvertreter ernannt worden. 2002 ist aus dem „Vinschger“ unter meiner Koordination ein eigenständiges Kind geboren: „bm-Burggräfler Magazin“. Mit zunehmendem Erfolg hatte das monatlich erscheinende Magazin im Burggrafenamt, mit einer eigenen Burggräfler Redaktion, bis 2005 Bestand. Wie auch seine Mutter „Der Vinschger“.

2005, genauer im April, hat die gesamte Redaktion, die Grafikabteilung und die Verwaltung den „Der Vinschger“ verlassen.

Aus. Wir wollten nicht mehr. Was ist geschehen? Nachdem der Chefredakteur, der 10 Jahre lang den „Der Vinschger“ gemacht hat, Gründungsmitglied und damit Aktionär war, Anfang 2004 im Streit mit dem Verwaltungsrat das Handtuch geworfen hatte, wurden mir die Gesckicke der Zeitung anvertraut. Und nachdem ich in die Redaktion ein bestimmtes Maß an Beruhigung gebracht hatte, platzte im Sommer 2004 aus der „Neuen Südtiroler Tageszeitung“ eine unglaubliche Meldung heraus: Die Athesia hat sich in den „Der Vinschger“ eingekauft. Hühnerhaufen in der Redaktion, zunächst unverständliche Ruhe bei den Aktionären. Trotzdem haben wir unbeirrt weitergemacht. Zeitung um Zeitung herausgebracht. Der zweite Hammerschlag folgte im Herbst: Auch der ehemalige Chefredakteur hat seine Aktien, in einer Gruppe mit anderen, verkauft. Nicht direkt, aber indirekt an die Athesia. Im Laufe des Herbstes kippte die Mehrheit des Aktionariates immer deutlicher in Richtung Athesia. Ein Haufen Geld hat eine Rolle gespielt, die genannten Fliehkräfte auch, und möglicherweise andere, für uns nicht einsehbare Gründe.

Als klar war, wohin die Mehrheit der Aktien gewandert ist, suchte



der Athesia-Direktor Michl Ebner, über Mittelsmänner, das Gespräch. Zuerst mit den älteren Herren in unserer Redaktion. Ich habe damals intern den Befehl ausgegeben: Entweder er redet mit allen oder mit niemandem. Ein Ohr wurde dem Ebner dann im Hotel Linde am Dienstag, den 1. März, geliehen. Von der gesamten Belegschaft des „Vinschger“, die freien Mitarbeiter eingeschlossen.

Damals noch beim „Vinschger“ habe ich als Gedächtnisprotokoll geschrieben:

„Er wolle das direkte Gespräch suchen. Er wolle nicht werten, dass eine Gruppe von Gesellschaftern die Gesellschafterzusammensetzung ändern wollte. Er sei es gewohnt, dass ihm Sachen unterstellt werden. Er trete Gerüchten entgegen, die besagen, dass es den ‚Vinschger‘ nicht mehr geben werde, wenn er, Ebner, beim ‚Vinschger‘ etwas zu sagen habe. Er sei noch nicht Gesellschafter des ‚Vinschger‘. Er sei ein guter Kaufmann. Er habe die Gelegenheit bekommen, sich beim ‚Vinschger‘ einzukaufen. Er habe diese Gelegenheit genutzt. Er werfe das Geld nicht zum Fenster hinaus. Er glaube an die ‚Vinschger‘-Initiative. Er sei der Meinung, dass es vernünftige Lösungen gebe, um Preis und Kostenfaktoren aufeinander abzustimmen. Er habe früher die Auffassung vertreten, dass der Markt eine vierzehntägliche Zeitung, wie es der ‚Vinschger‘ ist, nicht verträge. Er habe sich getäuscht. Er habe genügend Darstellungsmöglichkeiten in den ‚Dolomiten‘ und anderen Athesiamedien. Er brauche den ‚Vinschger‘ dazu nicht. Er habe sich in ein solides Unternehmen eingekauft. Er wolle den ‚Vinschger‘ so weiterlaufen lassen. Er werde sich nicht einmischen. Er werde die Arbeitsplätze erhalten. Er sehe Synergien, die genutzt werden könnten. Er überlege, ob er nicht die ‚Vinschger-Dolomiten‘ einstellen könnte. Er stelle auch Überlegungen an, den ‚Vinschger‘ bei Athesia drucken zu lassen. Er sehe keinen Grund, warum die Grafik und das Sekretariat nach Bozen verlegt werden sollten. Er besitze nicht mehr als 50,5 % der Anteile an der Vinschger Medien GmbH. Er sehe es als nicht sinnvoll an, dass ein Gesellschafter nur 10% der Anteile besitzen kann.“

Ob des dreisten Auftretes waren wir

schockiert. Für uns stand bald fest: Für die Athesia würden wir keinen Bleistift spitzen, keinen Buchstaben setzen, keine Zeile schreiben. Wir würden gehen. Etwas verbittert waren wir schon. Aus zwei Gründen: Wie konnte es sein, dass die Mehrheit der Aktionäre ausgerechnet an die Athesia verkauft? Zumal „Der Vinschger“, wenn nicht gegen die Athesia-Macht so doch neben der Athesia gegründet worden ist. Wie konnte es sein, dass auch der Chefredakteur, der oft spitz gegen die Athesia geschrieben hat, der alle von uns „angelern“ hat, seine Anteile verkauft hat? Nimmt man die Aussage Ebners – „Er habe früher die Auffassung vertreten, dass der Markt eine vierzehntägliche Zeitung, wie es der ‚Vinschger‘ ist, nicht verträge. Er habe sich getäuscht.“ – muss man sich bei seiner Arbeit bei einer Bezirkszeitung als Versuchskaninchen vorkommen. Nun denn, aufgegeben haben wir nicht. Von mehreren Aktionären, die nicht an die Athesia verkauft haben, kam Auftrieb. Gebündelt hat sich dieser Auftrieb in einer Person: Albert Flora. Flora war Gründungsmitglied beim „Der Vinschger“ und hatte die Statuten geschmiedet. Der Malser Altbürgermeister, den ich erst kurz vor der Gründung des „Vinschger Wind“ kennengelernt hatte, ist streitbar, rechthaberisch, ein Sturkopf, ein Querschädel. Diese Eigenschaften kann man negativ empfinden, muss man aber nicht. Ein Sturkopf bin ich auch. Genau diese Eigenschaften haben den „Vinschger Wind“ ermöglicht. Und noch eine wichtige Eigenschaft kommt bei Flora hinzu – und diese Eigenschaft gestehen ihm sowohl härteste Gegner als auch ihm Zugeneigte zu: Er hat Rückgrat.

Die Geburt des „Vinschger Wind“ war keine normale, auch keine Zangen- geburt, eher ein Kaiserschnitt: schnell, leise, trotzdem kraftvoll. Am 28. April 2005 kam die erste Nummer in die Haushalte. Reger Zuspruch, Lob und Aufmunterung flatterten in die Redaktion. Das nunmehr zum „Athesia-Vinschger“ mutierte Bezirksblatt ließ nicht auf sich warten. Mit allen Schikanen brachten die Athesiamänner, allen voran der aus der Dolomiten-Bezirksredaktion in den „Athesia-Vinschger“ zwangsversetzte neue Chefredakteur Josef Laner, ihre



Nummer heraus. Sofort hinweggewischt die kleinen, kritischen Artikel auf den ersten Seiten, glatt gebürstet der Innenteil und einige unnachahmliche Rubriken (wie etwa die Bilder von Gianni Bodini) nachgeahmt. Seit Herbst 2006 verschärft der „Athesia-Vinschger“ das Tempo: Wöchentlich wird das Blatt seither auf die Leser losgelassen. Man stelle sich vor, ein wöchentlich erscheinendes Blatt im strukturschwächsten aller Teile Südtirols! Nur um den „Vinschger Wind“ an die Wand zu drängen. Gelungen ist es nicht, uns zu zerschmettern. Im Gegenteil. Schaut man sich die Bilanzen aus dem vergangenen Jahr 2007 an, wird eines deutlich: Die Wirtschaft weiß, welche Zeitung von den Leuten akzeptiert, von den Leuten gelesen und geschätzt wird. Der „Athesia-Vinschger“ hat rund 300.000 Euro Miese geschrieben. Wir haben mit rund 4000 roten Euro abgeschlossen.

Für uns, für die Leser im Vinschgau, für die Wirtschaft im Vinschgau, auch für viele Leser außerhalb des Tales ist der „Wind“, wie die Zeitung mittlerweile gerufen wird, ein Stück Meinungsfreiheit. Meinungsfreiheit außerhalb eines Medienkolosses, wie die Athesia einer ist. Ein Stück Freiheit überhaupt. Und dies trotz des eingangs erläuterten Zustandes der politischen Akteure aller Couleurs: Alle verhalten sich gleich. Diese Erkenntnis hat auch die gute Seite: Der „Wind“ ist rasch in der Medienlandschaft Südtirols akzeptiert worden.



Erwin Bernhart



Die Pustertaler Zeitung als Teil der Südtiroler Medienlandschaft

von Reinhard Weger

Medien sind für die Herausbildung regionaler Identitäten von zentraler Bedeutung. Die Medien in der Region bieten und bilden ein Stück Heimat, sie produzieren mitunter aber auch scheinbare „Wirklichkeiten“. Viele Medien suggerieren dem Konsumenten ihre „Unabhängigkeit“, doch die Realität schaut oft anders aus. Wahre Unabhängigkeit muss hart erkämpft und stets verteidigt werden, ist oft unangenehm und kostet mitunter viel Geld, wie am Beispiel der PZ-Pustertaler Zeitung eindrucksvoll aufgezeigt werden konnte. Die Diskussionsreihe „Medienlandschaft Südtirol“ hat viel Echo hervorgerufen. Die acht Diskussionsabende wurden von der Studentenvertretung ASUS/SH an der Universität Innsbruck organisiert. Die PZ war gemeinsam mit dem Vinschger Wind am 21. Mai an der Reihe, um über die Bedeutung und Wichtigkeit der Bezirkszeitungen zu referieren.

Die Tragweite der Bedeutung von Medien wie Tageszeitungen, Fernsehen und Rundfunk in modernen Demokratien ist unumstritten. Der objektive Charakter der Informationsverbreitung steht in einem ständigen Spannungsverhältnis mit der Forderung nach Meinungsvielfalt. Gleichzeitig ist aber auch die Gefahr gegeben, mit den Medien eine Gleichschaltung und Manipulation bewirken zu wollen. Das wird ganz besonders am Südtiroler Mediensystem deutlich, wie im Rahmen einer Vortragsreihe an der Universität Innsbruck immer wieder mit Deutlichkeit aufgezeigt wurde.

Rund 41,5 bzw. 57,5 Prozent der Bevölkerung lesen laut der aktuellsten ASTAT-Mehrzweckerhebung täglich bzw. fast täglich eine Tageszeitung, weitere 36,5 Prozent informieren sich mindestens einmal in der Woche. Dabei führen die Männer (88,7 Prozent) vor den Frauen (81,2 Prozent) und die Erwachsenen im mittleren Alter (25-64 Jahre) vor den Senioren und den Jugendlichen.

Rund 95,3 Prozent der Bevölkerung Südtirols (ab 15 Jahren) haben gemäß der 1998 vom ASTAT durchgeführten Hörer- und Seherbefragung die Gewohnheit, mindestens einmal

pro Woche fernzusehen (der größte Teil davon – 72,4 Prozent – sogar täglich); rund 84,2 Prozent der Bevölkerung verfolgen mindestens einmal pro Woche Radioprogramme (der größte Teil davon – 67 Prozent – täglich).

In Südtirols Medienlandschaft herrscht eine rege Produktion. Vier Tageszeitungen, neun Wochenzeitschriften, eine Sonntagszeitung, 286 lokale Zeitungen (vor allem auf Gemeindeebene), ein lokales Radio- und Fernsehprogramm in den drei Landessprachen, Empfang der Sendungen mehrerer ausländischer Rundfunkanstalten, der Programme der italienischen Rundfunkanstalt RAI und zahlreicher privater Rundfunkanstalten stehen der Südtiroler Bevölkerung zur Auswahl. Darüber hinaus gibt es noch eine Vielzahl von anderen periodisch erscheinenden Publikationen und Blättern. Daneben gibt es mittlerweile in nahezu allen Bezirken eigene Bezirkszeitungen, wie z. B. die Pustertaler Zeitung im gesamten Pustertal.

Die Besonderheit der ethnischen Situation in Südtirol bringt auch Besonderheiten in der Medienlandschaft mit sich. Diesen Besonderheiten wollte die Südtiroler HochschülerInnenschaft auf den Grund gehen und veranstaltete im April und Mai eine Reihe von Diskussionen mit Gestaltern, Direktoren, Chefredakteuren und Journalisten von Südtiroler Medien. Die Veranstaltungen fanden jeweils in einem der großen Hörsäle der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (SOWI) der Universität Innsbruck statt. Am 21. Mai waren gleich zwei Medien vertreten, und zwar Reinhard Weger von der Pustertaler Zeitung sowie Erwin Bernhart, Chefredakteur vom „Vinschger Wind“. Im Rahmen eines Powerpoint-Vortrages wurde auf die Besonderheit dieser beiden Medien eingegangen.

Die Pustertaler Zeitung ist die erste, älteste, auflagenstärkste und voluminöseste 14-täglich erscheinende Bezirkszeitung Südtirols. Die erste Nummer wurde in der Nacht vom 10. auf den 11. November 1989 fertiggestellt, also synchron mit dem Fall der Berliner Mauer. Über den ursächlichen Zusammenhang gibt es geteilte Meinungen. Tatsache ist aber, dass in dieser Nacht beide Länder ein entscheidendes Stück an Meinungsfreiheit mehr bekommen



haben. In Südtirol hat auch die Herausgabe des „Vinschgers“, der nach der Übernahme durch den Athesia-Konzern als „Vinschger Wind“ weiterhin von einer unabhängigen Redaktion herausgegeben wird, dazu beigetragen, dass sich auf Bezirksebene eine gewisse Medienvielfalt durchgesetzt und etabliert hat. Ein Schwerpunkt des Diskussionsabends war auch die Unabhängigkeit der beiden Medien, wobei die PZ auf eine einzigartige Besonderheit verweisen konnte. So hat die PZ sich zu keiner Zeit aus dem Steuersäckel bedient, was in unserem Land wohl einzigartig ist. Seit dem Bestehen der Zeitung wurden über eine Million Euro investiert und auch der private Rundfunksender Radio Holiday zu 100 Prozent übernommen. Wahre Unabhängigkeit kostet eben viel Geld und kann auch sehr unangenehm sein. Die Befriedigung, sie zu besitzen, ist jedoch allemal größer als die Investition selbst. Parteiunterworfenen Vasallentum macht krank und lässt Medien auf Dauer sanft entschlafen, wann immer der Gebieter nach eigenem Ermessen den „Phleboschlauch“ abklemmt.

Aufgezeigt wurde auch die Struktur der Pustertaler Zeitung, die den Möglichkeiten entsprechend schlicht, aber effizient ist. Bei der PZ bilden Zeitung und Radio zwar völlig getrennte Gesellschaften mit eigener Technik und eigenen Räumlichkeiten, allerdings befinden sich die beiden Betriebe im selben Gebäude. Redaktion, Verkauf, Einkauf, Verwaltung und Arbeitsorganisation arbeiten bereichsübergreifend. Dadurch werden Synergieeffekte gebündelt und Ressourcen zielorientiert eingesetzt. Für den Erfolg ausschlaggebend sind jedoch das Allroundwissen und die ausgeprägte Flexibilität der Mitarbeiter, nebst einer sturmfesten Identifikation mit dem Unternehmen. Diese Attribute – auch das kam im Zuge des Vortrages klar zutage – sind sowohl der PZ als auch dem Vinschger Wind eigen.

Dennoch kosten Zeitungen dieser Größenordnung und in dieser durchwegs aufwendigen Aufmachung viel Geld. Die PZ gibt dafür pro Jahr rund 800.000 Euro aus. Eine Menge Geld, das in der Hauptsache über die Werbung finanziert wird. Im Konkurrenzkampf hat sich die PZ im Pustertal gut positioniert, was in erster Linie auf die Qualität und

die inhaltliche Vielfalt des Blattes zurückzuführen ist. Dennoch wurde mehrfach versucht, der PZ den Garaus zu machen, wobei auch schwere Geschütze in Stellung gebracht wurden. Am Anfang stand das „Südtirol Journal“, das seinerzeit vom Landtagsabgeordneten Franz Pahl herausgebracht wurde. Schließlich wurde der Druck eingestellt und die Südtiroler Rundschau und später die Pustertaler Rundschau als Konkurrenzprodukt zur PZ verteilt. Der Athesia-Konzern brachte schließlich die WAS heraus, die mit einer eigenen Ausgabe im Pustertal vertreten war. Das Experiment ging schief, allerdings musste im hart umkämpften Markt die Pustertaler Rundschau die Segel streichen. Die Athesia sprang in die Bresche, kaufte die Rundschau auf und fusionierte sie mit der WAS. Der wirtschaftliche Erfolg war dem Gratisblatt jedoch nicht beschieden, sodass auch dieses Produkt schließlich eingestellt wurde. Dann kam der „do Puschtra“, der ebenfalls von der Athesia als Beilage zur Tageszeitung „Dolomiten“ herausgebracht wurde. Seit Anfang Juli wird der „Puschtra“ als eigenständige 14-tägig erscheinende Bezirkszeitung gedruckt. Weiters Zeitungen wie das „Osttirol Journal“ (Verteilung bis Bruneck), der Vollerfasser und das Pustertaler Journal wurden als Konkurrenzprodukte zur PZ verteilt bzw. werden sporadisch noch verteilt.

Durch die Gründung der Bezirkszeitungen wurde letztlich ein Mehr an Pluralismus und Vielfalt in die Südtiroler Medienlandschaft eingepflanzt. Diese Werte lassen sich nicht wirtschaftlich quantifizieren, aber in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht kann ihnen das Wasser abgegraben werden. Diese Werte gilt es jedoch zu verteidigen und zu erhalten. Aufgrund der Restriktionen der massenmedial vermittelten Kommunikation kommt auch dem politischen und alternativen Diskurs in den Bezirksmedien eine herausragende Bedeutung zu. Kommunikation – im Sinne eines lebendigen und kultivierten Dialogs zwischen den Bürgern – ist der Grundstein der Demokratie. Die Medien bilden dafür das Fundament. Die von den Medien verbreiteten Informationen sollten verständlich, vielfältig, kritisch, verlässlich, angemessen und vertrauenswürdig sein. Dafür steht die PZ in vollem Umfang ein.





Wink aus Europa

Sogar das Europäische Parlament sorgt sich um die Medienvielfalt. Als Reaktion auf die fortdauernde Besorgnis des Europäischen Parlaments und nicht staatlicher Organisationen über die Medienkonzentration und ihre möglichen Auswirkungen auf den Pluralismus und die Meinungsfreiheit stellten seinerzeit Kommissarin Viviane Reding und Vizepräsidentin Margot Wallström den anderen EU-Kommissaren drei Schritte zum Medienpluralismus in der Europäischen Union vor. „Während die Medien aufgrund der neuen Technologien und des internationalen Wettbewerbs drastischen Veränderungen und Umstrukturierungen ausgesetzt sind, ist es für die Demokratie in den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Europäischen Union als Ganzes von entscheidender Bedeutung, den Medienpluralismus zu erhalten“, erklärte die für die Informationsgesellschaft und Medien zuständige EU-Kommissarin Reding. „Dies erfordert ein fundiertes Verständnis der wirtschaftlichen und rechtlichen Realität der heutigen europäischen Medienlandschaft“, meinte sie. Der von Kommissarin Reding und der für



Reinhard Weger

institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie zuständige Vizepräsidentin Wallström dargelegte Dreistufenplan schließt sich an die im Zuge der audiovisuellen Konferenz in Liverpool 2005 gemachten Vorschläge an und zeigt auf, wie in dieser politisch heiklen Angelegenheit vorgegangen werden sollte. Im „Reding-Wallström“-Konzept ist der Begriff des Medienpluralismus erheblich weiter gefasst als der des Medieneigentums; er beinhaltet auch den Zugang zu vielfältigen Informationen, damit die Bürger sich ihre eigene Meinung bilden können, ohne unter dem Einfluss einer einzigen dominanten Quelle zu stehen. Die Bürger benötigen außerdem transparente Mechanismen, die sicherstellen, dass die Medien als vollständig unabhängig angesehen werden. Auch die neue von der Kommission bereits im Dezember 2005 vorgeschlagene Richtlinie über „audiovisuelle Mediendienste ohne Grenzen“ trägt in dieser Hinsicht zum Medienpluralismus bei. Diese Richtlinie würde die Mitgliedsstaaten insbesondere dazu verpflichten, die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden von der jeweiligen nationalen Regierung und den audiovisuellen Mediendiensten zu gewährleisten.







suedtirolfoto.com

Helmuth Rier



DIE NEUE SÜDTIROLER TAGESZEITUNG:

Ein kleiner Beitrag zu
Pluralismus und
Meinungsvielfalt in einer
Provinz der Monopole

von Arnold Tribus

Die Medienlandschaft

Die Medienlandschaft Südtirols kann nicht losgelöst von der politischen Geschichte dieses Landes betrachtet werden.

Dem demokratischen Monopol der Südtiroler Volkspartei auf der politischen Seite entspricht das Medienmonopol des Verlagshauses Athesia und der Tageszeitung Dolomiten auf der medienpolitischen Seite. Die „Dolomiten“ sind das Tagblatt der Südtiroler, eine gut gemachte Provinzzeitung mit großen historischen Meriten, die von 60 % der Südtiroler gelesen wird. Um die Rolle dieser Zeitung deutlich zu machen, zitiere ich eine im Jahr 2000 beim Internationalen Medienkongress in Köln gemachte Aussage des Herrn Chefredakteurs der Dolomiten, Toni Ebner, der zur Charakterisierung seines Blattes eine ironische Bemerkung des damaligen ÖVP-Clubobmannes Andreas Khol verwendet hat: „Parteien halten sich Zeitungen, nur in Südtirol ist das anders, dort hält sich eine Tageszeitung eine Partei.“

Neben dieser Hauptinformationsquelle gibt es in Südtirol 485 weitere, bei Gericht eingetragene Presseerzeugnisse von Vereinen, Verbänden, Parteien, Gewerkschaften. Das ergab eine jüngst veröffentlichte Dokumentation von Chiara Grassi für die regionale Journalistenkammer. Recht gern gelesen sind die Bezirkszeitungen, die gratis an alle Haushalte geschickt werden. Bei dieser Dichte, eine Zeitung auf 870 Einwohner in der Region, ist es natürlich verwegen, von Monopol zu reden, aber Zeitung ist nicht Zeitung. Eine wichtige Rolle für die kritische Information im Lande spielt die Wochenzeitung FF. Die italienische Sprachgruppe verfügt über zwei Tageszeitungen, eine große, den „Alto Adige“ mit 38.000 abgesetzten Exemplaren, und den kleinen „Corriere dell'Alto Adige“, der dem großen Corriere beigelegt ist.

Wir: „Die neue Südtiroler Tageszeitung“

Die neue Tageszeitung ist am 1. Oktober 1996 zum ersten Mal erschienen. Es handelt sich also um ein relativ junges Produkt, das noch einen weiten Weg vor sich hat. Trotzdem haben wir voller Stolz und Freude unseren 10. Geburtstag gefeiert, auch um den vielen bösen Menschen und zahlreichen Pessimisten zu zeigen, dass wir entgegen ihrer Prognosen wachsen und gedeihen. Freilich war vor und bei unserem Erscheinen die Frage berechtigt, was einen Besitzer und eine Gruppe von Redakteuren bewogen hat, dieses schwierige Unternehmen anzugehen, besteht doch bereits eine gern gelesene und gut gehende Tageszeitung und dazu eine Wochenzeitung, die den Anspruch erhob, das kritische Leserpublikum abzudecken und zu befriedigen. Es hatte ja wiederholt Versuche liberaler Wirtschaftskreise gegeben, eine zweite Tageszeitung herauszugeben, alle Versuche sind aber letztlich daran gescheitert, dass sich kaum Geldgeber für ein solches Projekt fanden, sieht man einmal vom großzügigen FF-Vater Christoph Amonn ab. Lieber jammerte man in bester Südtiroler Tradition im Gasthaus über das Tagblatt. Für uns war aber die Zeit gekommen, nach Jahren des Volkstumskampfes, nach Jahren der Volk-in-Not-Stimmung, die eine starke (Volks)-Partei gegen den bösen Staat und in der Folge eine Zeitung rechtfertigten, auch der Demokratie, dem Pluralismus, der Vielfalt im weitesten Sinne des Wortes die nötige Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Gründung der neuen Südtiroler „Tageszeitung“ ist für die Südtiroler Medienlandschaft das, was das Zweite Vatikanum für die Kirche war: das Öffnen von Fenstern und Türen, Erneuerung und frischer Wind. Wir wollen die Vielfalt statt der Einfalt, wir wollen Freiheit und Pluralismus, wir wollen all jenen eine Stimme geben, die bisher keine hatten, und das sind viele, weil die andere Tageszeitung sich katholisch-konservativ definiert und auch die Nachrichten entsprechend auswählt. Wir wollten und wollen aber keine Konkurrenz zur bestehenden Tageszeitung sein, das wäre vermessen, wir wollten und wollen



ganz einfach eine andere Tageszeitung machen, eine freie, laizistische, nicht klerikale, liberale, libertäre, parteiunabhängige, transethnische, eine Zeitung, in der auch das breite Spektrum der alternativen Kultur zu Wort kommt, das immense kreative Potenzial, das uns auszeichnet, die Exponenten aller Parteien, ich sage aller, die der Mehrheit genauso wie die der Minderheit.

Das Geld

Wenn man sich Träume verwirklichen will, braucht es Geld. Eine Zeitung kostet viel Geld. Das nötige Geld kommt von einer aufgeschlossenen Unternehmerfamilie, der Familie Lentsch und vom Staat. Italien verfügt über ein Mediengesetz, das Gesetz vom 7.8.1990, das neben der Finanzierung der Parteizeitungen und der von Genossenschaften herausgegebenen Presseorgane im Artikel 250 auch die (großzügige) Subventionierung der Zeitungen der sprachlichen Minderheiten der Republik vorsieht. Die Staat deckt 30 % der Kosten und gewährt bei einer Mindestauflage von 10.000 Exemplaren (die Tageszeitung hat nun eine Auflage von 15.000) einen zusätzlichen Kostenbeitrag. Als einschränkende Auflage dürfen aber nur 30 % der Gesamtausgaben mit Werbeeinnahmen abgedeckt werden, zudem darf die Zeitung keinen Gewinn ausschütten. Als Tageszeitung ist man gesetzlich verpflichtet, fünfmal wöchentlich herauszukommen. 30 % der Staatsbeiträge werden als Fixbetrag gewährt, der Rest sind variable Beiträge, die sich aufgrund der Auflage verändern. So gibt es beispielsweise ab 30.000 Exemplaren pro zusätzlichen 10.000 Exemplaren einen Zuschuss. Es versteht sich von selbst, dass die Zeitung in einer Region erscheinen muss, in der anerkannte sprachliche Minderheiten leben. Schwierigste Voraussetzung, um in den Genuss der staatlichen Zuwendungen zu kommen, ist aber jene, die vorsieht, dass man bereits 5 Jahre existieren muss, um berücksichtigt zu werden. Vor der Tageszeitung wurde vom selben Verleger eine Wochenzeitung, das "Südtirol profil", herausgegeben, das vom Staat anerkannt wurde.



Die Werbung

Neben den staatlichen Zuschüssen sind die Werbeeinnahmen ein wesentlicher Bestandteil im Haushalt einer Tageszeitung, auch der unseren, trotz der Begrenzung von 30 %, die das Gesetz vorgibt. Nachdem unsere Tageszeitung aber in der Regel nur aus 16 Seiten besteht, wäre eine zu starke Werbepräsenz nicht tragbar, weshalb wir uns in der Tageszeitung im Wesentlichen auf die sogenannte institutionelle Werbung beschränken. Es muss auch gesagt werden, dass die Tageszeitung aufgrund der relativ geringen Auflage als Werbeträger nicht so begehrt ist, weshalb wir den Werbekunden eine Alternative anbieten, Tageszeitung Spezial". Von diesen Heften, die meistens einem Thema gewidmet sind wie Gesundheit, Wohnen etc. erscheinen 18 im Jahr. Mit einer Auflage von 40.000 bzw. 100.000 Exemplaren werden kostenlos entweder alle Haushalte oder Fachkategorien beliefert, was sie für Werbekunden natürlich interessant macht und die kleine Tageszeitung vor Werbeüberladung schützt. Wir erreichen damit 30 % der zulässigen Werbeeinnahmen.

Wir: Zwischen züchtigem Boulevard und aufgeklärter Kirchenzeitung

Den Anspruch, eine Vollzeitung zu sein, können wir nicht erfüllen. So haben wir beispielsweise keinen Sport- und keinen Wirtschaftsteil, worüber sich viele wundern. Die zehn Redakteurinnen und Redakteure und weitere zehn freie Mitarbeiter, die vor allem für den Bereich Kultur arbeiten, decken vor allem lokale Themen ab, auch wenn eine Seite Innenpolitik und eine Seite Außenpolitik nicht fehlen, die wir mit der italienischen Nachrichtenagentur „Adkronos“ bestreiten. Die ersten sechs Seiten sind Landesthemen gewidmet, politischen Themen, Gesellschaftsthemen, und ich darf sagen, dass wir da sehr häufig die Themen vorgeben. Überhaupt hat für die Redakteurinnen und Redakteure der Tageszeitung der Grundsatz zu gelten: Wir schreiben vor, andere schreiben nach (und ab). Mit ihrer oft überspitzten, oft auch verwegenen Art zu berichten, aufzudecken, anzuklagen, ist die





Arnold Tribus

Tageszeitung heute eine Zeitung, die Erwartungen weckt, von der man sich etwas Besonderes erwartet, die in der Bar vor anderen Zeitungen gelesen wird. Die geringe Seitenanzahl, die wir zu Beginn als Handikap empfunden haben, hat sich mittlerweile als Stärke erwiesen: Wir sind eine Zeitung, die man liest und nicht nur durchblättert. Freilich, wir sind eine Nischenzeitung, die vor allem im urbanen Raum den Großteil ihrer Leserschaft hat. In der politischen Diskussion wird die Tageszeitung wahrgenommen, weil sie zu Diskussionen anregt, das schreibt, was andere nicht schreiben. Sie wird als kritische Zeitung empfunden, als unabhängig, nicht parteigebunden. Die Tageszeitung ist aber gegen keine Partei, das ist auch ihre Stärke, jede Partei kommt zu Wort, wird berücksichtigt. Die Tageszeitung ist eine bunte Zeitung, ab und zu etwas frivol, sie hat keine Angst vor der Nacktheit und fürchtet sich nicht vor der rosa Chronik. Sie veranstaltet die Wahl schöner Frauen und schöner Männer mit, bringt Tratsch und Horoskop und versucht einen Grenzgang zwischen Boulevard und aufgeklärter Kirchenzeitung, den Armen und Geknechteten verpflichtet, der Gerechtigkeit, allen Minderheiten, dem ethnischen Frieden und dem friedlichen Zusammenleben, dem freien Markt und den Prinzipien der großen Liberalität in allen Bereichen. Was sie in einem Land der Blöcke und der Monopole interessant macht, ist ihre Agilität: Sie hat eine politische Kühnheit, eine gesellschaftliche Verwegenheit, eine kulturelle Neugierde, eine moralische Aufgeschlossenheit, eine Farbigkeit in jeder Hinsicht. Sie hat vor allem den Mut, nachzufragen und, was eigentlich das Wichtigste ist, neben der vielen Information, die wir liefern, Meinung zu machen. Wir bilden uns ein, meinungsbildend zu sein, die Meinung im Lande mitzubestimmen, den Lesern zu helfen, zu zahlreichen, wichtigen und weniger wichtigen Themen eine Meinung zu haben. Insofern fühlen wir uns auch als Aufklärer, als kleiner Club Voltaire, der dazu beiträgt, Hirne und Herzen zu öffnen. Mit Leichtigkeit und Ironie.







suedtirolfoto.com

Othmar Seehauser



Il giornalismo italiano nelle „gabbie etniche“

di Giuseppe De Cesare

Il tema che mi è stato chiesto di sviluppare in questo ciclo di incontri contiene due termini concettualmente inconciliabili, quello di “giornalismo” e quello di “gabbie”. Il giornalismo, almeno secondo il modello liberale al quale tutti sempre fanno riferimento, o è espressione di libertà e di critica o non è giornalismo. Dove ci sono “gabbie” di qualsiasi tipo, reali o mentali, non ci può essere vero “giornalismo”. Ci possono essere altre forme di informazione e comunicazione, infotainment, propaganda, pubblicità, comunicazione istituzionale, comunicazione d’impresa, pubbliche relazioni e oggi, sempre più, marketing anche politico, ma non giornalismo. Viviamo, e non solo in Italia dove la situazione è particolarmente grave, una situazione assai critica per il giornalismo, soprattutto per i suoi rapporti con la politica; è l’epoca degli spin doctors, professionisti della comunicazione al servizio di questo o di quel leader, per “massaggiare il messaggio” politico (secondo la definizione degli studiosi anglosassoni) e renderlo più digeribile prima ai media e poi all’opinione pubblica, ed è l’epoca dell’uso delle tecniche di news management, comuni a molte latitudini politiche (1). E’ l’epoca della poppolitica, come la definisce Federico Boni (2). Sono costantemente messi in discussione i pilastri di quell’idea liberale di giornalismo di cui si diceva prima: l’autonomia e l’indipendenza. Il giornalismo perde di credibilità, che è strettamente legata ai concetti di accuracy, la precisione con cui vengono riportare le notizie, e di fairness, di imparzialità; rinuncia troppo spesso a quella funzione civile di servizio pubblico che ha come orizzonte la formazione dell’opinione pubblica, per trasformarsi in advocacy journalism, giornalismo schierato e di battaglia o, addirittura, di propaganda pura e semplice (3).

Il giornalismo italiano, nel suo complesso, soffre di questi mali

più di quello di altri paesi a causa soprattutto del rapporto perverso tra media, politica ed economia e in Alto Adige questa situazione influisce sia sul giornalismo di lingua italiana che su quella di lingua tedesca. Non ci sono distinzioni di lingua che tengano a un degrado della funzione dialettica, civile e di controllo che dovrebbe avere il giornalismo. Ma in Alto Adige a questi problemi se ne aggiungono altri e anche quelli generali subiscono delle declinazioni del tutto particolari.

Se intendo bene l’intento, lo spirito del tema (di ascendenza langeriana) che mi è stato chiesto di sviluppare nell’ambito di questo ciclo di incontri sui media in Alto Adige è quello del giornalismo di lingua italiana in una società divisa etnicamente.

Non ho molto da aggiungere alle analisi che vi ha già proposto, in termini di sistema, e frutto di ultradecennali ricerche, il Prof. Günther Pallaver in apertura di questo ciclo di incontri. Le condivido integralmente e non posso che rimandare al suo recente articolo “Demokratie, Medien und interkultureller Dialog”, pubblicato dalla rivista “Il Cristallo” (4), e al volume “Die ethnisch halbierte Wirklichkeit” da lui curato(5).

Proprio sulla scorta degli studi di Pallaver, qualche anno fa il prof. Pelinka (6) poteva affermare che il modello di democrazia consociativa realizzato dall’Autonomia altoatesina, e responsabile peraltro del suo grande successo, “tende al consolidamento della frammentazione”, e osservava che proprio il sistema dei media costituiva un indicatore della misura di questa frammentazione: “due società vivono l’una accanto all’altra; i media per esse creati non riflettono la presenza di una società integrata, ma quella di due società che esistono fra loro notevolmente divise”. “Nel Sudtirolo – proseguiva - i media, sia elettronici che a stampa, sono al servizio delle due società linguisticamente distinte. Manca un sistema di media interetnici. Manca di conseguenza anche una società interetnica. Il successo dell’autonomia si dimostra nella convivenza di élite etnicamente definite e non in quella di società etnicamente diverse” (7), “non troviamo un mer-



cato politico comune, come non troviamo un mercato mediatico comune, ma esiste un mercato politico tedesco e uno italiano che vivono l'uno accanto all'altro"(8). La democrazia consociativa realizzata in Sudtirolo, secondo il prof. Pelinka, ha raggiunto così il suo primo scopo, quello di attuare una "pace negativa", mettendo al bando il pericolo di una escalation di violenza, ma "non ha raggiunto un altro scopo ufficialmente non dichiarato, ma auspicato da molti: non ha integrato le due subsocietà in un'unica società, non ha saputo unificare le due società" (9). Per realizzare questo secondo obiettivo, secondo Pelinka "occorrono altri meccanismi non sostitutivi della democrazia consociativa, ma che sappiano andare al di là di essa"(10).

Questa la prognosi del politologo Pelinka. Forse il modello della democrazia consociativa (sviluppato da Arend Lijphart) serve a descrivere abbastanza bene il modello formale dell'Autonomia altoatesina, ma per andare al di là molto probabilmente bisogna individuare i reali meccanismi politici che stanno alla base del governo dell'autonomia stessa, dell'"autonomia materiale": è sì una democrazia consociativa ma è anche, paradossalmente, una particolare forma di democrazia a forti venature identitarie (11), con garanzie ultime, eventuali. Tutto ciò ha conseguenze immediate in termini di legittimazione del potere e di formazione di un'opinione pubblica separata.

Queste sintetiche osservazioni per rilevare l'inadeguatezza, forse, di alcune categorie e di alcune formule politiche che fino ad ora sono servite ad analizzare e anche a criticare l'Autonomia, ma che oggi hanno perso molto della capacità di comprendere e anche di governare i reali processi di evoluzione del sistema.

Affrontare oggi i problemi posti dal rapporto comunicazione-autonomia vuol dire entrare nelle problematiche strategiche di sviluppo dell'autonomia (come di qualsiasi altro sistema politico) che abbracciano l'identità, la cultura, l'economia, lo sviluppo tecnologico, la politica, la società. Sono problematiche in velocissima trasformazione che richiedono inedite capacità di analisi e nuovi

e più complessi strumenti di comprensione, di proposta, di critica e di governo.

Per questo mi sembrano interessanti e importanti le dieci tesi proposte anche in questa sede da Pallaver, per una comunicazione comune in Sudtirolo. Esse possono costituire una base per avviare una discussione seria e approfondita su queste problematiche(12).

Quando si parla di giornalismo il riferimento ideale immediato è al modello liberale che ha assunto un carattere normativo a tutte le latitudini. Ma lo scarto tra l'ideale e la realtà è spesso ampio e i modelli, soggettivi e di sistema, concretamente realizzati dipendono dal contesto sociale, dalle divisioni esistenti nella società, dai processi politici attraverso cui esse sono state risolte (13).

I sistemi giornalistici e più complessivamente i sistemi mediali di una determinata realtà, e in particolare di una realtà complessa come è quella altoatesina, sono caratterizzati dalle più complessive caratteristiche politiche, economiche e culturali all'interno delle quali si sviluppano e si trasformano. Ma troppo spesso, presi dalla contingenza, a essi manca una capacità autoriflessiva sul proprio ruolo e la propria responsabilità. Troppo spesso ci si scorda che il giornalismo è un prodotto culturale realizzato attraverso una fitta negoziazione, caratterizzata da una perenne circolarità, in cui il ruolo degli attori si ridefinisce e condiziona reciprocamente e continuamente nel contesto dato, incidendo sulla sfera pubblica e nella creazione dei climi di opinione, attraverso la propria attività di selezione e di costruzione di senso(14). E sempre di più bisogna tener conto dell'evoluzione del "campo giornalistico", che ai "luoghi tipici di produzione dell'informazione – quotidiani, periodici, telegiornali, notiziari radiofonici – aggiunge anche tutto il sempre più vasto mondo di professionisti che producono e selezionano informazioni, pur lavorando in altri tipi di organizzazioni pubbliche o private" (15). Sono professionisti che perseguono differenti finalità informative e che rispondono a differenti doveri etici.

Per un quadro sintetico sul sistema dei media in Alto Adige rimando agli scritti di G. Rautz (16) e di G. Avolio (17) e per la possibile evoluzione mi





richiamo ancora a Pallaver, che scrive: "La divisione etnica caratterizza anche il sistema dei media. Ogni gruppo ha i propri media monolingui. Ciò vale per la stampa privata, per la radio e la televisione pubblica (la Rai). Ci sono pubblicazioni di enti e di grandi istituzioni e imprese bilingui e trilingue che presentano la traduzione di uno stesso testo. Sono un'eccezione i media plurilingui, si tratta di prodotti di nicchia. Se si vuole una comunicazione etnicamente indivisa bisogna avere media che esercitano questa funzione. Se il privato non può dare un contributo in questa direzione è necessario l'impegno pubblico". E conclude parlando di una "ecumene transetnica, che non comporta la rinuncia alla loro identità, produce plusvalore sociale che aumenta il capitale sociale, l'integrazione e la coesione" (18). A questo proposito vorrei attirare l'attenzione su due situazioni significative e in evoluzione che vengono dall'attualità e che sicuramente faranno discutere nei mesi a venire: una riguarda una televisione privata, l'altra il servizio pubblico radiotelevisivo.

Un recente articolo del quotidiano Alto Adige annuncia la trattativa in corso per l'acquisto della emittente televisiva in lingua italiana VB33 da parte della finanziaria Euregio Finance. Dall'interno del CdA della finanziaria che raccoglie gran parte dell'imprenditoria altoatesina che conta si fa sapere che «l'obiettivo è quello di mantenere l'emittente

sul territorio altoatesino. Noi non ci occuperemo della produzione dei programmi: saremo i proprietari dell'emittente, ma per i contenuti ci affideremo a dei professionisti. E non sarà una tv tedesca. Vogliamo creare possibilità per tutti gli altoatesini, per l'economia locale in generale» (19). La conferma dell'acquisto arriva 15 giorni dopo. Il presidente di Euregio Finance Franz Senfter ne parla in un'intervista allo stesso quotidiano (20).

Dice che Euregio Finance ha deciso di acquistare Videobolzano33 perché "noi ci consideriamo come una finanziaria del territorio e ogni volta che una struttura importante del territorio viene messa in vendita, noi siamo interessati"; "riteniamo Videobolzano33 una realtà strategica per l'Alto Adige. Già adesso funziona e il futuro potrà garantire nuove opportunità, a partire dal digitale terrestre" e per quanto riguarda gli intenti televisivi dice: "Inizialmente non vorremmo cambiare più di tanto. Videobolzano è l'unica rete privata di tutto l'Alto Adige. Oggi lavora bene, ma noi vorremmo ampliarla a tutto il territorio della provincia. Questo significa che accanto alle trasmissioni in lingua italiana, avremo anche programmi in lingua tedesca e forse anche in ladino", ma aggiunge che da parte della finanziaria non c'è l'intenzione di occuparsi direttamente dei programmi bensì di affidarli a una società di consulenza che provvederà anche alla ristrutturazione dell'emittente. Per quanto riguarda



le possibili ingerenze della politica, Senfter dice che Vb33 resterà una televisione indipendente e sarà lui stesso il garante. Infine, dal punto di vista economico, aggiunge che si valuterà solo a medio-lungo termine se ci saranno l'esigenza e la possibilità per alleanze future e per quanto riguarda le risorse pubblicitarie dice che "il marketing per le aziende altoatesine sarà importante, è un canale che potremo sfruttare sia sull'analogico sia sul digitale". Da aggiungere poi che tra le risorse su cui si può contare ci sono i contributi della Provincia per le trasmissioni istituzionali che, come emerge da una interrogazione presentata dai Freiheitlichen e riferiti al 2005, sono stati di 106.762 euro per la pubblicità su Videobolzano33 e 181.371 euro sull'altra emittente locale Tca.

Euregio Finance, partita per gestire la realizzazione dell'Eurotunnel o il business energetico in provincia, entra insomma nel mercato televisivo locale con l'intento di creare una "possibilità per tutti gli altoatesini, per l'economia locale in generale" (21).

L'altro aspetto su cui vorrei attirare l'attenzione riguarda il servizio pubblico radiotelevisivo plurilingue fornito dalla Sede Rai di Bolzano, che rappresenta una realtà televisiva e radiofonica unica in Europa, basata sulla collaborazione tra le redazioni e sulle sinergie produttive, pur nel rispetto della più assoluta autonomia delle scelte editoriali nelle tre lingue, E' una organizzazione complessa e

il valore aggiunto dell'informazione della Terza Rete Rai in Alto Adige (nonostante le polemiche del passato che portarono alla creazione di una Terza Rete bis) è proprio la trilinguità e l'affrontare, seppure in lingue e con tagli diversi e autonomi, molte problematiche comuni, a prescindere dalla prevalenza di interesse di un gruppo linguistico. La collaborazione e l'interscambio tra le redazioni è costante. Questa informazione si sussegue quotidianamente dopo il tg3 nazionale, a partire dalle 19.35, con il telegiornale in lingua italiana della Tgr, "Trail" in lingua ladina e alle 20 la "Tageschau" in lingua tedesca. E poi, ancora a mezza sera, con "10 nach 10" e, dopo il tg3, con l'edizione notturna della Tgr.

Bene. La Sede Rai di Bolzano negli ultimi mesi è stata al centro di parecchie polemiche politiche e giornalistiche di cui sarà interessante seguire gli esiti dopo il risultato delle recenti elezioni politiche che hanno visto cambiare la maggioranza di governo.

Per introdurre una problematica politico-giuridica, per molti versi complessa e ostica e difficile da tradurre in termini semplici, è utile partire proprio da una traduzione: quella del programma elettorale dell'Svp per le elezioni politiche del 13-14 aprile.

La versione in italiano depositata al Ministero degli Interni, al punto 12, pone l'impegno per l'"ampliamento del "Sender Bozen"; tempi di trasmissione radio e tv senza limiti.

Ampliamento sostanziale delle trasmissioni in lingua ladina nonché redazione ladina indipendente" (22).

Se si va a leggere la versione in lingua tedesca, nel sito Internet della Volkspartei, si leggono cose diverse: "12. Ausbau des Senders Bozen. Unbeschränkte Sendezeiten in Radio und Fernsehen. Ausbau der ladinischen Sendezeiten und eigenständige ladinische Redaktion. Übertragung des RAI-Sitzes (Personal, Struktur) an das Land Südtirol bei Gewährleistung der redaktionellen Unabhängigkeit" (23). Tradurre è un po' tradire, si potrebbe dire!

Dietro questi diversi obiettivi ci stanno proprio quelle polemiche a cui si faceva riferimento prima.

Tutto nasce dal "Patto di stabilità interna" contenuto nella Finanziaria 2007 (24), che al comma 655 dell'ar-



articolo unico dispone che "ai fini della tutela dell'unità economica della Repubblica le regioni e le province autonome di Trento e di Bolzano concorrono alla realizzazione degli obiettivi di finanza pubblica per il triennio 2007-2009 con il rispetto delle disposizioni di cui ai seguenti commi, che costituiscono principi fondamentali del coordinamento della finanza pubblica ai sensi degli articoli 117, terzo comma, e 119, secondo comma, della Costituzione". E poi al comma 661 "Le regioni a statuto speciale e le province autonome di Trento e di Bolzano concorrono al riequilibrio della finanza pubblica, oltre che nei modi stabiliti dal comma 660, anche con misure finalizzate a produrre un risparmio per il bilancio dello Stato, in misura proporzionale all'incidenza della finanza di ciascuna regione a statuto speciale o provincia autonoma sulla finanza regionale e locale complessiva, anche mediante l'assunzione dell'esercizio di funzioni statali, attraverso l'emanazione, entro il 31 marzo 2007 e con le modalità stabilite dai rispettivi statuti, di specifiche norme di attuazione statutaria; tali norme di attuazione precisano le modalità e l'entità dei risparmi per il bilancio dello Stato da ottenere in modo permanente o comunque per annualità definite".

Il Presidente Durnwalder anticipa, al di là di formalità ufficiali, dai microfo-

ni del Morgentelefon di Sender Bozen, agli inizi di ottobre, l'intenzione di presentare in Commissione dei Sei una bozza di norma di attuazione sulla Rai. L'idea è quella di contribuire al "Patto di stabilità interna" subentrando alla Presidenza del Consiglio dei Ministri nel finanziamento della Convenzione con la Rai per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina. In vista di una possibile trasformazione della Terza Rete Rai nella direzione del modello tedesco o austriaco, dice Durnwalder. A fronte dell'inevitabile dibattito pubblico (25) scaturito da questa proposta, tiene a precisare (26) che "l'obiettivo potrebbe essere un diverso inquadramento dei programmisti registi, oltre a una struttura apposita per la minoranza ladina. "Si tratta - dice - di richieste che facciamo da anni", sottolineando che non c'è in nessun modo "l'intenzione di minare l'indipendenza dei giornalisti". Come si vede siamo già ben oltre l'indicazione della Legge Finanziaria che chiedeva semplicemente di intervenire con norma di attuazione per precisare le modalità e l'entità dei risparmi per il bilancio dello Stato da ottenere in modo permanente o comunque per annualità definite. Non si parla di criteri economici o delle modalità di subentro della Provincia, per delega della Presidenza del Consiglio dei Ministri, quale parte contraente della Convenzione per



le trasmissioni in lingua tedesca e ladina con la concessionaria del servizio pubblico radiotelevisivo. Qui si parla già di criteri di organizzazione e di gestione del personale, di qualità della produzione radiotelevisiva, di governo e gestione complessiva della Sede Rai di Bolzano. Non era quello che chiedeva la Finanziaria 2007. In discussione eventualmente c'era solo il risparmio per lo Stato di 15 milioni di euro della Convenzione per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina per la provincia di Bolzano. Mentre il Governo Prodi, sostenuto anche dall'SVP, si prefiggeva di modificare la c.d. "legge Gasparri" di riforma del sistema radiotelevisivo, bandiera del governo Berlusconi, con due distinti disegni di legge presentati dal Ministro Gentiloni, il d.d.l. n. 1825 e il n. 1588, già in discussione in Commissione alla Camera dei Deputati e al Senato, circolava una bozza di norma di attuazione a dir poco singolare che non verrà mai presentata alla Commissione dei Sei.

La "norma" si componeva di soli 2 articoli e 8 commi da aggiungere, secondo le intenzioni degli estensori, all' art. 7 del Decreto del Presidente della Repubblica 1 novembre 1973, n. 691. Si prefiggeva di raggiungere con una fonte "atipica e ultra-primaria" l'obiettivo di modificare lo "Statuto materiale" in una parte, quella delle competenze radiotele-

visive della Provincia Autonoma di Bolzano, al centro di decennali tensioni costituzionali, ma contemporaneamente finiva per dare una copertura e un'attuazione ultra-ordinaria ai contenuti della "legge Gasparri". In questi due aspetti sta anche il macroscopico paradosso politico-istituzionale della vicenda.

Si apre la fase della trattativa con il governo Prodi per la Finanziaria 2008.

«Zeller, richieste a Prodi - "Ora Fisco, Poste e Rai"»: questo il titolo del Corriere dell'Alto Adige di domenica 4 novembre 2007. I parlamentari dell'SVP figurano sulla stampa nazionale tra quelli corteggiati dall'opposizione, e in particolare da Silvio Berlusconi, per contribuire alla caduta del governo Prodi. L'SVP ottiene un finanziamento da 18 milioni di Euro per il polo giudiziario di Bolzano in cambio del ritiro da parte dei senatori di ben 150 emendamenti alla Finanziaria.

E' in questo contesto politico molto delicato che il parlamentare Karl Zeller, costituzionalista del partito di raccolta, rilancia una serie di richieste al governo Prodi: una definitiva chiusura della partita dell'energia, l'abolizione del Commissariato di Governo e il passaggio delle sue competenze al Presidente della Giunta provinciale, la provincializzazione dell'imposizione fiscale e infine – dice testualmente l'on. Zel-





ler – “vorremmo la competenza sulle Poste e sulla Rai”. Competenze difficili da ottenere? – chiede il giornalista (27). E l'on Zeller risponde:

“Sì, perché non si tratta di enti statali ma piuttosto di concessionarie. Una diversa struttura giuridica che rende più complesso il passaggio alla Provincia delle Poste e della Rai. Ma ci stiamo lavorando e siamo fiduciosi”.

Se l'intervista di un mese prima del Presidente Durnwalder individuava gli obiettivi da raggiungere quale contributo al “Patto di solidarietà interna”, nonostante la ancora mancata presentazione della norma, ora l'obiettivo si sposta più in avanti: se prima si faceva riferimento alla possibilità che la Provincia si facesse carico su delega del Governo del finanziamento della Convenzione per le trasmissioni in lingua tedesca come primo momento per intervenire in maniera più penetrante nella stessa organizzazione della Sede Rai di Bolzano, ora si dice espressamente che si vuole la competenza sulla Rai. E' bastato un mese. Se la bozza di cui si è discusso è rimasta solo una bozza informale, maldestra, equivoca e malfatta, ora sembra che ci si renda conto della maggiore complessità del problema e si studia su come raggiungere l'obiettivo della competenza.

Come si sa, successivamente il governo Prodi è caduto malamente. Si è andati alle elezioni politiche, con l'SVP che ha assunto una posizione

“Blockfrei”, e ha vinto ampiamente la coalizione del centro-destra guidata da Silvio Berlusconi.

In attesa delle nuove mosse e delle nuove proposte può essere utile fare chiarezza sullo stato attuale delle competenze radiotelevisive dell'Autonomia speciale altoatesina. E' dagli anni '60 che la Provincia di Bolzano cerca il riconoscimento di proprie competenze radiotelevisive (28).

Scrivono ad esempio Bonell e Winkler nel manuale “L'Autonomia dell'Alto Adige” pubblicato dalla Provincia di Bolzano: “Una norma di attuazione del vecchio Statuto, l'art. 30 del DPR n. 574 del 30/06/1951 appunto, aveva a suo tempo espressamente escluso radio e televisione dal titolo delle “comunicazioni di interesse provinciale”. Questa esclusione era però stata operata in uno stato di evoluzione del diritto dei mass-media profondamente diverso da quello attuale.

Nemmeno l'esclusione della facoltà di impiantare stazioni radiotelevisive provinciali, contenuta nel nuovo Statuto del 1972, appare più del tutto attuale, alla luce di alcune sentenze successivamente pronunciate dalla Corte Costituzionale (sentenze 225/1974, 202/1976, 148/1981).

Il monopolio televisivo dello Stato, ancora sussistente al momento dell'entrata in vigore del nuovo Statuto, nel 1972, nel frattempo si è incrinato. Così appare paradossale che ai privati sia permesso di trasmettere



programmi locali con impianti propri; mentre alla Provincia autonoma invece questo diritto sia tuttora precluso (E. Reggio d'Acì).

Un altro importante settore non coperto dall' art. 8, n. 4, dello statuto è quello dell'informazione e della cronaca, dato che, stando al testo della norma, la limitata competenza della Provincia si ferma alla diffusione, via etere, di programmi a contenuto artistico, culturale ed educativo locale, e non comprende invece programmi strettamente giornalistici".

E' vero. Il panorama normativo è notevolmente cambiato. La Corte costituzionale negli ultimi anni si è più volte espressa sulla materia; è intervenuta la riforma del Titolo V della Costituzione e poi la c.d. "riforma Gasparri" e infine il T.U. sulla radiotelevisione.

Può essere allora utile compiere una rapida ricognizione dei principi e delle norme che regolamentano la materia, partendo dall'evoluzione dell'ultima giurisprudenza costituzionale.

Fondamentale per gli argomenti che qui si affrontano è la sentenza n. 348 del 1990 che porta a un cambiamento di paradigma affermando che "l'informazione, nei suoi risvolti attivi e passivi (libertà di informare e diritto a essere informati) esprime, infatti, - al di là delle singole sfere di attribuzioni rispettivamente assegnate allo Stato e alle Regioni - una condizione preliminare (o, se vogliamo, un presupposto insopprimibile) per l'attuazione a ogni livello, centrale o locale, della forma propria dello Stato democratico. Nell'ambito di tale forma, qualsivoglia soggetto od organo rappresentativo investito di competenze di natura politica non può, di conseguenza, pur nel rispetto dei limiti connessi alle proprie attribuzioni, risultare estraneo all'impiego dei mezzi di comunicazione di massa. Questo impiego, per quanto concerne le Regioni, quali soggetti costituzionali investiti di competenze sia politiche che amministrative, si riferisce, in particolare, a due aspetti: quello delle informazioni che la Regione è tenuta a offrire ai cittadini in ordine alle proprie attività e ai propri programmi e quello delle informazioni che la Regione può ricevere dalla società regionale e che concorrono a determinare la partecipazione di tale società alle scelte attraverso cui si esprime l'indirizzo

politico e amministrativo regionale". A questi principi fanno riferimento le ultime sentenze dalla Corte che si sono occupate del rapporto tra Autonomia speciale della Provincia di Bolzano e radiotelevisione, innanzitutto le sentenze n. 29 del 1996 e la n. 312 del 2003.

Negando la pretesa "estraneità", rispetto alla competenza legislativa provinciale, della materia del servizio radiotelevisivo, la Corte ricorda come "l'art. 8 n. 4 dello Statuto dispone che la Provincia di Bolzano ha competenza legislativa esclusiva in particolare per quanto riguarda "manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali" anche con "i mezzi radiotelevisivi". Tale competenza, così delimitata, ha trovato attuazione nelle disposizioni contenute negli art. 7 e 10 del d. P.R. 1° novembre 1973, n. 691, le quali prevedono il trasferimento alla Provincia di tutte le funzioni statali in materia, nonché la facoltà di "realizzare e gestire" una rete idonea alla ricezione, con qualsiasi mezzo tecnico, delle trasmissioni emesse da "organismi radiotelevisivi esteri dell'area culturale tedesca e ladina". A tale competenza esclusiva in materia della Provincia di Bolzano - prosegue la Corte - va poi aggiunta, a seguito dell'entrata in vigore del nuovo Titolo V della Parte II Costituzione, anche la competenza legislativa concorrente relativa all'"ordinamento della comunicazione", la quale, in virtù dell'art. 10 della legge costituzionale n. 3 del 2001, non può non estendersi anche alla Provincia di Bolzano" (sentenza n. 312/2003)

Ma già in riferimento all'art. 23, comma 2 della c.d. "legge Mammi" la Corte aveva avuto modo di affermare che la norma non escludeva "la possibilità di ulteriori e diverse misure di sostegno, una volta che le stesse possano trovare il loro fondamento in competenze statutarie o in principi di ordine costituzionale" e quindi di intervento legislativo in materia radiotelevisiva (sentenza n. 29/1996).

Fondamentali sono dunque l'art. 8 n. 4 dello Statuto che attribuisce una competenza legislativa esclusiva per quanto riguarda "manifestazioni ed attività artistiche, culturali ed educative locali" anche con "i mezzi radiotelevisivi", e le disposizioni contenute negli art. 7 e 10 della norma



di attuazione n. 691/1973 che realizzano una sorta di cogestione (29). Tra Provincia e Rai per quanto riguarda le trasmissioni in lingua tedesca e ladina sulla base degli art. 19 e 20 della legge n. 103/1975 (30), del d.P.R. 31.07.1997 contenente la Convenzione Presidenza del Consiglio dei Ministri - RAI per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina e ora dell'art. 16 e 17 della legge n.112/2004 "legge Gasparri" (art. 45 e 46 del d.leg. 177/2005 T.U. della radiotelevisione) (31). In particolare l'art. 9 del D.P.R. 691/1973 dispone che "il personale della Sede RAI di Bolzano incaricato dei programmi in lingua tedesca e ladina deve appartenere rispettivamente al gruppo linguistico tedesco e ladino.

Si considera incaricato dei programmi il personale delle sezioni programmi che ha funzioni di ideazione, scelta e organizzazione della produzione, quello tecnico addetto alle riprese e l'operatore di ripresa cinematografica, nonché quello giornalistico.

I collaboratori per l'esecuzione dei programmi sono rispettivamente di lingua tedesca o ladina salvo che esigenze dei programmi stessi richiedano diversamente.

Il Ministero delle poste e delle telecomunicazioni, a richiesta, informa la Provincia di Bolzano dello stato di osservanza delle norme di cui ai commi precedenti.

Il coordinatore responsabile dei programmi in lingua tedesca, previsti dall'art. 8 del decreto legislativo del Capo provvisorio dello Stato 3 aprile 1947, n. 428, è nominato dalla RAI d'intesa con la Provincia e, d'intesa tra i due enti, può essere revocato. Con la qualifica di dirigente, il coordinatore formula proposte di spesa per l'attuazione dei programmi di cui al comma precedente, coordina la predisposizione degli schemi dei programmi stessi e sovrintende alla esecuzione dei programmi una volta approvati curando l'osservanza dei criteri e delle direttive che in proposito siano state emanate.

Deve inoltre appartenere al gruppo linguistico tedesco il personale che, con le stesse qualifiche, è addetto a Roma nella redazione del telegiornale in lingua tedesca (Tagesschau) e nel servizio dei programmi televisivi per l'Alto Adige.

Ma torniamo alla bozza di norma di attuazione abortita sul nascere.

Essa prevedeva di inserire due articoli, il 7 bis e il 7 ter all'art. 7 del D. P.R. 1 novembre 1973, n. 691 (32). La disposizione non diceva espressamente che la Provincia si accolla per delega del Governo la spesa di finanziamento della predetta Convenzione con tutto quello che ne consegue. La norma, all'art. 7 ter, comma 4 diceva che "le spese per le attività di servizio pubblico provinciale della sede locale del concessionario del servizio pubblico generale radiotelevisivo sono a carico della Provincia autonoma di Bolzano, tenuto conto della ripartizione del gettito del canone di abbonamento radiotelevisivo su base territoriale". Come si arriva all'enunciazione di questa norma? Attraverso il libero recepimento in norma di attuazione di varie disposizioni contenute nella "Gasparri" e nel T.U. della radiotelevisione, in particolare gli art. 12, 42, 45, 46, 47 e 48 del T.U.. Si badi bene che alcune di queste norme contengono i principi di orientamento per l'esercizio della potestà legislativa concorrente di Regioni e Province autonome in materia di "ordinamento della comunicazione", come previsto dall'art. 117 comma 3 della Costituzione. Dalla "Convenzione" in questione, non citata, il cui finanziamento è l'obiettivo politico immediato del contributo della Provincia di Bolzano al "Patto di stabilità interna" previsto dalla Finanziaria 2007, si passa insomma, attraverso l'attuazione della competenza concorrente in materia di "ordinamento della comunicazione", al recepimento in "norma di attuazione" di istituti e discipline controverse contenute nella "legge Gasparri" e nel "T.U. della radiotelevisione" come il "contratto di servizio" provinciale, l'"autonomia della Sede", e la previsione addirittura della "costituzione della Sede". Quello che colpisce è l'enfaticazione costituente della norma, la confusione che si fa ad esempio tra l'istituto della "convenzione" e quello del "contratto di servizio", e soprattutto non si considera lo statuto e il ruolo istituzionale della concessionaria del servizio pubblico radiotelevisivo, la Rai. Qui non si tratta di legislazione concorrente. Nella norma si prendevano alcuni dei principi fondamentali posti dal T.U. come guida per l'esercizio della potestà legislativa concorrente e lì si cristallizzava in una



norma di attuazione, con tutto quanto ne discende dal punto di vista della gerarchia delle fonti. Altri principi venivano ignorati e altri ancora deformati e interpretati ad arte per piegarli a interessi e a interpretazioni statutarie controverse e già oggetto di conflitti costituzionali. Il tutto per arrivare alla definizione e alla creazione di un servizio pubblico provinciale. Tutto ciò riguarda sia i principi e la disciplina relativa all'uso efficiente dello spettro elettromagnetico e alla pianificazione delle frequenze, sia la "definizione dei compiti del servizio pubblico generale radiotelevisivo" così come posto dal Titolo VIII del T.U. che disciplina il servizio pubblico generale e la disciplina della concessionaria. Si badi bene che proprio questi articoli del T.U., la cui poca chiarezza e ambiguità costituzionale è stata rilevata dalla dottrina (33), venivano abrogati espressamente dall'art. 12 comma 1 dal c.d. "disegno di legge Gentiloni" (S.1588) sulla "Disciplina e riorganizzazione del servizio pubblico generale radiotelevisivo", naufragato per la prematura conclusione della legislatura.

Una norma così concepita porterebbe al paventato e contraddittorio pericolo della frammentazione (regionale e provinciale) del servizio pubblico radiotelevisivo generale. Si tratta di una applicazione distorta sia della controversa interpretazione della competenza concorrente prevista dall'art. 117.3 della Costituzione sia dei principi posti dalla Corte costituzionale.

Come già in passato (ad esempio il travagliato varo della legge provinciale del 18 marzo 2002, n. 6, Norme in materia di comunicazioni e provvidenze in materia di radiodiffusione), quando la Provincia di Bolzano affronta le delicatissime questioni della comunicazione lo fa spesso ammantando di "nuovo" una vecchia filosofia politico-giuridica, una concezione puramente contabile, proprietaria ed esclusivista dell'Autonomia.

Sembra intollerabile alla Provincia di Bolzano il dover accettare che il modello di regolamentazione del settore sia sempre più "a rete" e di tipo procedurale, con il coinvolgimento di una pluralità di soggetti regolatori, nessuno dei quali possa rivendicare competenze esclusive in materia, ma solo parziali competen-

ze "concorrenti"; che le diverse fonti in gioco tendano a ordinarsi, nei loro reciproci rapporti, non tanto secondo criteri di gerarchia formale, bensì secondo criteri sostanziali, di rispetto di principi e obiettivi comuni, alla cui realizzazione tutti concorrono; e infine, che ci siano procedure di raccordo preventivo tra i diversi soggetti regolatori, volte a ridurre i rischi di discrasie nell'implementazione dei principi comuni, al momento del loro tradursi in discipline applicative di dettaglio (34). E' un quadro, tra normativa europea e nazionale, in piena trasformazione nel quale si è inserita la riforma del Titolo V della Costituzione, la c.d. "legge Gasparri" e il T.U. sulla radiotelevisione. Non è un caso che la Regione Lombardia, che pure ha mostrato analoghe ambizioni sul sistema delle comunicazioni regionali, si stia muovendo in maniera ben diversa (35). Nonostante le profonde trasformazioni della regolamentazione del settore che permetterebbero ampie possibilità di proposta e di innovazione da parte di un'Autonomia dinamica come quella dell'Alto Adige, sembra prevalere ancora una logica antica di resa dei conti e di riscatto per contenziosi persi in altri tempi. Invece di mettersi "in rete" con proposte innovative che sappiano valorizzare e sviluppare le peculiarità e le potenzialità di una realtà plurietnica e plurilinguistica di valenza europea, si cercano ancora di tirare "in rete" materie e competenze, attratti più dalla gestione che dalla regolazione. E' uno sviluppo del sistema sudtirolese acutamente individuato e descritto più di 20 anni fa da un attento osservatore come Piero Agostini (36).

La partita è tutta aperta. L'obiettivo di subentrare alla Presidenza del Consiglio nel finanziamento della Convenzione con la RAI per le trasmissioni in lingua tedesca e ladina resta. Lo si può fare con delega della Presidenza del Consiglio o con norma di attuazione. Ma bisognerà vedere l'atteggiamento che sulla questione assumerà il governo Berlusconi.

All'osservatore non resta che aspettare le prossime mosse della politica da una parte e dell'economia dall'altra, nella convinzione che la comunicazione è una risorsa sempre più essenziale per questa terra.



Giuseppe De Cesare



footnotes

- 1 F. Boni, *Il superleader. Fenomenologia mediatica di Silvio Berlusconi*, Roma, Meltemi editore, 2008
- 2 *ibidem*
- 3 cfr. W.M. Achtner, *Democrazia e telegiornali. Il giornalismo come servizio pubblico*, University Press, Perugia, Morlacchi editore, 2006
- 4 cfr. *Il Cristallo*, Anno XLIX – n. 2-3 dicembre 2007, pp. 23 ss.
- 5 G. Pallaver (Hg.), *Die etnisch halbierte Wirklichkeit*, StudienVerlag, Innsbruck, 2006
- 6 cfr. Anton Pelinka, *Politica e mass media. Tra modernità e transizione*, in 1992. *Fine di un conflitto* (a cura di A. Di Michele, F. Palermo e G. Pallaver), Bologna, il Mulino, 2003, pp. 319 ss.
- 7 *ibidem*, p. 324
- 8 *ibidem*, p. 325
- 9 *ibidem*, p. 326
- 10 *ibidem*, p. 326
- 11 cfr. G. Azzariti, *Critica della democrazia identitaria*, Roma-Bari, Laterza, 2005
- 12 cfr. G. Pallaver, *Voraussetzungen für eine sprachgruppen-überfreiende „Wir-Identität“*, in G. Pallaver (Hg.), *Die etnisch halbierte Wirklichkeit*, StudienVerlag, Innsbruck, 2006, pp. 134 ss.; anche in G. Pallaver, *Il Cristallo*, Anno XLIX – n. 2-3 dicembre 2007, pp. 26 ss.
- 13 cfr. D. C. Hallin e P. Mancini, *Modelli di giornalismo*, Roma-Bari, Laterza, 2004
- 14 cfr. C. Sorrentino, *Il giornalismo*, Roma, Carocci, 2004
- 15 *ibidem*, p. 12
- 16 Günther Rautz, *I media in Alto Adige*, in *Ordinamento speciale della Provincia autonoma di Bolzano* (a cura di Marko, Ortino, Palermo), Padova, Cedam, 2001, pp. 815 ss.
- 17 Giuseppe Avolio e Leonhard Volmer, Kapitel 8. *Übersicht über die Gesetzgebung*, III. Medien, in *Die Verfassung der Südtiroler Autonomie* (Marko, Ortino, Palermo, Voltmer, Woelk Hrsg.), Baden-Baden, Nomos, 2005, pp. 144-146
- 18 cfr. G. Pallaver, *Demokratie, Median und interkultureller Dialog*, in *Il Cristallo*, Anno XLIX – n. 2-3 dicembre 2007, p. 33
- 19 cfr. *Euregio Finance: “Vb33 sarà un affare”*, in *Alto Adige*, 2 aprile 2008
- 20 cfr. *“Garantisco io, Vb33 resta indipendente”*, in *Alto Adige*, 18 aprile 2008
- 21 cfr. *Alto Adige*, 2 aprile 2008
- 22 cfr. www.interno.it/mininterno/export/sites/default/it/assets/files/15_elezioni/072SUDTIROLER_VOLKSPARTEI.pdf
- 23 cfr. www.parlamentswahl.org/de/unsereziele/
- 24 Legge 27 dicembre 2006, n. 296 *“Disposizioni per la formazione del bilancio annuale e pluriennale dello Stato”*
- 25 Soprattutto sulla stampa di lingua tedesca, vedi ff nn. 42-43 del 18-25 ottobre 2007
- 26 R POL S41 QBJC - RAI: DURNWALDER, *AUTONOMIA GIORNALISTI NON SI TOCCA* - (ANSA) - BOLZANO, 29 OTT - *“Potremmo pensare a una struttura per i ladini, ad un inquadramento dei programmisti registi, ma non intendiamo certo, né lo potremmo, diminuire la libertà d’espressione dei giornalisti”: lo ha detto il presidente della Giunta provinciale di Bolzano Luis Durnwalder sulla sede Rai di Bolzano. Parlando del patto di stabilità e delle competenze che Bolzano vorrebbe assumere*
- per farvi fronte, Durnwalder ha parlato anche della Sede di Bolzano della Rai. Il presidente ha detto che l’obiettivo potrebbe essere un diverso inquadramento dei programmisti registi, oltre a una struttura apposita per la minoranza ladina. ‘Si tratta - ha detto - di richieste che facciamo da anni’. In nessun modo - ha concluso - c’è l’intenzione di minare l’indipendenza dei giornalisti. (ANSA). TT 29-OTT-07 14:37
- 27 Intervista di Luigi Ruggera
- 28 per i riferimenti normativi non richiamati in nota si veda il sito agli indirizzi http://www.decesare.info/sistema_locale.htm, <http://www.decesare.info/minoranze%20linguistiche.htm>, <http://www.decesare.info/alto%20adige.htm>; le slide dell’incontro di Innsbruck del 7 maggio 2008 si trovano all’indirizzo <http://www.decesare.info/innsbruck.ppt>
- 29 cfr. E. Reggio d’Aci, *La Regione Trentino-Alto Adige*, Milano, Giuffrè, 1994, p. 464
- 30 Legge n. 103/1975, art. 19 - *La società concessionaria, oltre che alla gestione dei servizi in concessione, è tenuta alle seguenti prestazioni: [...]*
- c) a effettuare trasmissioni radiofoniche e televisive in lingua tedesca e ladina per la provincia di Bolzano [...]
- art. 20 – [...] Per gli adempimenti di cui al punto c), le trasmissioni in lingua tedesca per la provincia di Bolzano sono regolate mediante convenzione aggiuntiva da stipularsi con le competenti amministrazioni dello Stato entro lo stesso termine di cui al precedente comma [...]
- 31 Art. 45. *Definizione dei compiti del servizio pubblico generale radiotelevisivo*
1. Il servizio pubblico generale radiotelevisivo è affidato per concessione a una società per azioni, che, nel rispetto dei principi di cui all’articolo 7, lo svolge sulla base di un contratto nazionale di servizio stipulato con il Ministero e di contratti di servizio regionali e, per le province autonome di Trento e di Bolzano, provinciali, con i quali sono individuati i diritti e gli obblighi della società concessionaria. Tali contratti sono rinnovati ogni tre anni.
2. Il servizio pubblico generale radiotelevisivo, ai sensi dell’articolo 7, comma 4, comunque garantisce:
- [...]
- f) la effettuazione di trasmissioni radiofoniche e televisive in lingua tedesca e ladina per la provincia autonoma di Bolzano, in lingua ladina per la provincia autonoma di Trento, in lingua francese per la regione autonoma Valle d’Aosta e in lingua slovena per la regione autonoma Friuli-Venezia Giulia;
- [...]
- p) l’articolazione della società concessionaria in una o più sedi nazionali e in sedi in ciascuna regione e, per la regione Trentino-Alto Adige, nelle province autonome di Trento e di Bolzano;
- q) l’adozione di idonee misure di tutela delle persone portatrici di handicap sensoriali in attuazione dell’articolo 4, comma 2;
- r) la valorizzazione e il potenziamento dei centri di produzione decentrati, in particolare per le finalità di cui alla lettera b) e per le esigenze di promozione delle culture e degli strumenti linguistici locali; [...]
3. Le sedi regionali o, per le province autonome di Trento e di Bolzano, le sedi provinciali della società concessionaria del servizio pubblico generale radiotelevisivo operano in regime di autonomia finanziaria e contabile in relazione all’attività di adempimento degli obblighi di pubblico servizio affidati alle stesse. [...]
- Art. 46. *Compiti di pubblico servizio in ambito*



regionale e provinciale

1. Con leggi regionali, nel rispetto dei principi fondamentali contenuti nel titolo I e nel presente titolo e delle disposizioni, anche sanzionatorie, del presente testo unico in materia di tutela dell'utente, sono definiti gli specifici compiti di pubblico servizio che la società concessionaria del servizio pubblico generale di radiodiffusione è tenuta ad adempiere nell'orario e nella rete di programmazione destinati alla diffusione di contenuti in ambito regionale o, per le province autonome di Trento e di Bolzano, in ambito provinciale; è, comunque, garantito un adeguato servizio di informazione in ambito regionale o provinciale.

2. Le regioni e le province autonome di Trento e di Bolzano sono legittimate a stipulare, previa intesa con il Ministero, specifici contratti di servizio con la società concessionaria del servizio pubblico generale di radiodiffusione per la definizione degli obblighi di cui al comma 1, nel rispetto della libertà di iniziativa economica della società concessionaria, anche con riguardo alla determinazione dell'organizzazione dell'impresa, nonché nel rispetto dell'unità giuridica ed economica dello Stato e assicurando la tutela dei livelli essenziali delle prestazioni concernenti i diritti civili e sociali e la tutela dell'incolumità e della sicurezza pubbliche.

3. Ai fini dell'osservanza dell'articolo 10 del decreto del Presidente della Repubblica 1° novembre 1973, n. 691, nella provincia di Bolzano riveste carattere di interesse nazionale il servizio pubblico radiotelevisivo in ambito provinciale.

32 Art. 7. - Le attribuzioni dell'amministrazione dello Stato in materia di manifestazioni e attività artistiche, culturali ed educative locali con i mezzi radiotelevisivi, esercitate dagli organi centrali o periferici dello Stato, sono esercitate nell'ambito del proprio territorio dalla Provincia di Bolzano, ai sensi e nei limiti di cui all'art. 16 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, e con l'osservanza delle norme del presente decreto.

L'esercizio predetto riguarda, tra l'altro, le funzioni amministrative previste dagli art. 8, 9 e 10 del decreto legislativo del Capo provvisorio dello Stato 3 aprile 1947, n. 428.

E' fatto divieto alla Provincia di Bolzano di impiantare stazioni radiotelevisive destinate a effettuare trasmissioni di programmi propri.

33 cfr. da ultimo Fabio Giglioni, Il servizio pubblico nel sistema televisivo tra esigenze democratiche e riforma del Titolo V della Costituzione, in *Diritto Pubblico*, n. 3 – 2004, pp. 990-995

34 cfr. Paolo Caretti, Le fonti della comunicazione, in *Quaderni costituzionali*, n. 2 – 2004, pp. 323 s

35 Cfr. Progetto di legge n. 0285, di iniziativa della Giunta regionale, "Disciplina del sistema regionale delle comunicazioni", presentato il 21.11.2007

36 "Il circuito chiuso che l'attuale sistema sudtirolese intende instaurare – e di fatto sta instaurando con impegno totale – comprende anche l'impiego di un proprio sistema d'informazione, di un proprio repertorio culturale, e nei limiti del possibile (e anche oltre questi limiti) di una propria giustizia autosufficiente e in certi casi esente da impugnazioni. Come spiegare altrimenti l'inesausta energia con la quale la Volkspartei chiede di poter gestire, attraverso un'impossibile competenza in materia di telecomunicazioni, già negata dalla Corte Costituzionale, il servizio pubblico d'informazione e di cultura che è rappresentato dalla RAI?" - Piero Agostini, *Alto Adige: la convivenza rinviata*, Bolzano, Praxis3, 1985, p.90







suedtirolfoto.com

Othmar Seehauser



Der (vogel)freie Journalist

von Florian Kronbichler

Früher, als ich noch ein richtiger Journalist war, mit Redakteursstatus, Dienstgrad und Arbeitsvertrag, machte ich mich bei meinen Kollegen immer wieder unbeliebt mit despektierlichen Bemerkungen über die Kategorie. Ich war Chefredakteur, und wenn sich die Mannschaft wieder einmal über Überbelastung beklagte, antwortete ich trocken: Immer noch besser Journalist als arbeiten!

Natürlich wurde ich nicht ernst genommen. Auch bin ich kein Chefredakteur und nicht einmal ein ordentlicher Redakteur mehr, bin freiwillig – sehr freiwillig! – aus der FF-Redaktion ausgeschieden, aber denken tu ich immer noch gleich: Es ist ein Privileg, Journalist zu sein. Man kann bezahlterweise seiner Neugierde nachgeben, dabei sein, wo Interessantes passiert, und zu dem allem noch seinen Senf dazugeben, und zwar öffentlich. Wer sonst kann das?

Ich geh sogar so weit zu behaupten, dass es ein Privileg ist, selbst arbeitsloser Journalist zu sein. (Die Journalistengewerkschaft, die von allen Gewerkschaften die humorloseste ist, möge mir jetzt nicht gleich ein Verfahren wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens anhängen.) Denn erstens erfahren Journalisten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, egal ob freiwillig oder leider Gottes, immer noch eine relativ anständige Arbeitslosenunterstützung. Nicht mehr so gut und so lang wie einmal, aber immerhin eine.

Und außerdem: Jeder normale Arbeitnehmer ist, wenn er um seinen Arbeitgeber kommt, ein „Arbeitsloser“. Und das ist kein Ehrentitel. Was hingegen ist ein Journalist ohne Arbeitgeber: ein freier Journalist! Nur Journalisten und wenige Kenner des Milieus erschauern nicht aus Ehrfurcht vor dem Begriff: „freier Journalist“. Wie das klingt! In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dem wohlklingenden Begriff in der Regel die Armseligkeit eines noch immer nicht erkämpften oder schon wieder einmal verloren gegangenen Redakteurspostens. „Frei“ bedeutet auch im Zusammenhang mit Journalisten

meistens „los“, nur klingt es nicht so proletarisch wie „arbeitslos“. Selbstverständlich gibt's freiwillig „Freie“ und gezwungenermaßen „Freie“, und dazwischen liegen Weh und Frommen des Lebens, aber „frei“ ist schöner, würdiger, und sei es in der Verbindung von „arbeitsfrei“.

Ja, es verwundert nicht, dass ausgerechnet die Journalisten als die Sprachhandwerker es an Fantasie nie gebrochen ließen, wann immer es um die Beschreibung ihres Standes und ihrer Standesprobleme geht. „Normale“ Arbeitnehmer, wenn sie streiken, wollen in der Regel mehr Geld. Höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeiten. Hat jemand so etwas je bei einem Journalistenstreik gehört? Wir Journalisten treten doch nicht in einen Streik für derart prosaische Ziele. Wir streiken für die Freiheit, die Unabhängigkeit, die Vielfalt der Meinungen, ob gedruckt oder gesendet, immerzu für die Freiheit. Dass Freiheit dann etwas kostet, inflationsangleichungsbedürftig ist ... aber wollen wir uns, bitte, nicht in Kleinigkeiten verlieren.

Ich sollte zum Thema „Der (vogel-)freie Journalist“ sprechen. Der in Klammern gesetzte Vogel ist eine gemeine Unterstellung der Veranstalter. Vogelfrei? Als vogelfrei wurde im Mittelalter jemand bezeichnet, über den die Strafe der Acht verhängt worden war. Meist war es die „Reichsacht“. Wer für vogelfrei erklärt war, hatte kein Recht auf Schutz seines Lebens, seines Eigentums oder Tätigkeiten. Er konnte von wem auch immer straffrei getötet, verletzt oder ausgebeutet werden. Ihm durfte keine Behausung gewährt werden, und wer „vogelfrei“ starb, wurde nicht bestattet, sondern den Vögeln zum Fraß vorgeworfen. Daher auch die Bezeichnung.

Und so einer sollte ich sein? Unterstellt wird nämlich, ein Journalist ohne festen Arbeitsvertrag sei weitgehend rechtlos, sei somit auch nicht wirklich frei, sondern eben „rechtfrei“. Ein Knecht somit, angewiesen darauf, all jenen nach dem Mund zu schreiben, die ihm einen milden Cent dafür geben. Je mehr Cents, desto unfreier er auftritt.

Nun ist nicht zu leugnen, dass solche Gefahr tatsächlich besteht. Der freie



Journalist ist ein Journalist ohne den Schutz eines Arbeitsvertrags, und ein Arbeitsvertrag, nicht nur der für Journalisten, ist eine ernste Angelegenheit. Der Journalistenvertrag galt einmal als eine Lebensgarantie. Ein Journalist musste schon auf den Chefredakteur schießen, um gekündigt werden zu können. Wer gefährdet war, wurde ins Redaktionskomitee gewählt, was die Gewerkschaftsstruktur auf Redaktionsebene ist, und konnte qua Vertrag bis anderthalb Jahre nach Ablauf seines Mandats nicht versetzt, nicht gemäßregelt, geschweige entlassen werden. Die zivilrechtliche Haftung und den Schadenersatz für verlorene Presseklagen übernimmt der Verlag. Man schreibt als fest angestellter Journalist also mutig aus einer komfortabel abgesicherten Position heraus. Das muss fairerweise eingestanden werden.

Die Journalistengewerkschaft darf sich deshalb auch nicht zu sehr wundern, dass Verlage und Herausgeber immer erfindungsreicher werden, um den Fesseln des Journalistenvertrags zu entgehen. Sie behelfen sich mehr und mehr mit freien Journalisten. Neueinstellungen werden zur Ausnahme. Zeitungen und TV-Stationen bedienen sich am wachsenden Markt der „Freien“. Mit dem Einzelnen die Arbeitsbedingungen auszuhandeln, ist für den Unternehmer verständlicherweise einfacher als kollektiv mit der ganzen Kategorie. Grad für junge Schreiberinnen und Schreiber reicht oft die reine Hoffnung auf spätere Einstellung, dass sie jahrelang frei, und zwar „rechtfrei“ und weitgehend „lohnfrei“, in Redaktionen mitarbeiten. Und nicht immer erfüllt sich die Hoffnung.

Unter welchen Bedingungen schreiben also solche Freie? Wenn schon kein Vertrag sie schützt, werden sie sehr risikobereit an ihre Arbeit gehen? Sie werden es auf keine Presseklage ankommen lassen können. Nicht immer sind solche mit bloßer Sorgfalt zu vermeiden. Es klagt sich leichter gegen jemanden, der wehrlos ist. Das wissen die Übeltäter. Deshalb sind viele Presseklagen reine Einschüchterungsklagen – darauf abzielend, dass der oder die Betroffene es bei dem einen Artikel belässt. Der Chefredakteur wird seinen Freien erklären, sie möchten sich nicht in Schwierigkeiten bringen.

Aber es ist da ja nicht nur der böse Politiker oder Spekulant, den ich Freier besser nicht zu sehr reize. Ich muss meine Beiträge der Redaktion von Fall zu Fall „anbieten“. Ich muss also nicht nur an meine Leser denken, sondern zunächst einmal an den Chefredakteur. Wenn ich mich mit ihm überwerfe, habe ich ausgeschrieben. Und dann: Bei aller „Freiheit“: Nicht Mitglied einer Redaktion zu sein, bedeutet auch, nicht teilzuhaben an der redaktionellen Diskussion. Und Journalismus braucht Diskussion, Auseinandersetzung, „ist Quatschen am Flur“, wie Stern-Gründer Henry Nannen sagte. Die Gefahr der Vereinsamung und folglich der Eigenbrötelei ist ein Berufsrisiko jedes freien Journalisten.

Es ist nicht eine Frage der Qualität des Journalisten, sondern seiner arbeitsrechtlichen Bedingungen, dass die „harten“ Geschichten aus dem Bauch der Redaktion, von ihren festen Mitarbeitern kommen. Sie können sich mehr Risiko eher leisten, härter und länger an einer Geschichte „dranzubleiben“ und allenfalls sie auch fallen zu lassen. Der Freie ist schon rein ökonomisch angewiesen auf das sicher Verwertbare. Ihm darf eine Story nicht „abstürzen“. Jedenfalls nicht öfter eine, sonst ist er ruiniert. Eine nicht geschriebene Geschichte zahlt ihm niemand.

Weil er „anbieten“ und „verkaufen“ muss, wird der freie Journalist stets auch mehr auf seinen Namen, seine Marke bedacht sein müssen als der fix angestellte. Er lebt von seinem „Namen“, der sein Marktwert ist. Für das Medium ist das eine Chance, gleichzeitig aber auch eine Gefahr. Leser suchen „ihre“ Journalisten. Die beiden treten direkter miteinander in Kontakt. Das war nicht immer so. Beim „Spiegel“ gab es jahrzehntelang so gut wie keine namentlich gezeichneten Artikel. Es waren „Spiegel-Artikel“, und der Stil war „Spiegel-Stil“. Die Journalisten bekamen gut bezahlt auch dafür, dass sie auf ihre Sichtbarkeit verzichteten. Inzwischen stehen die Autoren nicht nur mit Namen unter oder über fast jedem Artikel, sondern auch noch mit Foto.

Was nicht verschwiegen werden sollte: Der freie Journalist ist naturgemäß anfälliger für Gefälligkeiten. Das Journalistengehalt war einmal





auch deshalb recht anständig, weil argumentiert wurde, nur ein gut behandelter Journalist sei unbestechlich. Wenn die Spesen etwa für einen Reisebericht nicht von der Redaktion übernommen werden, sondern vom Hotel, in dem der Journalist absteigt, oder vom Marketingbüro des Gebietes, das er bereist (wie beispielsweise die Südtirol-Marketing-Gesellschaft es großzügig zu tun pflegt), dann ist Unabhängigkeit mitunter ein Optional. In Zeiten schwindender Redaktionsbilanzen und wuchernden PR-Infowesens ist der „freie“ Journalist, der anbieten und verkaufen muss, verständlicherweise am empfänglichsten für alle Art „Spesen-Splitting“. Mittlerweile darf die Lage, gerade auf dem Wirtschafts- und Unterhaltungsmarkt, für so allgemein verkommen gehalten werden, dass die beauftragenden Chefredakteure schon davon ausgehen, dass zumindest mitbezahlt wird von dem, über den berichtet wird. Entsprechend schäbig bezahlen sie ihre Berichterstatte.



Florian Kronbichler

Ist somit der „freie Journalist“ zwangsläufig ein unfreier? Oder umgekehrt gefragt: Was sind die Voraussetzungen, dass der „Freie“ nicht zu einem Vogelfreien wird? Da ist als Erstes zu nennen (man entschuldige den altertümlichen Ausdruck): eine überdurchschnittliche charakterliche Festigkeit. Selbstverständlich: Man muss sich Charakter leisten können. Dafür ist Voraussetzung: Entweder man hat was oder

– im Zweifelsfall noch besser – man braucht nicht viel. Eine gewisse Genügsamkeit in allen materiellen Dingen ist die beste Garantie für Unbestechlichkeit. Der Freie ist darauf angewiesen, seinen guten Namen gut zu verwalten, ihn zu managen. Er ist sein wichtigstes Kapital. Er wird seine Beziehungen und Kontakte pflegen und auf die richtige Verkauft achten. Selbst bei den besten Quellen und der edelsten Schreibe, ganz ohne Marketing geht's nicht.

Bei allem Geschick aber, das Wichtigste bleibt: Das Leben eines freien Journalisten ist nur schön und würdig, wenn er sich die Bereitschaft erhält, sein Freisein auch zu nutzen. Das setzt immer auch eine gewisse Bereitschaft zu Selbstaubeutung voraus. Wenn eine Zeitung unanständige Forderungen stellt, dann geht er mit seinem Artikel zu einer anderen. Es gibt nämlich nicht nur freie Journalisten, sondern immer wieder auch freie Medien. Diesen sei auch einmal gedankt. Anständige freie Journalisten werden für sie ab und zu schreiben. Wer nur aufs Honorar schießt, ist nicht frei.

Eine Aufmunterung zum Schluss: Wer es sich leisten kann, soll die Courage aufbringen, „frei“ zu sein. Der Freie kann schreiben, was er will. Voraussetzung ist freilich, dass er etwas will. Dass er etwas zu sagen hat. Hat er das, ist es schön. Sonst ist er vogelfrei – und es ist nicht schade drum.







suedtirolfoto.com

Helmuth Rier





Das Bild und der Text.



Fotos lösen beim Betrachter eine sofortige Emotion heraus, die sich bei längerer Ansicht womöglich noch verstärkt. Das geschriebene Wort kann dies nur bedingt, muss im Falle eines Textes erst gelesen und reflektiert werden.



Othmar Seehauser und Helmuth Rier führen seit 2004 die Bildagentur „Südtirolfoto“ und leisten damit einen wichtigen Beitrag zum Südtiroler Bildjournalismus, gestalten die Medienlandschaft farbig und eindrucksvoll.





Wenn's doch nur so leicht wär, Kurt

Gut kann ich mich noch an den einen Arbeitskollegen meines Vaters erinnern. Schulterlanges blondes Haar, blaue Augen und eine dicke, runde Nase inmitten des von tiefen Furchen durchzogenen Gesichts, der braun gebrannte Stiernacken. Kurt war Lkw-Fahrer. Aus Leidenschaft, wie er nie vergaß zu betonen. Und als solcher war er rumgekommen. In Südtirol, in Italien, in Europa. Überall. Viel hatte er auf seinen Reisen erlebt, gar einiges gesehen. Auch dies vergaß er nie zu betonen. Niemals. Der Kurtl, wie ihn seine Freunde herzlich nannten, sei ein guter Mensch, versicherte mir mein Vater immer wieder. Und ein kritisch denkender Mensch sei er auch. Tag für Tag kämpfte er sich durch die schwerstbedruckten Seiten der „FAZ“, verschlang die „Bild“, bezog die „Dolomiten“ im Jahresabo, und wann immer er von seinen Fahrten zurückkehrte, las er das Neueste aus „Spiegel“, „ff“ und einer Burggräfler Bezirkszeitung, welche Kollegen für ihn sammelten und allwöchentlich in der Ablage unter der vergilbten Siemens-Kaffeemaschine im Firmenpausenraum deponierten. Dass der Veranstaltungskalender meist alles andere als aktuell war, die im Anzeigenteil unter „zu verschenken“ geführten Gartenstühle bei seinen Anrufen meist schon den Besitzer gewechselt hatten und selbst die neuesten News nimmermehr neu waren, störte ihn nicht allzu sehr. Der Kurt war nämlich kritisch. Und als Kritiker glaubte er nicht, er wusste. Was konnten ihm diese paar Schreiberlinge und Fotografen, diese „Wichtigtuere“, wie er sie schimpfte, denn auch

schon groß erzählen? Ihm, der er doch viel rumgekommen war. In Südtirol, in Italien, in Europa. Nichts. Und so wandte er sich eines Tages, als ich für zehn Minuten die Sortiermaschine Sortiermaschine sein ließ und mich im verrauchten Pausenraum verkroch, um aus den dort abgelegten Zeitungen das Neueste vom Tag zu erfahren, mit kellertiefer Stimme zu mir. „Uans merk dir guat“, krächzte er, während blauer Rauch aus seinen breiten Nasenlöchern strömte, „glab lei, wos du mit eigene Augen gsegn hosch.“ Wumms!, das hat gesessen. Wenn man bedenkt, dass Kurt nicht glaubte – nie –, er wusste – immer –, dann wird einem die Tragweite dieser Aussage erst so richtig bewusst. Ein junger, naiver Bursche wie ich es damals war, der fühlte sich geradezu wie vom Schnellzug überrollt. Einen jungen, naiven Burschen, der Nachrichten, Reportagen und Bilder aus allen Winkeln der Welt begeistert in sich aufzog wie ein staubtrockener Schwamm das Wasser, der das Gelesene, Gesehene und Gehörte immerzu freudetrunken aufschnappte und mit hell funkelnden Augen weitererzählte, den erschlug er förmlich, dieser eine Satz: Glaub nur, was du mit eigenen Augen gesehen hast ...

Kurts Worte, welche mich damals in innerlicher Zerrissenheit zurückließen, würde ich heute – zumindest ansatzweise – als gesunden Argwohn bezeichnen. Eine ordentliche Portion Misstrauen, welche Medien grundsätzlich entgegengebracht werden sollte, unabhängig davon, wer einen Artikel verfasst, wer ein Foto geschossen hat, unabhängig davon, aus wessen Feder eine Karikatur stammt. Glaube nur, was du mit eigenen Augen gesehen hast, mahnte er mich. Tja, nur was glauben, wenn einem das, woran man glauben soll,



von anderen zusammengetragen, aufbereitet und allmorgendlich an den Frühstückstisch geliefert wird? Was also glauben? Der Kurt hatte es sich einfach gemacht: Er glaubte nicht, er wusste. Er wusste, dass nichts zu glauben war. Wahrlich festgefahren, seine Überzeugung. Doch sinnvoll? Wohl kaum. Denn selbst die vermeintlich kritischsten der kritischen Medienkonsumenten müssen sich wohl oder übel damit abfinden, das zu glauben, was andere für uns als berichtenswert empfinden, für uns beschreiben, für uns fotografisch festhalten, wenn wir's denn nicht besser wissen, es nicht eigenhändig schwarz auf weiß niederschreiben, den Auslöser am Fotoapparat nicht selbst auslösen. Aus diesem Dilemma werden wir uns als die große medienkonsumierende Mehrheit wohl kaum jemals befreien. Wohl aber aus dem Dunkel der Unwissenheit, den Wirren der medialen Blendung. Erster Schritt dazu ist das Loslassen vom Bild vollends unabhängiger und objektiver Medien. Denn eines ist klar: Es gibt sie nicht, jene Medien, die nicht von politischen, wirtschaftlichen und/oder persönlichen Interessen bestimmt oder zumindest eingefärbt sind. Weder in Südtirol, noch in Italien, noch anderswo. Es kann sie im Grunde gar nicht geben. Genauso, wie es die Objektivität nicht geben kann. Was es allerdings sehr wohl geben kann und auch unbedingt braucht, sind Fairness und Transparenz. Den von Journalisten verfassten und in Tages-, Wochen- oder Monatszeitungen abgedruckten

Zeilen, den auf Kamera oder Fotoapparat festgehaltenen und über den Äther in jedes Südtiroler Wohnzimmer transportierten Bildern, den tagtäglich aus dem Radio schallenden Hörfunknachrichten ein Gesicht geben, zeigen wer und was sich hinter Geschriebenem, Gefilmtem und Gehörtem verbirgt, genau das war einer unserer Gründe, wenn nicht der Grund schlechthin, diese mehrwöchige Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Denn ganz so einfach ist es mit dem „Glab lei, wos du mit eigene Augen gsegn hosch“ am Ende dann doch nicht. Wir sind – ob wir es wollen oder nicht – auf Fernsehen und Zeitung, Radio und Internet angewiesen. Der Kurt hat es sich damals wohl zu leicht gemacht. Seite für Seite hat er sich „reingezogen“, doch Glauben schenken wollte er den Zeilen kaum. Zumindest gab er sich so nach außen hin. Wirklich kritisch war das nicht. Nein. Und ehrlich zu sich selbst wohl auch nicht. Er hätte genauer hinschauen sollen, nicht pauschal Nein sagen. Er hätte sich die Mühe machen sollen, hinter das Geschriebene zu blicken, den Vorhang zumindest ein Stück weit anzuheben. Aber dafür fand er wohl die Zeit nicht. Oder er wollte sie sich nicht nehmen. „Glab lei, wos du mit eigene Augen gsegn hosch.“ Ja, wenn's doch nur so leicht wär, dachte ich mir schon damals, an diesem schwülen Nachmittag im Pausenraum. Und ich denke es mir heute noch, an diesem wolkenverhangenen 1. September. Wenn's doch nur so leicht wär, Kurt.

Stefan Unterthurner



nachwörter

„Ich verabscheue, was Sie sagen, aber ich werde bis in den Tod Ihr Recht verteidigen, es zu sagen.“
(Voltaire)

Jean Marie Arouet (Voltaire) lebte in einer Zeit, die durch die Herrschaft der französischen, österreichischen, englischen und preußischen Herrscherhäuser gekennzeichnet war. Eine Zeit, in der die Kirche einen starken Einfluss auf die gesellschaftliche Situation, Bildung und geistige Haltung ausübte; in einer Zeit, in der die Menschen aber trotzdem begannen, sich in alle Richtungen zu informieren und ihre eigene soziale und gesellschaftspolitische Position infrage zu stellen.

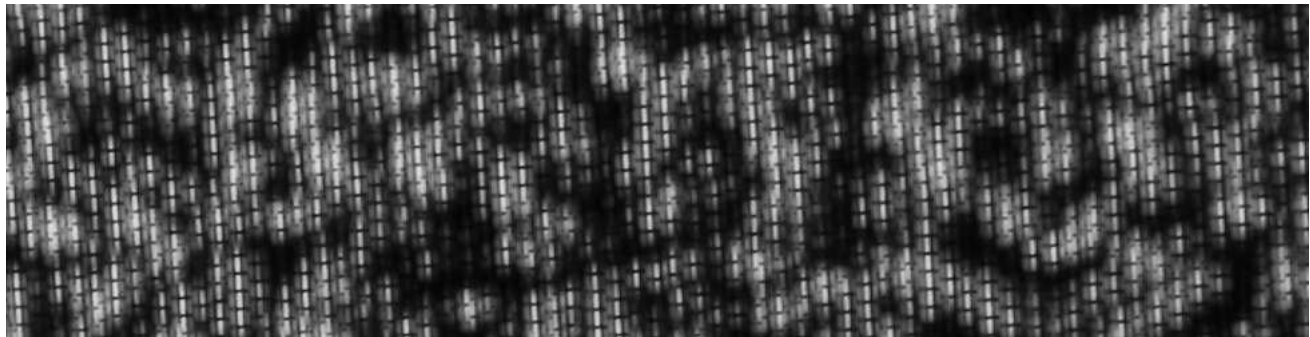
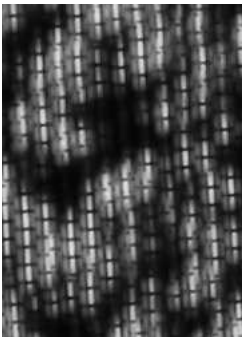
Diese pluralistischen Ideen und Grundgedanken Voltaires liegen 250 Jahre(!) zurück, doch scheint diese aufklärerische Strömung vor dem Südtiroler Sturkopf haltgemacht zu haben. Das Wort Pluralismus ist wohl ein Fremdwort und vielleicht aus diesem Grund nicht im Sprachgebrauch noch in der Anwendung zu finden. So ist es heute und in den vergangenen fünfzig Jahren eine Selbstverständlichkeit gewesen, dass am Frühstückstisch der SüdtirolerInnen nur eine Zeitung Zugang gefunden hat, nämlich ihr Tagblatt: die Dolomiten. Sicherlich war die Situation nach dem Faschismus bis zum Paketabschluss keine leichte Zeit, wo viele Angst um den Fortbestand und die Existenz der eigenen Kultur und vor den Italianisierungsschüben hatten. In dieser Zeit waren die existenziellen Ängste stärker als alles andere, und niemand hatte sich Gedanken über irgendwelche Vielfalt in den Medien gemacht.

Damals lag das Hauptinteresse auf dem Recht, überhaupt die eigene Kultur ausüben zu dürfen. Klarerweise gab es auch in dieser Zeit viele Dinge, die unter dem Mantel des existenziellen Zusammenhalts abgetan wurden; viele Dinge und Taten wurden einfach zugedeckt bzw. als gut geheißten, weil sie diesen Einheitsgedanken des kleinen Volkes, das sich gegen den allmächtigen Staat wehrt, zerbrochen hätten. Auch dabei haben es jene nach

oben geschafft, die lieber nicht zu viel nachgebohrt haben, und all die, welche sich der Realität stellten und anprangerten, waren an den gesellschaftlichen Rand gedrängt worden. In dieser Zeit ist eine Zeitung groß geworden, die eine so große Auflage im Verhältnis zur Größe des Marktes aufweist, dass dabei sogar ein Hans Dichand neidisch wäre. Eine Zeitung, die ihren katholisch konservativen Touch durch ihren ersten großen Chefredakteur, Kanonikus Michael Gamper, mitgegeben bekam. Doch da begann auch schon eine Verstrickung, die bis in die heutigen Tage nur noch schlimmer geworden ist: die Partei und die Zeitung, oder sollte ich sagen die Zeitung und die Partei? Ein Gemeinschaftsprojekt, das sich nicht mehr klar trennen lässt und auch von außen nicht einsehbar ist, wer sich wirklich nach wem richtet. Klar ist auf alle Fälle, dass es in einem Gewaltenteilungsmodell der Vier Gewalten zwischen Exekutive-Legislative-Judikative und den Medien als Kontrollorgan der ganzen politischen Ebene in Südtirol sicherlich nicht funktioniert. Dabei sei verwiesen auf die Tatsache, dass schon der Kanonikus im Parteivorstand seinen festen Platz hatte. Gampers Großneffe, Michl Ebner, war ihm treu geblieben und vertrat die Südtiroler Parteiinteressen bis vor Kurzem im Europaparlament in Brüssel und Straßburg.

Viele werden sagen, dass es ja die FF gibt, dass es die Neue Tageszeitung gibt, dass es den Rai-Sender Bozen gibt, dass es viele kleine regionale Zeitungen und Radiosender gibt und schlussendlich die Südtirol-Nachrichten im ORF. Betrachtet man aber all diese Subjekte im Einzelnen, so sind es herzlich wenige, die sich wirklich vom „athesianischen“ Einheitsbrei abheben können. Viele Versuche hat es doch gegeben – schon in den 1960ern durch Hans Dietl als Beispiel –, doch sind diese Versuche immer wieder gescheitert: oft am Unwillen und dem Unverständnis der Bevölkerung, solche Medienformate aufzunehmen, und sicherlich auch an den Möglichkeiten, welche die Ebners hatten und haben, den Markt zu dominieren.

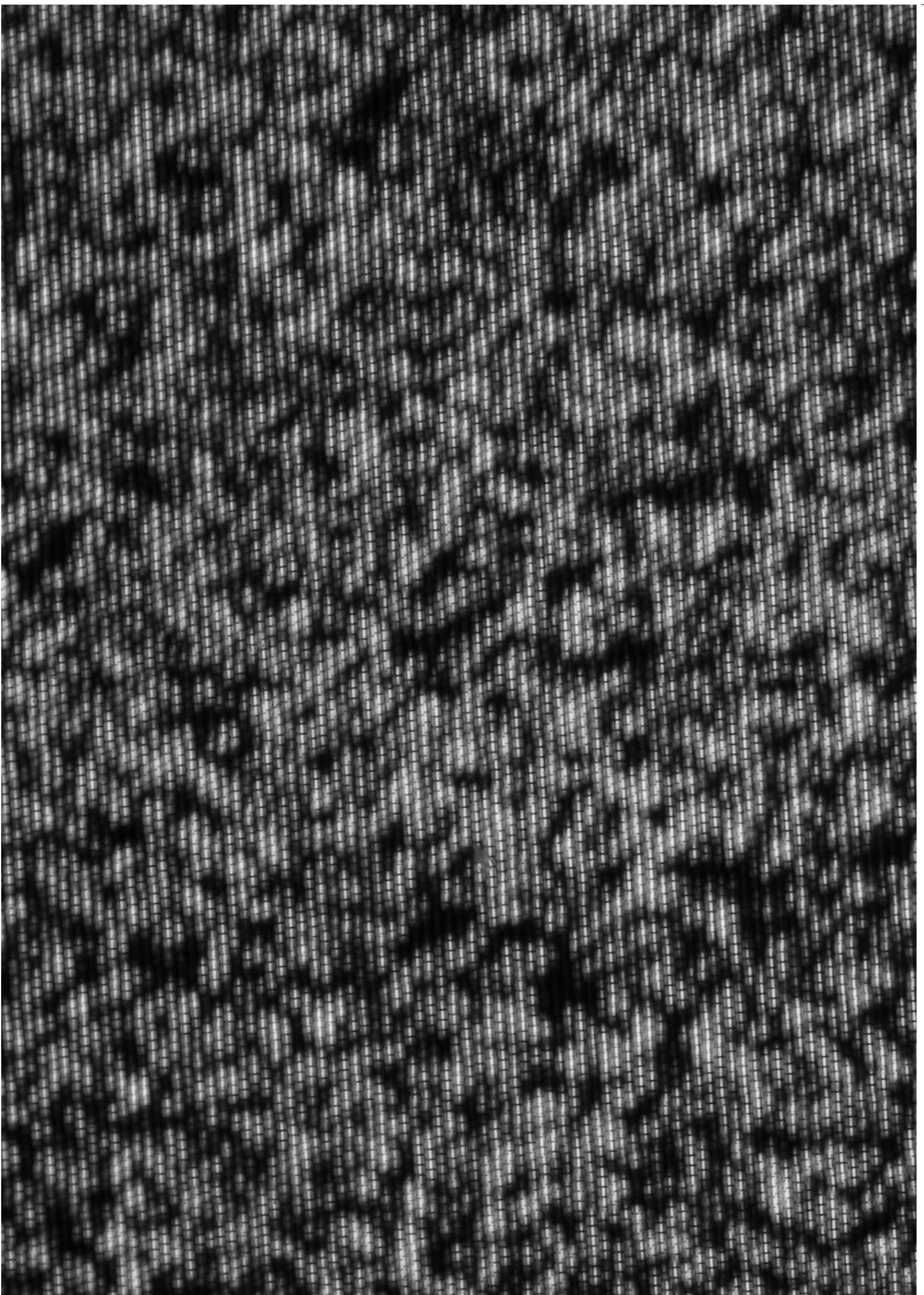
Der italienischsprachige Südtiroler Printmedienmarkt weist auch nicht unbedingt viele Subjekte auf, welche auf eine allzu große Vielfalt hoffen lassen. Der Alto Adige, als der Gegenpart zu den Dolomiten,

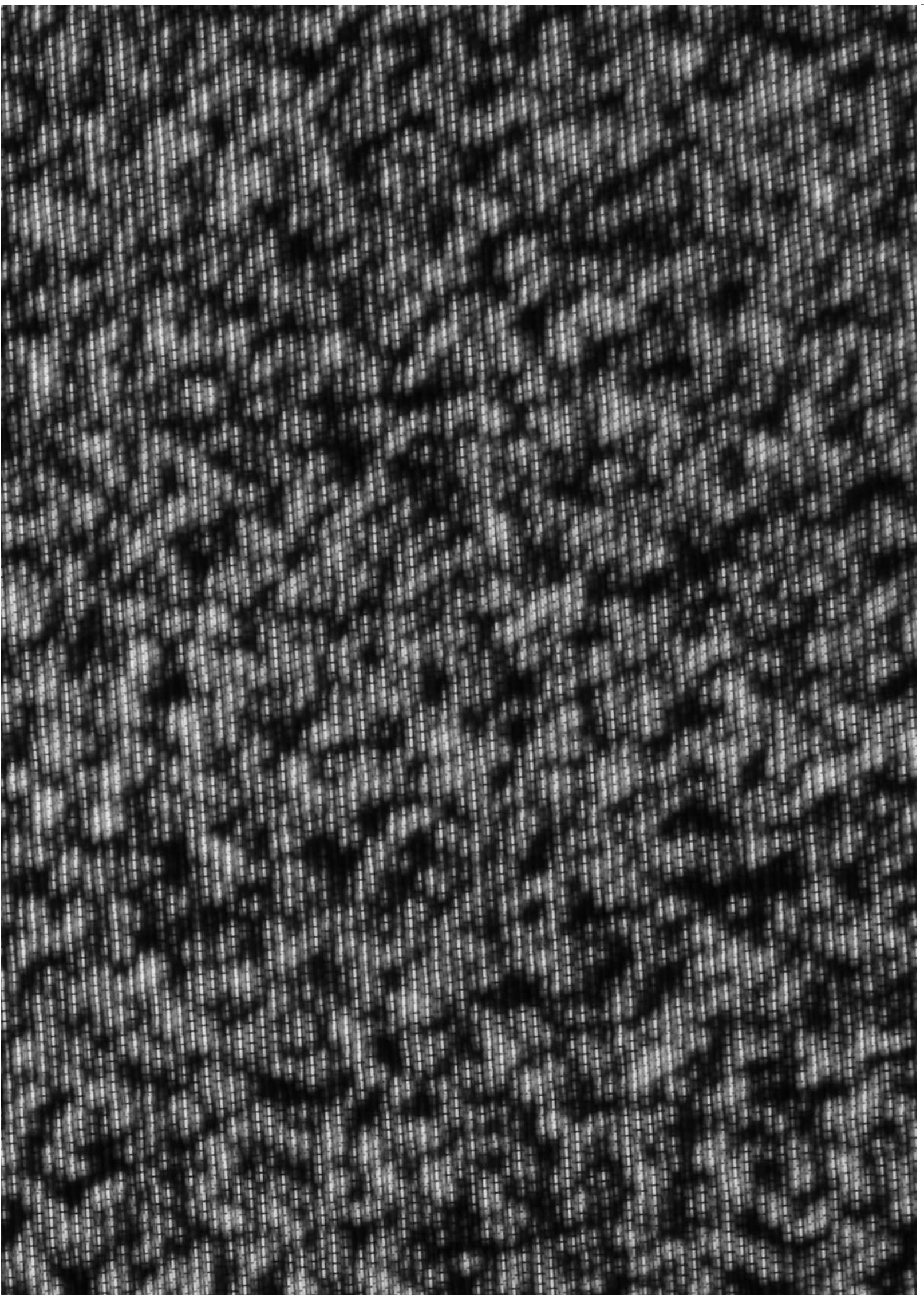


hat im italienischen Lager wiederum den marktführenden Charakter, der es schafft, den Großteil der LeserInnen anzusprechen und auf sich zu konzentrieren. Doch liegt hier schon ein Unterschied, dass nämlich diese Zeitung auch mit anderen nationalen Zeitungen um die Leserschaft buhlt und sich nicht nur den ganzen Markt selbstständig nach eigenem Gutdünken gestalten kann, wie auf der deutschsprachigen Seite scheint.

Der Prometheus vom Weinbergweg: Wir sitzen also in einer Höhle, die nur durch eine sehr starke Fackel aus dem Weinbergweg erleuchtet wird; alles, was wir in dieser Höhle an Wissen und politischem Gutdünken erfahren haben, hat uns diese Fackel erleuchtet. Es gibt zwar schon einige ganz kleine Feuerchen, doch sind diese ohne das eigene Zutun nicht zu sehen und können leicht durch das helle Licht der großen Fackel übersehen werden. Glücklicherweise gibt es aber immer mehr Möglichkeiten und den Mut der HöhlenbewohnerInnen, diese Höhle auch zu verlassen und zu sehen, dass es nicht nur das Licht der Fackel gibt, sondern dass sich eine Welt auch außerhalb dieser Höhle befindet. Es ist dieser Mut und diese Haltung, die durch die Vortragsreihe über die Südtiroler Medienlandschaft übermittelt werden sollten; ein Mut, der es ermöglicht, sich nicht einfach mit dem Status quo abzufinden, sondern sich Gedanken darüber zu machen, ob eine Meinungsvielfalt etwas Schlechtes sei.









Bildnachweis

Athesia: 35, 37
diavoletto@photocase.com: fp
Martha Ebner: 34, 36
FNW@photocase.com: 62
Martin Fink: 27, 28
gerti g.: 47
andreas gschleier: 9, 12, 19, 20,
23, 40, 44, 48, 53, 59, 60, 64
neukonstrukt.com: 73, 74
Arno Pertl: 54
Helmuth Rier: 6, 22, 16, 50, 76
Othmar Seehauser: 24, 30, 56,
70, 78

mehr skolast?
www.asus.sh







In den heutigen medienzentrierten Demokratien spielt die Presse eine entscheidende Rolle. Südtirol kann als Beispiel für ein besonderes Verhältnis zwischen politischer Ebene und Medienvielfalt gelten: eine Partei, zwei große Zeitungen und drei Sprachgruppen. Im Rahmen einer Vortragsreihe in Innsbruck gaben führende JournalistInnen und GestalterInnen Einblick in die Meinungsmache in Südtirol.

Erwin Bernhart

Oktavia Brugger

Giuseppe de Cesare

Leo Hillebrand

Florian Kronbichler

Günther Pallaver

Hans Karl Peterlini

Arnold Tribus

Reinhard Weger

Euro [I] 9,50
Euro [D/A] 10
sFr 17,50

skolast

